FDP in der Ecke, S. 5

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 16 – 24. April 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Jede Hochachtung verdienen die deutschen Soldaten in Afghanistan, die täglich ihr Leben riskieren. Doch ihr Einsatz hat eine tragische Seite, weil weit und breit kein erreichbares strategisches Ziel in Sicht ist: Angestrengte Blicke in die Zukunft werfen auch die Steuerzahler. Klar ist, dass sie demnächst mit Einschnitten konfrontiert werden – fragt sich nur mit welchen.

Bild: Caro

Einschnitte werden konkret

Maßnahmen sickern durch – Auch FDP betont wieder Sparnotwendigkeit

Monatelang haben Union und FDP einander nichts geschenkt, aber ein Tabu haben beide gewahrt: Niemand wollte als erster konkrete Sparmaßnahmen nennen, schon gar nicht vor der Wahl in NRW im Mai. Nun kam es anders.

Das Einlenken der FDP im Steuerstreit war offenbar erst der Anfang. Während die Liberalen öffentlich nur davon reden, dass das geplante Entlastungsvolumen ab 2012 nicht 35, sondern 16 Milliarden Euro betragen soll, gibt es Hinweise, dass die Rückkehr der Partei ins Land der Realität noch etwas weitergegangen ist: FDP-Politiker betonen die Notwendigkeit, die Haushalte zu konsolidieren und lassen Berichte unwidersprochen, die angestrebten 16 Milliarden seien nur der vorgesehene „Bruttoentlastung“. Da gleichzeitig mit der Tarifsenkung Steuervergünstigungen wegfallen sollen, lässt sich das Entlastungsvolumen wie in einem umgedrehten Fernglas weiter reduzieren.

Hinzu kommt die Debatte über den Termin der Reform. 2012 verlangen neben der FDP auch Teile der Union. Andere haben Zweifel, darunter der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle. Das Jahr 2011, das steht schon fest, wird ohnehin ein Jahr der Sparanstrengungen ohne Wohltaten. Das „Zeitfenster“, in dem Tacheles geredet wird, umfasst nur wenige Wochen im Mai und Juni, die Zeit zwischen der NRW-Wahl und der Konzipierung des Bundeshaushalts für 2011. Politische Beobachter sammeln im Stil der Kreml-Astrologie, schon jetzt Hinweise, wo in wenigen Wochen das Messer angesetzt wird. Ein zuverlässiger Hinweis ist oft, wenn aus der zweiten Reihe ventilierte Vorschläge von verantwortlicher Seite nicht oder nur halbherzig dementiert werden.

> Pkw-Maut, Elterngeld, Mehrwertsteuer: Die Liste ist lang

Solche Indizien legen nahe, dass eine Pkw-Maut zumindest in der engeren Wahl der Maßnahmen steht. Offenbar wird auch statt des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent künftig öfter der volle Satz von 19 Prozent fällig. Beides brächte dem Bund Milliarden, und das eine ließe sich ökologisch begründen, das andere als Abschaffung von Absurditäten (wie etwa derjenigen, dass Windeln für Kinder anders besteuert werden solche für Greise).

Wirklich ans Eingemachte der Familienpolitik würde die Abschaffung des Elterngeldes gehen, die der FDP-Finanzexperte Hermann Otto Solms kürzlich eine „Sozialleistung für Leute, die es nicht nötig haben“ nannte. Die Abschaffung brächte Milliarden, wäre aber das „Aus“ für die bisherige Familienpolitk der Union, zumal mit dem Elterngeld das bisherige, einkommensunabhängige Erziehungsgeld abgeschafft wurde. Unionsfraktionsvize Michael Meister, ein profilierter Haushaltsexperte, ergänzte, dass ein künftiges Betreuungsgeld „an anderer Stelle in der Familienpolitik“ eingespart werden müsste. Das klingt nach Sparen an der Zukunft – Vorschläge für den eigentlichen Sozialbereich, etwa die Arbeitsagentur, werden wohl wirklich erst nach der NRW-Wahl publik.

Konrad Badenheuer

Konrad Badenheuer:

Die Niederlage

Fast noch deprimierender als alle Horrorszenarien über Afghanistan ist das Schweigen der Optimisten. Was wäre denn die *bestmögliche* weitere Entwicklung am Hindukusch? Dass die Taliban ihre Offensive im Norden reduzieren oder beenden? Weil das deutsche Kontingent um 500 Mann erhöht und mit zwei Haubitzen verstärkt wird? Selbst in diesem utopisch-positiven Fall wäre man doch nur wieder dort, wo man vor zwei Jahren bereits war. Und dann, wie weiter? Brunnenbohren und Schulen bauen? Schöne Ziele, aber in Afghanistan kein bisschen schöner als in Mali.

Nach den Anschlägen vom 11. September gab es die Chance, mit einer Intervention in Afghanistan etwas zu bewirken: Die Taliban zumindest weit zurückzudrängen und Osama bin Laden zu ergreifen. Das erste gelang halb, das zweite nicht. Mehr war dort nie erreichbar – und jeder konnte es wissen. Um beispielsweise den Opiumanbau auch nur einzudämmen, wäre wohl ein Millionenheer erforderlich, und die Polizeiausbildung nutzt nichts, solange eine Justiz weithin fehlt und Polizisten nach dem teuren Training massenhaft den schlecht bezahlten Staatsdienst quittieren.

Dass Al-Kaida dort nach einem Abzug der Isaf wieder Terrorbasen errichtet, ist objektiv nicht zu verhindern und insofern nicht ausschlaggebend, als diese Basen sich heute eben anderswo befinden. Je länger Deutschland mit dem Abzug wartet, umso höher werden die Kosten und Verluste. 2004 hätte man noch von einem Erfolg sprechen können, 2007 noch von einem Teilerfolg. Jetzt wäre es schon ein verlorener Krieg, wenn auch ein kleiner. Wie groß soll die organisierte Niederlage denn noch werden?

70 Jahre »Karelischer Bund«

Über 400 000 Karelier wurden 1940 und 1944 vertrieben – Gedenkakt in Helsinki

Zu den im 20. Jahrhundert in Europa vertriebenen Volksgruppen gehören die finnischen Karelier. Sie haben 1940 und nach kurzer Rückkehr erneut 1944 ihre Heimat zweimal verloren und bis heute keine Wiedergutmachung von sowjetischer oder russischer Seite erhalten. Auf einer Gedenkveranstaltung am Dienstag in Helsinki beging der Karelische Bund (Karjalan Liitto ry) mit heute 50 000 Mitgliedern den 70. Jahrestag seiner Gründung. Die Festrede hielt die finnische Staatspräsidentin Tarja Halonen, es folgte ein Empfang im Rathaus der Stadt Helsinki. Wegen der Einstellung des Flugverkehrs in weiten Teilen Europas konnte BdV-Präsidentin Erika Steinbach als menschenrechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion nicht teilnehmen und wie vorgesehen persönlich zum Thema „Durch Wahrheit zum Miteinander“ sprechen.

Der Karelische Bund wurde im April 1940 nach dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg gegründet. Am 30. November 1939 hatten sowjetische Truppen Finnland überfallen. Stalin betrachtete Finnland wie die baltischen Staaten als seinen Interessenbereich, wie es auch im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 fixiert worden war. Nach dem Ende des Winterkrieges im März 1940 fielen große Gebiete Finnlands an die UdSSR. Insgesamt wurden etwa 420 000 Menschen in die westlicheren Landesteile evakuiert, davon 407 000 Karelier. Die Mehrheit von ihnen kehrte zurück, als die finnische Armee 1941 die verlorenen Gebiete zurückerobern konnte.

> Festrede der Staatspräsidentin

Doch mit einem Großangriff der Roten Armee im Sommer 1944 verloren die Menschen erneut ihre Heimat. Am 10. Februar 1947 unterzeichnete Finnland nach der „Konferenz der 21 Nationen“ 1946 in Paris einen Friedensvertrag, in dem es auf fast ganz Karelien verzichten musste. Fast die gesamte finnisch-karelische Bevölkerung hatte ihre Heimat verloren. Ihr blieb nur die Ansiedlung im verbliebenen Finnland und eine innerstaatliche Entschädigung. Auch angesichts der geringeren Zahlen gelang die Integration gut. Das finnische Modell einer Lastenverteilung gehörte zu den Vorbildern des bundesdeutschen „Lastenausgleichs“. In einer Erklärung betonte Erika Steinbach die Anteilnahme des BdV am Schicksal der Karelier, über das er beispielsweise in sehr gut besuchten Ausstellungen seiner „Stiftung gegen Vertreibungen“ ausführlich berichte.

BdV/K.B.

Kirche blutet aus

Katholiken laufen in Scharen davon

Die Berichte über sexuellen Missbrauch und Prügelstrafen in katholischen Jugendeinrichtungen haben eine beispiellose Austrittswelle aus der katholischen Kirche ausgelöst. Stichproben in einzelnen Bistümern und Großstädten ergaben, dass seit Bekanntwerden der Verfehlungen bis zu sechsmal so viele Menschen die römische Kirche verließen wie zuvor.

Vertreter der Kirche machen den schweren Vertrauensverlust, den die Kirche in den Augen vieler Gläubigen erlitten hat, für die Austritte verantwortlich. Die Stimmung sei vielerorts sehr bedrückt, so ein Sprecher gegenüber der *PAZ*. Hinzu komme ein grassierender Priestermangel. Durch den Zölibat erscheine der Schritt, katholischer Priester zu werden, ohnehin folgenreicher als in anderen Kirchen. Durch die jüngsten Skandale werde der Beruf nicht eben attraktiver.

> Vertrauensverlust, bedrückte Stimmung

Die evangelische Kirche verzeichnet nun erstmals spürbar weniger Austritte als die katholische. Zudem treten (auch in „normalen“ Zeiten) mehr als zehnmal so viele Menschen den evangelischen Kirchen bei als der katholischen. *H.H.*

MELDUNGEN

PAZ »erobert« neue Regionen

Hamburg – Wie bereits in den vergangenen Wochen haben sich weitere Presse-Grossisten entschlossen, die *Preußische Allgemeine Zeitung* in ihr Sortiment aufzunehmen. Ab sofort kann die Zeitung auch in weiteren Teilen Oberfrankens (Bayreuth), Südthüringen/Vogtland (Raum Plauen), im südlichen Sachsen-Anhalt und in zwei weiteren Vertriebsgebieten in Nieder- und Oberbayern (Landshut und Mühldorf) an Kiosken und im Zeitungseinzelhandel gekauft werden. Aktuell ist die Zeitung damit in 60 der 89 deutschen Grosso-Bezirke prinzipiell erhältlich. Allerdings führt natürlich nicht jeder Kiosk die *PAZ*, und der freie Verkauf erreicht auch noch nicht das zur Wirtschaftlichkeit erforderliche Volumen. Die Frage nach der *PAZ* im Zeitschriftenhandel und der Tipp an Freunde, insbesondere an „Zweitleser“ der Zeitung, bleibt wertvoll und hilfreich. *PAZ*

1100 Moslems gegen Moschee

Iserlohn – Der geplante Bau einer Moschee in Iserlohn (Sauerland) sorgt für Streit. Gegen das Projekt der Ahmadiyya-Gemeinde hat sich eine Bürgerinitiative formiert. Medienberichten zufolge unterstützen mittlerweile etwa 7000 Personen ein Bürgerbegehren, darunter 1100 Muslime. Sie begründen ihre Ablehnung mit der schwierigen Verkehrssituation, aber auch damit, dass die Bewegung innerhalb des Islam umstritten ist. Gegner des Projekts reichten auch eine Klage beim Verwaltungsgericht Arnsberg ein, da die Moschee in einem Gewerbegebiet entstehen soll. Die evangelische Kirche will in dem Streit vermitteln und hat zu einem Runden Tisch eingeladen. *idea*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Bruderhilfe e. V. bei

Die Schulden-Uhr:
Null Spielraum

Ich sehe nicht, dass plötzlich Manna vom Himmel fällt“, so der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU), als er nach seinen Erwartungen für die Steuerschätzung im Mai befragt wurde. Erste Meldungen über die Höhe der Steuereinnahmen für das Jahr 2010 zeigen, dass es sogar noch enger wird als befürchtet. Das Finanzministerium vermeldet, dass der Bund Ausgaben in Höhe von 327,7 Milliarden Euro vorsieht. Eine Neuverschuldung von über 100 Milliarden Euro war schon im Haushaltsplan enthalten. Nun sieht es so aus, als dürfte diese Summe zu niedrig angesetzt sein, denn es heißt, die Einnahmen lägen in diesem Jahr bei rund 215 Milliarden Euro. Für 2011 werden bei Ausgaben in Höhe von etwas 321 Milliarden Euro mit 220 Milliarden aus Steuern gerechnet. *Bel*

1.697.224.207.045 €

Vorwoche: 1.694.487.141.970 €
Verschuldung pro Kopf: 20761 €
Vorwoche: 20728 €

(Dienstag, 20. April 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Pädagogische Abgründe

Zum Jubiläum 100 Jahre Odenwaldschule kamen erschreckende Einzelheiten ans Licht

Lehrer vergingen sich an Schülern, diese quälten dann ihre Mitschüler. Täglich erreichen neue Details aus der Odenwaldschule die Öffentlichkeit. Sexueller Missbrauch und Misshandlungen hatten an der „Reformschule“ offenbar System. Dazu gehörten wohl auch Vergewaltigungen und Zwangsprostitution. Eigentlich unvorstellbar, dass die Odenwaldschule vor wenigen Tagen ihren 100. Geburtstag gefeiert hat.

Ob der „Runde Tisch“ gegen sexuellen Missbrauch, der erstmals am 23. April getagt hat, zu einem „öffentlichen Tribunal“ wird, wie jüngst im „Spiegel“ gefordert, bleibt abzuwarten. Die frühere Familienministerin Christine Bergmann (SPD) als unabhängige Beauftragte will zusammen mit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) Licht in das Dunkel bringen. Nach der konstituierenden Sitzung soll die Arbeit in zwei Unterarbeitsgruppen weitergehen.

Sie werden viel zu tun haben, denn die Sachlage wird derzeit immer unübersichtlicher. Betroffen sind neben einzelnen katholischen Priestern oder Schulen auch evangelische Einrichtungen, staatliche Erziehungsheime und häufiger Sportvereine sowie Einrichtungen in freier Trägerschaft wie die Odenwaldschule.

Kompliziert wird die Lage dadurch, dass in den Medien sexueller Missbrauch mit körperlicher Misshandlung und früher verbreiteten Strafen wie Ohrfeigen durcheinander gebracht wird. Während das eine strafwürdige – wenn auch meist verjährte – Taten sind, handelt es sich bei „Watschen“ oder Schlägen mit einem Teppichklopfer um früher ziemlich akzeptierte Erziehungsmethoden. Doch derzeit wittern Rechtsanwälte von vermeintlichen Missbrauchsopfern ein ähnlich großes Geschäft wie in Amerika oder Irland. 250 ehemalige Heimkinder machten jüngst vor dem Brandenburger Tor ihren Unmut über den „Runden Tisch Heimerziehung“ unter der Leitung der Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Grüne) Luft. Die Initiatoren meinten, dass Vollmer ungeeignet sei und die Fälle bagatellisieren würde. Die Vorsitzende des Vereins ehemaliger Heimkinder (VeH), Monika Tschapek-Günter, forderte 50000 Euro Entschädigung für jedes misshandelte Heimkind. Bei geschätzten 50000 Betroffenen wäre das eine Zahlung von 25 Milliarden Euro.

In der Odenwaldschule blickt man unterdessen in menschliche und pädagogische Abgründe. Die jetzt berichteten Grausamkeiten waren offenbar ideologisch vorbereitet. Handelt es sich bei der Kirche angesichts der Größe dieser Organisation und der jahrzehntelangen Betrachtungsperiode immer noch um Einzelfälle (deren teilweise offenbar versuchte Vertuschung inakzeptabel ist, die aber niemand je gerechtfertigt hat), so entstanden an der einst hochgelobten Reformschule offenbar Systeme des Missbrauchs und der Misshandlung von Schutzbefohlenen.

Eine ganz neue Qualität des Skandalösen

Eltern, die ihre Kinder dort in gutem Glauben Lehrern und Erziehern anvertraut haben, sehen ihre Kinder und auch ihr Vertrauen missbraucht. Darunter sind Prominente wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dessen Sohn Andreas die Odenwaldschule besuchte.

Obwohl der Bruch des Vertrauens bei kirchlichen Einrichtungen generell schwerer wiegen mag, muss in der Odenwaldschule von einer ganz anderen Qualität des Skandalösen ausgegangen werden, denn das Internat galt vielen Liberalen bisher als eine Vorzeigeschule, wo ganzheitlich und mit neuen pädagogischen Methoden der Reformpädagogik am „neuen Menschen“ gearbeitet wurde. Auf der 100-Jahr-Feier der Schule am vergangenen Sonntag kritisierte der Pädagoge Ulrich Herrmann mit Recht das „peinliche Geschwafel vom ‚pädagogischen‘ Eros“ – nur war es eben mehr als eine Peinlichkeit: Hier blitzte eine jahrelang anhaltende, kriminelle Praxis auf.

Dabei haben Schüler und Förderer der Schule aus den höchsten Kreisen der deutschen Gesellschaft übersehen, dass die altgriechische „Knabenliebe“ (Päderastie) hier schon früh propagiert wurde. Sie geht auf den Dichter und Dandy Stefan George (1886–1933) zurück, der die griechische Philosophie der „homoerotischen Leidenschaft und Knabenliebe gewissermaßen zur zivilisatorischen Grundausstattung“ junger Männer machen wollte. Die Pädagogen des „Stefan-George-Kreises“ prägten maßgeblich die Odenwaldschule. Dies verbanden sie mit den Lehren des geistigen Vaters der Reformpädagogik Gustav Wyneken, der mit seinem 1906 veröffentlichten Programm der „Freien Schulgemeinde“ in den folgenden Jahrzehnten dreimal (1910, 1929, 1931) wegen Päderastie entlassen wurde.

Dessen Impulse galten Hellmut Becker, einem nach dem Zweiten Weltkrieg führenden Erziehungswissenschaftler und Leiter des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung, gleichsam als Evangelium. Becker hatte großen Anteil an der „Wiederbelebung“ der reformpädagogischen Debatten. Und eben dieser führende Pädagoge schlug seinen Namensvetter Gerold Becker als Schulleiter an der Odenwaldschule vor.

Die Reformpädagogen, so der evangelische Theologieprofessor Friedrich Wilhelm Graf, propagierten eine andere, bessere Gesellschaft und hätten dafür den neuen, anders erzogenen Menschen gebraucht. Dafür benutzten sie die „Aura des Außergewöhnlichen“. Anleihen dazu hätten die Reformpädagogen aus den Ideen des modernen Protestantismus genommen. Prominente Reformpädagogen wie Hermann Lietz, Gustav Wyneken, Peter Petersen oder Paul Geheeb hatten vorher evangelische Theologie studiert und sich in kulturprotestantischen Vereinen organisiert. Graf fasst zusammen: „Ihre Visionen einer anderen Erziehung in besseren, freien Schulen standen in engem Zusammenhang mit ihrer religiösen Hoffnung auf eine Wiederverzauberung der als sinnleer, kalt und fragmentiert erlebten Moderne.“ Das Scheitern dieses Reformmodells lasse das „aufgeklärte, liberale Deutschland und seine Elite“, so die liberale „Zeit“, nun in den Abgrund blicken. *H. E. Bues*



Baustelle Odenwaldschule: Es werden immer neuer Missbrauchsskandale „ausgegraben“. Bild: pa

Nicht im Hinterhof

Klassische Atombombe in Terroristenhand unwahrscheinlich

Ein Horrorbild, wie man es schrecklicher kaum ausmalen könnte: religiös fanatisierte Terroristen, die über Atomwaffen verfügen. Sie hätten, wie wir spätestens seit dem 11. September 2001 wissen, keine Hemmungen, mit diesen Bomben nicht nur zu drohen, sondern sie auch zu zünden und die Welt, sich selber eingeschlossen, im nuklearen Inferno untergehen zu lassen – Hauptsache, der Feind (in der Regel „der Westen“) ist vernichtet.

Aber wie konkret ist diese Gefahr wirklich? Können Terroristen überhaupt in den Besitz der Bombe kommen? Können sie gar, so sie nur genügend spaltbares Material zusammenraffen, bewaffnet mit einem Physikbuch in der Hinterhof-Werkstatt Nuklearsprengsätze zusammenbasteln?

Letztere Gefahr ist wohl eher utopisch. Wenn der Bau einer Atombombe so einfach wäre, dass dafür ein paar Semester Physik ausreichten, dann fragt sich, wieso eigentlich ein Land wie der Iran, das ja über genügend hochkarätige Wissenschaftler verfügt, sich seit vielen Jahren müht, endlich die „islamische Bombe“ zustande zu bringen – bislang nach allen seriösen Informationen vergeblich.

Nein, zum Bau einer Atombombe gehört weitaus mehr als nur die Fähigkeit, in natürlichem Uran den Anteil des spaltbaren Isotops ^{235}U von 0,7 auf 90 Prozent anzureichern. Zum Vergleich: Für die friedliche Nutzung der Kernkraft braucht man eine Anreicherung auf drei bis zehn, für medizinische Zwecke (Krebsbestrahlung) auf rund 20 Prozent.

»Schmutzige Bombe« ist die eigentliche Gefahr

Um eine explosionsartige Kernspaltungs-Kettenreaktion in Gang zu bringen, braucht man mindestens die so genannte kritische Masse. Diese beträgt bei ^{235}U knapp unter 50 Kilogramm. Um die entsprechende Menge hochangereicherten Urans zu erzeugen, bedarf es großindustrieller Anlagen; der legendäre Hinterhof ist dafür entschieden zu klein.

Doch auch wenn Terroristen es schaffen, an waffentaugliches Material in ausreichender Menge zu kommen (zum Beispiel über korrupte Regime in Nachfolgestaaten der Sowjetunion), dürften ihnen die wissenschaftlichen Fähigkeiten, daraus eine funktionsfähige Bombe zu bauen, fehlen. Eine weitere Hürde: Wie soll die Bombe unauffällig an den Einsatzort transportiert werden? Zur Erinnerung: Schon die vergleichsweise kleine Hiroshima-Bombe (Sprengkraft 13 Tonnen TNT, über 200000 Todesopfer) wog über 4000 Kilogramm.

Die wahre Gefahr, die von Nuklearmaterial in Terroristenhand droht, sind so genannte „schmutzige Bomben“, die mehr oder minder stark strahlende, zumeist auch hochgiftige Substanzen enthalten. Werden normale Bomben um nuklear verseuchte Zusätze erweitert und in Ballungsgebieten gezündet, können sie verheerende Wirkung haben. Auch könnten ein paar Flaschen angereichertes Plutonium (mit dem Isotop ^{239}Pu) das Trinkwassernetz einer Großstadt tödlich verseuchen. Solche und ähnliche „schmutzige Bomben“ sind die wahre Gefahr. Wie konkret sie bereits ist, zeigte der Atom-Gipfel von Washington – wie man ihr begegnet, deutete er leider nur unverbindlich an. *Hans-J. Mahlitz*

Reine Pflichtübung

Die Österreicher wählen Staatsoberhaupt

Meinungsforscher hatten es diesmal besonders schwer: Zwar dürfte der amtierende Präsident Heinz Fischer (SPÖ) schon im ersten Wahlgang am 25. April die absolute Mehrheit erreichen – vor Barbara Rosenkranz (FPÖ) und Rudolf Gehring (Christliche Partei Österreichs). Doch offen sind die Wahlbeteiligung und das relative Abschneiden der Kandidaten. Gerade das kann aber beträchtliche Auswirkungen auf die innenpolitische Lage und auf die Stabilität der SPÖ-ÖVP-Koalition haben. Die SPÖ muss zudem fürchten, dass Fischers Wiederwahl durch eine – wie Umfragen vermuten lassen – sehr niedrige Wahlbeteiligung abgewertet wird.

Die SPÖ, die seit den Parlamentswahlen 2008 bei sämtlichen regionalen und lokalen Wahlgängen Niederlagen einstekken musste, setzt jedenfalls alles daran, mit Fischer wieder einen Erfolg verbuchen zu können. Von Anfang an hat sie sich daher auf Rosenkranz eingeschossen, wobei sie die Unterstützung der meisten Medien – allen voran des „unabhängigen“ ORF – aller Linken und Grünen sowie der Israelitischen Kultusgemeinde hat. Zugute kommt der SPÖ auch, dass die FPÖ bezüglich ihrer Kandidatin nicht gerade einen geschlossenen Eindruck machte. Auch wird sich zeigen, ob es sinnvoll war, dass die FPÖ die Präsidentenwahl anfänglich als eine Art Probegalopp fürs Duell mit der SPÖ bei den – zugegebenermaßen viel wichtigeren – Wiener Landtagswahlen im Herbst darstellte.

FPÖ-Kandidatin hat die Medien gegen sich

Die ÖVP, die zwar zuletzt gute Wahlresultate erzielen konnte – dank Schwäche der SPÖ –, hat auf einen Kandidaten verzichtet und macht einen etwas konfusen Eindruck. Auch wegen einer internen Kontroverse um das „Verbotsgesetz“, die zum Parteiausschluss der Führung des Wiener ÖVP-Akademikerbundes führte. Manche ÖVP-Funktionäre haben sich für Fischer ausgesprochen, andere dafür, den Wahlzettel als ungültig zu markieren, doch traditionelle ÖVP-Wähler dürften eher zu Hause bleiben oder sich für Gehring oder sogar für Rosenkranz entscheiden. *RGK*

Neue Qualität der Selbstverdummung

Von Harald Fourier

Wer kennt nicht die RTL-Seifenoper „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“? In Potsdam wird sie gedreht, die Handlung spielt in Berlin. In wenigen Tagen wird die Serie 18 Jahre alt, also volljährig. Sie hat schon eine ganze Generation geprägt mit ihrem verdrehten Weltbild. Aktuelles Beispiel: Bei GZSZ ist noch nie einer zum Bund gegangen, obwohl die Serie von jungen Leuten handelt, die alle mal vor der Frage stehen: Bund oder Zivildienst?

Den Drehbuchautoren ist es nicht in den Sinn gekommen, jemanden einzubauen, der seinen Wehrdienst leistet – bis Lenny Cöster kam. Lenny, eine der neuen Hauptfiguren, ist der erste Wehrdienstleistende der Serie – und wird prompt massiv misshandelt bei der Truppe. Die Wirkung auf das jugendliche Publikum ist klar: Was in der Wirklichkeit ein bedauerlicher Einzelfall ist, wird so bei RTL Normalität.

Und es kommt noch besser: Traumatisiert wird Lenny zum wilden Schläger und bedroht einen Kioskbesitzer mit einer zerschlagenen Bierflasche. Für diese Tat – Lenny ist Ersttäter – wird er zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Und das obwohl Berlin voll ist von jugendlichen Schwerstkriminellen (Intensivtäter), die auch nach 20 Rohheitsdelikten nicht in den Knast müssen.

Ein anderer Handlungsstrang dreht sich um Dascha Petrova, eine Russin, die illegal nach Berlin gekommen ist. Sie ist klug, fleißig und verfügt über beste Sprachkenntnisse, muss aber die miesesten Jobs machen und Demütigungen über sich ergehen lassen. Sieht so der Alltag im Einwanderermilieu aus? Realistischer wäre doch wohl eine Importbraut aus Anatolien, die kein Wort Deutsch spricht und in einen Hartz-IV-Haushalt geholt wird. So etwas zeigen sie nicht bei GZSZ.

Da steckt unverkennbar eine Absicht dahinter. Es soll eine Welt gezeigt werden, in der Bundeswehrrekruten gefoltert und Ausländer ausgebeutet werden, während die Justiz zu hart gegen jugendliche Kriminelle durchgreift. Doch das ist eine Welt in Wolkenkuckucksheim, nicht in Berlin.

Der Selbstverdummungsprozess hat eine neue Qualität. Früher war triviale Unterhaltung für Jugendliche – Comics zum Beispiel – nur banal. Heute ist sie politisch korrekt und soll den Blick der Zuschauer für die Wirklichkeit eintrüben. Eine Neuköllner Theaterregisseurin, das war in der „Berliner Zeitung“ zu lesen, gab gerade an, die Rollen der „typischen Deutschen“ stets mit Immigranten zu besetzen, während die Gewalttäter stets von Deutschen gespielt werden. Wie schön, dass eine Verantwortliche aus dem Kulturbetrieb einmal offen zugegeben hat, dass da System dahintersteckt.

Grüner Lunge geht die Luft aus

Berlins Kleingärtner schlagen Alarm: Anlagen würden trotz Alternativen unnötig planiert



Bedrohte Idylle: Die Kleingärten sind das Paradies Tausender Großstadtkinder.

Bild: Visum

Die Flughäfen Tegel und Tempelhof verschwinden, alte Betriebsgelände stehen leer. Flächen für Investoren hätte Berlin also genug. Warum müssen dann trotzdem so viele Schrebergärten dran glauben?

Grüne Lunge der Stadt, sozialer Treff, Refugium für Familien – wenn Berliner Kleingärtner von ihren Parzellen sprechen, klingt das derzeit, als erfüllten sie eine gesellschaftliche Mission. Grund des Werbens: Der Berliner Kleingarten ist bedroht, glaubt man aktuellen Zahlen. So ging in der ganzen Republik laut Bundesverband Deutscher Gartenfreunde (BDG) zwischen 1997 und 2008 die Zahl der Kleingärten um ein Prozent zurück. Weit dramatischer in Berlin: Hier sind seit 1990 nach Angaben des konkurrierenden Verbands Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) zirka 436 Hektar der grünen Parzellen planiert worden, das entspräche rund 17 Prozent Verlust in 20 Jahren. Fazit: Die Politik der Spreemetropole verdrängt die Anlagen wie in keiner anderen Großstadt.

Diese Großstadtlage ist das eigentliche Problem. Die Ringautobahn A 100, neue Verbindungsstraßen und die Verdichtung von zentralen Flächen mit Wohn- und Geschäftsbauten sind die größten Feinde der noch 934 Anlagen. Hauptärgernis dabei: In den Bezirken gibt es genug Freiflächen, Industriebrachen und Bebauungslücken, doch die Schreber müssen dessen ungeachtet oft ihr Terrain räumen. Der Senat sehe Kleingärten eben nur als Baulandreserve, so der Vorwurf der Laubenpieper, deren Einfluss in der Hauptstadt immerhin die „Laubenpieper-CDU“ als ernst zu nehmenden Partei-Flügel entstehen ließ.

Fachleute rechnen pro Parzelle mit 300 Quadratmetern, also sind „Erholungsflächen verschwunden, die dreimal so groß wie der Tierpark (160 Hektar) sind“, schrieb unlängst die „Berliner Zeitung“. Doch nicht so sehr der Schwund auf derzeit berlinweit 2100 Hektar an sich, sondern Einzelfälle wie das offensichtlich unnötige Aus für die Anlage „Württemberg“ in Wilmersdorf erzürnen die Gartenfreunde. Das Areal wurde geräumt, von der angekündigten Investition ist weit und breit nichts zu sehen.

> Für Investoren oftmals attraktiver als Industriebrachen

„Die sozialen Strukturen bekommen Sie nie wieder hin“, sagt Peter Ehrenberg, Präsident des Berliner Landesverbandes der Gartenfreunde, dem 70 000 Parzellen angeschlossen sind. Trotzdem stimmt er nicht in die Untergangsgesänge ein: „Die Zahl von 436 Hektar ist hypothetisch.“ Er spricht von 5000 Parzellen weniger seit 2000, also gut 150 Hektar Verlust (6,7 Prozent). „Die wenigen Anlagen, die keinen Schutz bekommen haben, wollen wir absichern, besonders im innerstädtischen Bereich“, so Ehrenberg.

Tatsächlich haben die meisten Gartenkolonien inzwischen Bestandsschutz. Die Garantien auf Zeit sorgen dafür, dass vielerorts die Lage entspannter ist, als es die Statistik vermuten ließe. So ist auch der Verband der Kleingärtner, Siedler und Grundstücksnutzer (VKSG) in Prenzlauer Berg kaum erbost über das Ende der dortigen Kolonie „Ostsee“. Das sei Privatsache gewesen. „Wir haben für unsere Kolonien sogar eine Schutzfristverlängerung bis 2020, auch wenn wir damit nicht in jedem Punkt einverstanden sind“, sagt Egid Riedl, Vizepräsident.

Was die neuen Länder insgesamt angeht, räumt man hinter vorgehaltener Hand in Kleingärtner-Organisationen ein, dass mancher Abbau von Anlagen notwendig sei: Östlich der Elbe schwinde die Bevölkerung. Die Menschen wanderten den Arbeitsplätzen hinterher, ein Überangebot an Parzellen entstehe. In Berlin sei die Lage jedoch anders, heißt es beim BDG.

„Wir haben unendlich lange Wartelisten“, sagt Peter Ehrenberg. Ob Flughafen Tegel oder Tempelhof (die beide aufgegeben werden), es gebe genug Ausweichflächen für Investoren, doch die in Berlin besonders geringe planungsrechtliche Absicherung vieler Areale beraubt die Kleingärtner rechtlicher Abwehrchancen. Die Nutzung als Kleingarten ist nicht im Bebauungsplan eingetragen. Das wiederum macht das Verdrängen leicht, sei es durch Privateigentümer oder das jeweilige Bezirksamt, mit dem die Verbände der Kleingärtner Zwischenpachtverträge haben. Manche Areale gehören indes dem Bund, der ebenfalls finanzstarke Käufer den Kleinpächtern vorzieht. „Oft zwingen hohe Schadenersatzdrohungen die meist ehrenamtlichen Vereine in die Knie, die gehen schneller als nötig, obwohl es am Ende doch keine Investitionen gibt – das ärgert dann auch die Anwohner“, sagt Theresia Theobald, Bundesgeschäftsführerin des BDG. Die von Parzellen belegten 3,5 Prozent der Stadtfläche böten keine unerschöpflichen Erschließungschancen. „In Berlin gibt es die Tendenz, zurück in die Stadt zu ziehen, aber die Leute wollen genug Grün in ihrem Kiez – aus Erfahrung wissen wir jedoch: In einmal verdichtete Flächen kommt kein Grün zurück“, sagt die Gartenfreundin.

Ausweichflächen werden nicht oder nur weit draußen angeboten. Auch die Gärtner sind mitunter kompromisslos: Zentral soll das Grün sein, die teils dichte Vorkriegsbebauung lässt man nicht als Basis der Stadtentwicklung gelten. „Das Früher ist für uns kein Argument mehr“, so Ehrenberg. So wundert es nicht, dass der Senat sich in aktuellen Flächennutzungsplänen nicht auf Kleingärtner als Nutzer bestimmter Gebiete festlegen will – es ist einfacher so. Die von den Schrebern beklagte Spekulationsfreude des SPD-geführten Senats geht ebenfalls weiter: Während Prestigeprojekte vom zuständigen Liegenschaftsfonds teils sehr günstig Grundstücke erhalten, zahlen andere drauf, damit die Entnahmen des Landes aus dem Liegenschaftsfonds üppig genug ausfallen können: Rund 224 Millionen Euro kassierte das Land Berlin 2008. *Sverre Gutschmidt*

Spree-CDU sendet Koalitionssignale

Integrationspapier verabschiedet: Schwarz-Grün wirft seine Schatten voraus

Die Berliner CDU hat vergangene Woche auf ihrem „kleinen Parteitag“ das im Vorfeld umstrittene Integrationspapier einstimmig beschlossen. Autoren des Papiers sind die Berliner Bundestagsabgeordnete Monika Grütters und Burckhard Dregger. Grütters gilt als enge Vertraute von Angela Merkel. Dregger ist vor allem durch seinen Nachnamen bekannt – er ist der Sohn des früheren CDU/CSU-Fraktionschefs Alfred Dregger.

In eher linken Hauptstadtmedien wurde das Papier mit viel Lob aufgenommen. Kritiker vermuten denn auch, dass die Spree-CDU sich mit dem Beschluss für eine schwarz-grüne Ehe nach Hamburger Vorbild bereitmachen will.

Mit der Feststellung, dass der Bau von Moscheen verfassungsrechtlich verbürgt sei, Kopftücher nicht gegen die Ordnung verstießen, und der Absicht, dass Imame künftig „Brückenbauer zwischen Moslems und Nichtmoslems“ werden sollten, sowie der Forderung nach „Begrüßungsbüros“ für frisch Zugewanderte bewegt sich die Berliner CDU deutlich in die Richtung der grünen Einwanderungspolitik. Damit setzten sich die Christdemokraten der deutschen Metropole deutlich von Entwicklungen in anderen europäischen Regionen ab. In Dänemark etwa droht integrationsunwilligen Ausländern neuerdings Abschiebung in die Heimat, in Belgien wird – unter Einschluss der Grünen – ein Burkaverbot im Parlament positiv diskutiert.

> Eher linke Medien loben die Unions-Beschlüsse

Insider werfen Grütters und Dregger junior vor, keinerlei persönliche Erfahrungen mit Ausländerproblemen zu haben. Die beiden erwiesen moslemischen Frauen, die sich bislang dem Kopftuch entzogen hätten und deshalb bisweilen von häuslicher Gewalt bedroht seien, damit einen Bärendienst. Ebenso gehe es wirtschaftlich erfolgreichen türkischen Geschäftsleuten, die gut integriert und weltlich orientiert seien.



Foto: pa

Monika Grütters

Zwar lehnte die Partei nach heftiger Debatte die Forderung nach deutlichen Erleichterungen zur Erlangung einer doppelten Staatsbürgerschaft ab. Doch geben sich die Befürworter des „Doppelpasses“ in der Berliner CDU mit dieser Entscheidung keineswegs zufrieden. Emine Demirbüken, die seit ihrer Heirat mit einem wohlhabenden Geschäftsmann Demirbüken-Wegner heißt und im gutbürgerlichen Reinickendorf ein Abgeordnetenhausmandat vertritt, klagte in der „taz“: „Ich als Doppelstaatlerin bin damit nicht einverstanden. Ich kann nur sagen, dass das Enkelkind von Helmut Kohl auch drei Staatsbürgerschaften hat.“ Monika Grütters war gegenüber der gleichen Zeitung etwas vorsichtiger: „Ich kann ja nicht mit Gewalt etwas durchsetzen, was keine Mehrheit hat.“

Ob der CDU der Spagat gelingt, einerseits enttäuschte Stammwähler zurückzugewinnen und andererseits sich für die Grünen koalitionsfähig zu machen, das gilt nun als die große Frage. In Hamburg muss die CDU nach gut anderthalb Jahren Schwarz-Grün erleben, wie ihre eigene Basis angesichts der Koalitionspolitik dramatisch erodiert. *Theo Maaß*

Gesetz unterlaufen

Antifa handelt mit Asyl-Gutscheinen

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 1993 ist es möglich, Asylbewerber durch Einkaufsgutscheine zu versorgen statt mit Geld. Die Asylbewerberzahlen nahmen seit Erlass des Gesetzes dramatisch ab.

Gegner kämpfen noch immer gegen die Regelung. Doch ihre Proteste haben nichts bewirkt. Boykottaktionen wie die vor wenigen Wochen im saarländischen Lebach brechen nach kurzer Zeit zusammen. Die Verweigerung der Annahme von Sachleistungen macht auf Bevölkerung und Verwaltung wenig Eindruck, und recht bald werden die Pakete doch wieder akzeptiert. Roland Röder von der „Aktion 3. Welt Saar“ räumt frustriert ein: „Irgendetwas müssen sie schließlich essen.“

In Bayern sind 8000 Asylbewerber in 118 Sammelunterkünften untergebracht. Innenminister Joachim Herrmann (CSU) will so die Rückkehrbereitschaft abgelehnter Bewerber fördern.

Nun versuchen linke Gruppen im Raum Berlin, das Gesetz zu unterlaufen. In den meisten brandenburgischen Landkreisen erhalten die Asylbewerber keine Sachleistungen, sondern Einkaufsgutscheine, mit denen in Supermärkten eingekauft werden kann. Allerdings sind Alkohol und Tabak ausgeschlossen.

Nun findet einmal im Monat in Hennigsdorf bei Berlin ein „Antifa-Einkauf“ statt. Die linken Aktivisten erledigen mit den Gutscheinen der Asylbewerber ihren eigenen Einkauf und geben denen dafür Geld.

Mit dem Geld können die Asylbewerber nach Gutdünken einkaufen, natürlich auch Tabak und Alkohol. Damit ist die Gutscheinregelung praktisch ausgehebelt. Zu den Unterstützern der Aktion zählt auch die Flüchtlingsreferentin des evangelischen Kirchenkreises Oranienburg. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Zbigniew Brzezinski – Der 1928 in Warschau geborene Politikwissenschaftler gilt mit Henry Kissinger als bis heute einflussreiste „graue Eminenz“ der US-Außenpolitik. Der Sohn eines polnischen Diplomaten erhielt 1958 die US-Staatsbürgerschaft. In der auf 20 Millionen Köpfen geschätzten „Polonia“, der polnischen Emigration weltweit, ist Brzezinski gewiss einer der Mächtigsten.

Frédéric Chopin – Der 1810 im Herzogtum Warschau geborene, in Polen unter dem Namen Fryderyk Franciszek Szopen bekannte Komponist ist der Sohn eines aus Lothrigen stammenden, für den polnischen Adel tätigen Französischlehrers und einer verarmte Adligen. Nach dem Novemberaufstand 1830/31 verließ Chopin Warschau gen Paris. Dort erzielte er als Komponist, Pianist und Klavierlehrer bis zu seinem Tod 1849 Erfolge.



Marie Curie – Die 1867 in Warschau geborene Maria Skłodowska wuchs im damals zu Russland gehörigen Teil Polens auf. Da sie dort als Frau nicht studieren durfte, zog sie 1891 nach Paris, wo sie an der Sorbonne Mathematik und Physik studierte. Hier wurde sie als erste Frau Inhaberin des Lehrstuhls für Allgemeine Physik. Zusammen mit ihrem Ehemann Pierre Curie entdeckte sie die Elemente Polonium und Radium und wirkte in der Strahlenforschung, wofür sie 1903 und 1910 den Nobelpreis erhielt.

Rosa Luxemburg – Die von Sozialisten noch heute verehrte Rozalia Luksenburg erblickte 1871 in Kongresspolen das Licht der Welt. Wegen ihres Engagements in der polnischen Arbeiterbewegung musste die Tochter wohlhabender Juden ins Exil in die Schweiz, wo sie studierte. Danach zog es sie nach Berlin, wo sie für die SPD aktiv war und offen rebellierte. 1918 gehörte sie zu den Gründern der KPD, 1919 wurde sie erschossen.



Marcel Reich-Ranicki – Auch der einflussreichste deutschsprachige Literaturkritiker der Gegenwart stammt aus Polen (*1920). Der Sohn einer jüdischen deutsch-polnischen Mittelstandsfamilie kam 1940 ins Warschauer Ghetto, von wo er 1943 floh. Doch das kommunistische Nachkriegspolen war nicht nach seinem Geschmack, so dass er 1958 nach Deutschland emigrierte, wo ihm eine einzigartige Karriere gelang.

Polens dezimierte Elite

Mehr noch als Grausamkeiten haben Emigrationswellen das Land ausbluten lassen

Alt „zweites Katyn“ hat Polens Ex-Präsident Lech Walesa den Flugzeugabsturz bei Smolensk mit 96 Toten bezeichnet. Polen habe bei dem Unglück einen Teil seiner Elite verloren. Die drastische Formulierung berührt einen bitteren Punkt in Polens Geschichte.

Katyn ist für Polen ein Schrekkenswort nicht nur wegen der unerhörten Grausamkeit der Massenerschießung von über 22 000 Menschen. Besonders fatal ist, dass sich dieses Massaker, dem ähnliche sowjetische Verbrechen vorausgingen und folgten, gegen polnische Offiziere und Intellektuelle richtete, also gegen die Oberschicht das Landes und damit gegen seine Fähigkeit, als unabhängiger Staat in der Völkergemeinschaft und als Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.

Doch nicht nur durch russische und (leider Gottes sogar eher noch größere) deutsche Grausamkeiten in den 1940er Jahren hat Polens intellektuelle Elite Verluste erlitten. Vor und nach den Verbrechen von Stalinismus und Nationalsozialismus war es vor allem die Emigration, die die Elite des Landes immer wieder reduzierte.

Der Serie niedergeschlagener Aufstände in den gut 120 Jahren nach der dritten polnischen Teilung von 1795 folgte regelmäßig eine Auswanderungswelle. Die meisten Emigranten assimilierten sich schnell an ihre Aufnahmeländer, zu denen neben Preußen/Deutschland und Österreich insbesondere die USA gehörten. Darum kehrte nach der Wiederherstellung des unabhängigen polnischen Staates 1919 (der aber schon im Ersten Weltkrieg eine von Deutschland ermöglichte Gründung vorangegangen war) auch nur ein kleiner Teil der Emigranten zurück.

> Nur selten war Polen Ziel leistungswilliger Einwanderergruppen

Auch ohne erfolglose Aufstände hatte die Zeit der Staatenlosigkeit einen negativen Effekt auf das intellektuelle Potenzial des heutigen 40-Millionen-Volkes: Als nationalbewusster Pole konnte man in dieser Zeit jahrzehntelang allenfalls in Österreich-Ungarn beispielsweise Minister oder General werden. Wer dennoch „nach Höherem strebte“ musste als Pole insbesondere in „Russisch-Polen“ entweder sein Volkstum verleugnen oder eben emigrieren.

Nach 1945 setzte sich der nachhaltige Aderlass in mehreren Wellen fort: 1945/48, 1968 und massiv nach 1989 verließen Hunderttausende meist junger und überdurchschnittlich qualifizierter und aktiver Polen ihr Land. Mit den Emigrationswellen von 1946 (nach dem Pogrom von Kielce) und 1968 verließen überdurchschnittlich viele polnische Juden das Land. Nach 1918 und erneut durch die Aussiedlung im Grunde ab 1950 verlor Polen zudem über drei Millionen deutsche und deutschstämmige Bürger (um von der eigentlichen Vertreibung Ostdeutscher aus Ostdeutschland einmal nicht zu reden) – dieser Teil des dauernden Aderlasses war freilich „selbstgemacht“.

Weit seltener in seiner Geschichte war Polen dagegen das Ziel der Einwanderung größerer Gruppen von Leistungsträgern und Talenten. Ein Beispiel dafür ist die Massenflucht deutscher Juden nach Polen im Zuge der großen Verfolgung bei der Pestepidemie von 1348/49, ein anderes die Aufnahme vieler Juden nach deren Vertreibung aus Spanien 1492. Noch Jahrhunderte später stellten Juden einen großen Teil der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elite Polens.

Nach 1990 zog es mehrere Hunderttausend Polen ins europäische Ausland. Die meisten von ihnen haben zumindest eine abgeschlossene Ausbildung, aber sehr viele haben studiert. Dieser Verlust ist für Polen insofern tragisch, als just seit dieser Zeit durch Marktwirtschaft, Demokratie und europäische Integration an sich wieder gute Zukunftsperspektiven im Lande selbst bestehen.

Konrad Badenheuer



Leipziger begrüßen Polen: Nach dem Novemberaufstand 1830/31 zogen vor allem polnische Intellektuelle gen Westen. Bild: BpK

Warschaus Uni im Wechselbad der Geschichte

In der Geschichte der Warschauer Universität spiegelt sich das wechselvolle Schicksal der polnischen Intelligenz. Deutschland spielte dabei zweimal eine einschneidende Rolle. Beim ersten Mal eine äußerst positive, was im weiteren Verhalten der Polen jedoch keinen Widerhall fand. Bei ihrem zweiten Auftritt verbreiteten die Deutschen Angst und Schrecken.

Durch den Wiener Kongress 1814/15 kam Warschau als Hauptstadt „Kongress-Polens“ unter russische Herrschaft. Da das geistige Zentrum Polens, Krakau, außerhalb dieses Gebiets lag, erlaubte Zar Alexander I. die Gründung einer polnischsprachigen Universität. Diese wurde nach Aufständen zweimal geschlossen und jeweils erst Jahre später neu eröffnet.

> Von den Deutschen 1915 repolonisiert

Ab 1870 war die Uni rein russischsprachig. Doch gleich nach ihrem Einmarsch 1915 repolonisierten die Deutschen die Warschauer Universität im Rahmen ihrer Bemühungen um einen neuen polnischen Staat. Die Hochschule wurde ein Zentrum polnischer Wiedergeburt und blieb es bis Mitte der 1930er Jahre. Ab Mitte jenes Jahrzehnts allerdings war Antisemitismus an der Uni allgegenwärtig. Mit dem Einmarsch der Wehrmacht 1939 erlosch dann das offizielle Leben der Warschauer Uni ganz, „Untergrundhochschulen“ etablierten sich.

Ab Ende der 1940er Jahre senkte sich ein strenges stalinistisches Regime über die Hochschule. Nach einer kurzen Liberalisierung ab 1956 war besonders die Uni 1968 von antifreiheitlichen und antisemitischen Übergriffen der Kommunisten gekennzeichnet, die einen Exodus zahlloser Geistesgrößen zur Folge hatten. 1989 brachte der Uni wie fast ganz Europa die Freiheit zurück.

H.H.

Fataler »Braindrain«

Der Verlust von Leistungsträgern kann ganze Länder ruinieren

Nur für wenige Begriffe aus der Flut englischer Fremdwörter gibt es keine ganz befriedigende deutsche Entsprechung. Ein Beispiel dafür ist das Wortpaar „Braindrain“ / „Braingain“, das wörtlich „Gehirnabfluss“ und „Gehirngewinn“ bedeutet.

Gemeint ist das aus der Wirtschafts- und Migrationsgeschichte seit langem bekannte Phänomen, dass Regionen oder ganze Länder durch Wanderungsbewegungen viele begabte und leistungsfähige Menschen verlieren oder eben auch gewinnen. Der brandenburgische Kurfürst Friedrich Wilhelm wusste im Jahre 1685 intuitiv, dass es Preußen nutzen würde, wenn er sein Land für die damals zu Zehntausenden von Frankreich faktisch vertriebenen Hugenotten öffnen würde. Durch das Edikt von Potsdam lockte er 20 000 überwiegend sehr leistungswillige Religionsflüchtlinge ins Land, die mit protestantischer Arbeitsmoral Preußen bald wesentlich voranbrachten. Im Laufe des 17. Jahrhunderts verlor dagegen Frankreich rund 200 000 Protestanten, was das Land in seiner weiteren Entwicklung wesentlich behinderte. Übrigens versuchten etwa 50 000 von ihnen ihr Glück in England, was dazu beigetragen hat, dass wenige Jahrzehnte später Großbritannien und nicht etwa Frankreich zum Ausgangsort der Industrialisierung wurde.

Wirtschaftshistoriker gehen heute davon aus, dass Spanien seine Weltmachtstellung im 16. Jahrhundert auch wegen der Vertreibung der Juden nach 1492 verlor, nicht zuletzt der Verlust der Finanzelite war nur schwer zu ersetzen.

> Die »Deppen des Sozialstaats« verlassen Deutschland

Ein klassischer Fall von Braindrain ist die massenhafte Emigration deutscher Spitzenwissenschaftler in die USA nach der Machtergreifung der Nazis 1933. Nur ein kleiner Teil kehrte nach 1945 zurück, später folgte weitere Abwanderung von Spitzenforschern, was sich bis heute massiv in der Nobelpreisträger-Statistik niederschlägt, die vor 1918/33 für Deutschland noch viel vorteilhafter aussah als heute.

Ein anderer Braindrain ist die Abwanderung von 2,7 Millionen Ost- und Mitteldeutschen aus der damaligen DDR in die alte Bundesrepublik bis zum Mauerbau von 1961. Angehörige aller Schichten verließen das „Arbeiter- und Bauernparadies“, aber eben besonders viele Leistungsträger. Die Folgen sind noch lange nicht überwunden und womöglich auch dauerhaft gar nicht überwindbar.

Heute hat sich Deutschland vor allem durch seine Umverteilungspolitik eine fatale Braindrain-Problematik selbst eingebrockt: Während der weltweit fast einmalige deutsche Sozialstaat Millionen gering Qualifizierter nach Deutschland gelockt hat und immer noch lockt, haben bereits mehrere Hunderttausend überwiegend gut ausgebildete und junge Deutsche das Land verlassen: Hoch belastet mit Steuern und Abgaben wären sie hier die „Deppen des Sozialstaats“. Sogar unter den deutsch-türkischen Rückwanderen in die Türkei sind die Qualifizierten weit überproportional vertreten.

K.B.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9453**

In die Ecke manövriert

Union geht als Sieger aus monatelangem Koalitionsgerangel hervor – Liberale haben kaum noch Spielraum

Die Union lässt die Liberalen mit deren Steuerreform-Vorschlägen am langen Arm verhungern. Doch die FDP hat derart an Rückhalt verloren, dass sie gegen die Strategie des großen Koalitionspartners kaum etwas ausrichten kann.

Zwar sitzen die Liberalen mit fast doppelt so vielen Abgeordneten im Bundestag wie ihr Partner CSU. Doch diese nie dagewesene parlamentarische Stärke wirkt heute nur wie ein später Abglanz verflogener Macht, in der sich die FDP, insbesondere ihr Vorsitzender, im Herbst vergangenen Jahres sonnen konnte.

Die reservierte Freundlichkeit, mit welcher die Führung der Union die drastisch abgespeckte Version des liberalen Vorschlags zur Steuerentlastung aufgenommen hat, atmete die Milde des Siegers. Im September 2009 fragten Kommentatoren, ob nach dem fulminanten Sieg der Freidemokraten überhaupt noch sicher sei, wer in der Koalition den „Koch“ und wer den „Kellner“ spiele, soll heißen: Die Liberalen könnten versucht sein, aus ihrer Rolle als kleiner Juniorpartner, der nur punktuell mitbestimmt, auszubrechen, um „auf Augenhöhe“ mit der Union umzugehen.

Es folgten monatelange Streitereien, als deren Resultat die Westerwelle-Truppe zeitweise mehr als die Hälfte der Zustimmung verloren hatte, die sie 2009 an den Urnen erringen konnte. Auch Ansehen und Umfragewerte der Unionsparteien litten, jedoch längst nicht in dem Ausmaß.

Die Union, namentlich Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble, begrüßten vordergründig die überarbeitete FDP-Vorlage, die ab 2012 16 Milliarden Euro Steuerentlastung vorsieht, als „Schritt in die richtige Richtung“. Sie verknüpften ihre Zustimmung allerdings sogleich mit dem Finanzierungsvorbehalt: Steuersenkung nur, wenn auch höhere Einnahmen da sind.

Auf die Einsparvorschläge der Liberalen gingen die Unionsspitzen hingegen kaum ein: So fragt die FDP, warum Flugbenzin für Ferienflieger steuerfrei sei, wenn Kleinverdiener für jeden Liter Autosprit für den Weg zur Arbeit über 65 Cent Mineralölsteuer zahlen müssen.

Die Besteuerung von Flugbenzin brächte nach FDP-Berechnungen sieben Milliarden Euro mehr in die Staatskasse. Auch stellen die Freidemokraten erneut die fortdauernde Förderung des Steinkohlebergbaus infrage.

Doch all das ficht den großen Koalitionspartner nicht an. Erst recht, nachdem dieser Tage erste Einzelheiten über die nächste Steuerschätzung, die Anfang Mai vorgestellt wird, durchsickerten. Danach rücken die erhofften spürbaren Steuermehreinnahmen in weite Ferne. Die Union nahm dies zum willkommenen Anlass, den Liberalen abermals den Wind aus den Segeln zu nehmen: bis auf weiteres nicht finanzierbar, so Schäuble kühl. Das Aufbäumen der Freidemokraten dagegen wirkt kraftlos. Das liegt vor allem daran, dass ihnen beinahe jeder Rückhalt im Volk verloren gegangen ist. Beachtliche 37 Prozent der Manager gaben an, im September FDP gewählt zu haben. Das „Handelsblatt“ berichtet nun, dass die Zustimmung für die Liberalen in diesem Segment auf klägliche sechs Prozent geschrumpft sei. Für die „Partei der Marktwirtschaft“ und des freien Unternehmertums sind die sechs Prozent noch beachtlicher als die 37, allerdings im negativen Sinne.

> Selbst Kernklientel kehrt Blau-Gelben schon den Rücken zu

Wie jammervoll die Lage für die FDP ist, lässt sich auch daran ablesen, dass ihre Gegner es sich leisten können, die Partei gleichzeitig von zwei Seiten her zu kritisieren, ohne der Heuchelei überführt zu werden: Halten die Blau-Gelben an ihren Wahlkampfforderungen eins zu eins fest, wirft man ihnen Unbelehrbarkeit und Realitätsverlust vor. Gehen sie indes auf die Kritik ein und mildern ihre Forderungen ab, verspotten sie dieselben Kritiker als „Umfaller“.



Kernanliegen verloren: Westerwelles FDP muss sich jetzt eigentlich neu ausrichten. Bild: action press

Wie bei jedem Spieler, der sich in die Ecke manövriert hat, gilt auch für die Liberalen zurzeit: Wie sie es machen, machen sie es falsch. Zwar greifen sie mit ihrem Steuermodell (auch in der modifizierten Fassung) all jene Forderungen auf, welche jahrelang zu den Kernanliegen der Mittelschicht zählten: einfachere Steuertarife und ein Abschmelzen des „Mittelstandsbauchs“ („kalte Progression“). Und genau dies leistet das FDP-Modell: Bei 30000 Euro Jahreseinkommen beziffert sich die Entlastung auf 600 Euro, bei 60000 Euro auf 1200 Euro. Aber klatschen die Betroffenen etwa Beifall, wie sie es noch vor einem Jahr getan hätten? Nein, kein Mucks.

Und die Finanzierung? Da viel von dem Geld, das die Beschäftigten so behalten dürfen, in den Konsum (und damit in Steuereinnahmen erzeugendes Wirtschaftswachstum) flösse, würde sich die Entlastung nach Berechnungen etwa zur Hälfte sogar selbst finanzieren, behaupten die FDP-Finanzpolitiker. Selbst weniger optimistische Stimmen erwarten immerhin ein Drittel.

Doch all das verhallt selbst bei jenen Steuerbürgern, die eine Reform nach FDP-Modell eigentlich angemahnt hatten.

Zur Entfremdung von der FDP gesellt sich die grassierende Furcht, dass die uferlos verschuldeten Staatshaushalte zu einer Gefahr für die Stabilität des Landes werden könnten. Bei allen Umfragen spricht sich eine deutliche Mehrheit dafür aus, erst die Staatsfinanzen zu sanieren, bevor über Entlastungen nachgedacht wird.

In diesem Klima müssen alle Anstrengungen der Liberalen, ihre alte Wählerklientel mit den erprobten Forderungen wieder an sich zu binden, scheitern. Für die Koalition bedeutet dies, dass die Union wieder unangefochten den dominierenden Part spielt. Für die FDP jedoch beginnt ein schmerzvoller Weg der Neuorietierung.

Hans Heckel

MELDUNGEN

Streit um Härtefallregelung

Berlin – Im Haushaltsausschuss des Bundestages wird über die Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Härtefallregelung für Hartz-IV-Empfänger beraten. Die hinzugebetenen Sachverständigen bewerteten besagte „atypische Leistungen“, bei denen es Sonderzahlungen geben soll, unterschiedlich. So kritisierte der Paritätische Wohlfahrtverband, dass die Regierung Praxisgebühren, Schulmaterialien, Bekleidung in Übergrößen, Brillen und Zahnersatz von vornherein ausschließen wolle. „Die Härtefallklausel ist zu restriktiv gefasst und wird dem Problemdruck in vielen Hartz-IV-Haushalten nicht gerecht“, so DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Offenbar will der Gesetzgeber das Regelsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts möglichst ‚billig‘ umsetzen.“ *Bel*

Absurditäten bei Ost-Rente

Berlin – „Rente ist Lohn für eine lebenslange Arbeitsleistung, die in Ost und West gleichermaßen Anerkennung verdient.“ Mit diesen Worten übergab vergangenen Dienstag das „Bündnis für eine gerechte Rentenangleichung Ost“ eine Liste mit 75000 Unterschriften dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Nur wenige Tage zuvor hatte jedoch der Bundesrechnungshof eine anzustrebende Besserstellung der Ost-Rentner an die West-Rentner für überholt erklärt. In vielen Branchen werde in Ost wie West gleicher Tarif gezahlt, so die Prüfer laut „Focus“ im Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags. Da Arbeitnehmer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR jedoch bei gleichem Gehalt dank Rentenformel höhere Ansprüche erwürben, käme es in einigen Unternehmen sogar zu ungerechten Besserstellungen von Beschäftigten im Osten der Bundesrepublik gegenüber ihren Westkollegen. *Bel*

Sparzwang treibt Blüten

Länder wollen Gerichtsvollzieherwesen privatisieren

Der erste Schritt ist bereits getan, der Bundesrat hat der Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens zugestimmt. Nun liegen die beiden dafür nötigen Gesetzentwürfe der Bundesregierung vor, die diese an den Bundestag weiterleiten wird. Es ist der zweite Versuch des Bundesrates, das starre, Gläubiger im Verhältnis zum Schuldner schlecht stellende Gerichtsvollzieherwesen zu reformieren, doch das Wort Privatisierung in diesem Zusammenhang ruft Skepsis hervor. Schließlich sind Gerichtsvollzieher bis jetzt Beamte, die den Landesjustizbehörden unterstellt sind.

Aufgabe der Gerichtsvollzieher ist es, Gläubigern zu helfen, gerichtlich anerkannte Forderungen durchzusetzen. Für deren Durchsetzung dürfen sie das Hab und Gut des Schuldners pfänden. Ist dieses nicht im benötigten Umfang vorhanden, können sie eidesstaatliche Versicherungen abnehmen. Im Grunde handelt es sich um eine staatliche Hoheitsaufgabe, die die Länder zu honorieren haben. Und genau das missfällt den klammen Bundesländern. Bereits 2007 hatten sie mit dem Argument, das Gerichtsvollzieherwesen effizienter zu machen, auf eine Reform gedrängt. Nun wurde der zweite Versuch gestartet. Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen reichten im Bundesrat den Antrag ein und Länder wie Nordrhein-Westfalen und Bayern schlossen sich dem Vorschlag an. Da sie alle finanziell in Bedrängnis sind, werden hier über alle Parteigrenzen hinweg, Sparpotenziale erkannt.

198 Millionen Euro pro Jahr könnten auf diese Weise gespart werden. Zusätzlich würden die

> Hoheitsaufgabe des Staates auslagern

nun freiberuflichen Gerichtsvollzieher Umsatzsteuer zahlen müssen, so dass Einnahmen von etwa 113 Millionen Euro winken. Das ist nur durch eine „deutliche Erhöhung der Kosten der Zwangsvollstreckung“ möglich, was zu Bedenken bei der Bundesregierung geführt hat, zumal die Gläubiger auch bei erfolgloser Vollstreckung zahlen müssen. Auch treffen Gerichtsvollzieher häufig auf Schuldner, die vor dem finanziellen Ruin stehen, so dass die Beamten auch ein soziales Fingerspitzengefühl an den Tag legen müssen. Forderungen nach zu schaffenden „Leistungsanreizen“ für Gerichtsvollzieher, wie im Gesetzentwurf gefordert, klingen in diesem Kontext deplatziert.

Frank Zittka, Pressesprecher des Beamtenbundes dbb, sieht die Reformpläne kritisch, doch er merkt an, dass für deren Umsetzung eine Grundgesetzänderung mit einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag nötig sei. Stephan Kraiß, Referent für Rechtspolitik der FDP-Bundestagsfraktion, weist gegenüber der *PAZ* darauf hin, dass die Reform im Koalitionsvertrag vereinbart sei. In Betracht käme eine Übertragung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene in Anlehnung an die Regelungen über den Notar. Die Beleihung beließe die Verantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung der übertragenen Aufgaben beim Staat. Der beliehene Gerichtsvollzieher bliebe damit Beamter im haftungsrechtlichen Sinne. Die Umstellung auf ein Beleihungssystem führe aber dazu, dass die Bestellung eines Gerichtsvollziehers künftig nicht mehr von haushaltsrechtlichen Zweckmäßigkeitserwägungen abhinge. „Vielmehr kommt es auf den Bedarf an Gerichtsvollziehern an. Bei einer stetigen Erhöhung des Geschäftsanteils und steigender Belastungen ist es dann eher möglich, entsprechende Beleihungsstellen zu besetzen, anstatt neue Beamtenplanstellen zu schaffen“, so Kraiß. *Bel*

Gabriel lockt Linke

Option Rot-Rot lebendig halten – DL 21 gilt als »Partei in der Partei«

Freudig griff Noch-Linke-Chef Oskar Lafontaine die Kritik des SPD-Chefs Sigmar Gabriel zum Mandat für den Afghanistan-Einsatz auf. „Die SPD muss jetzt den nächsten Schritt machen und sich unseren Forderungen anschließen, die Beteiligung der Bundeswehr an diesem völkerrechtswidrigen Krieg zu beenden“, forderte Lafontaine von den Sozialdemokraten. Sofort versuchte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zurückzurudern und meinte, es helfe den Soldaten überhaupt nicht, „wenn wir neue Begriffe für das finden oder zu finden versuchen, was dort stattfindet“.

Doch wer glaubt, dass die SPD jetzt nach einem Schritt zurück und einem wieder vor auf der selben Stelle stehe wie zuvor, der irrt, denn Gabriel hat Signale gesendet, die die gewünschten Adressaten verstanden haben. Bisher trennt die SPD und „Die Linke“ vor allem die unterschiedliche Haltung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Lafontaines Partei ist für den sofortigen Abzug, die Sozialdemokraten haben „Deutschlands Verteidigung am Hindukusch“ erst möglich gemacht. Die Widersprüche, um die humanitäre Wiederaufbauhilfe, die doch irgendwie kriegsähnlich ist, aber kein Krieg sein darf, sind während der Jahre, als die SPD in der Regierung saß, entstanden und gepflegt worden.

Allerdings galt Gabriels Kuschelkurs nicht nur der Partei „Die Linke“, sondern auch den Linken in seiner Partei, die mit der Afghanistan-Politik unzufrieden sind und die vor allem von Rot-Rot träumen.



Björn Böhning Bild: ddp

Doch die gegensätzlichen Einstellungen der Parteien zum Afghanistan-Einsatz machten die Konstellation Rot-Rot bisher unmöglich.

Gabriel muss die linken Gruppierungen in seiner Partei bei Laune halten. Schon lange wäre es zu einfach, nur von einem linken Flügel in der SPD zu sprechen, denn außer der Parlamentarischen Linken in der Fraktion, der rund 70 Bundestagsabgeordnete angehören, gibt es auch noch das Forum Demokratische Linke 21 (DL 21), dessen Mitglieder keineswegs nur Bundestagsabgeordnete sind und das inzwischen sogar in mehreren Bundesländern eigene Landesgruppen hat. Die DL 21 wird von Sozialdemokraten schon kritisch als „Partei in der Partei“ bezeichnet. Ihre Mitglieder muss Gabriel wieder zurück in die eigenen Reihen ziehen, und damit ihm das gelingt, muss er ihnen etwas bieten.

Doch das ist schwer. Schließlich ist die DL 21 eine Nachfolgeorganisation des 1966 gegründeten Frankfurter Kreises, der Vordenker eines Demokratischen Sozialismus wie Peter von Oertzen angehörten. Zwar sitzen der ehemalige Juso-Chef Björn Böhning und der ehemalige Abgeordnete Niels Annen nicht (mehr) im Bundestag, doch die beiden Männer haben durchaus Einfluss mit ihrer DL 21. Zwar fordern sie laut ihrer Internetseite keinen neuen Sozialismus, überhaupt wirken ihre Forderungen gemäßigt, trotzdem werben sie erfolgreich frustrierte SPDler an. Und nicht nur Sozialdemokraten, denn um Mitglied der DL 21 zu werden, muss man nicht in der Partei sein. Und das setzt Gabriel unter Druck, der verzweifelt versucht, seine Partei auf eine gemeinsame Linie einzuschwören. *Bel*

MELDUNGEN

Spaltung Zyperns tiefer

Nikosia – Der Sieg des nationalistischen Politikers Dervis Eroglu bei der Präsidentschaftswahl im türkischen Teil Zyperns war für jene, die eine Wiedervereinigung der seit 1974 in einen türkischen und einen griechischen Teil gespaltenen Insel anstreben, eine Niederlage. Amtsinhaber Mehmet Ali Talat, der mit dem griechischen Süden über eine Wiedervereinigung verhandelt, die jedoch bisher an den offenen Eigentumsfragen scheiterte, unterlag Eroglu, der als Ankara-hörig und somit als Gegner der griechischen Zyprioten gilt. Türkei-Kritiker erwarten, dass Eroglus Sieg die Spaltung Zyperns vertiefen wird. Die Zypernfrage ist einer der wesentlichen Punkte, der den EU-Beitritt der Türkei bisher verhindert hat. *Bel*

Weltweit wärmster März

Washington/Berlin – Ein kalter Winter in Deutschland, Manipulationen beim Weltklimarat und absurde Prognosen über die Gletscherschmelze im Himalaya haben den Eindruck erweckt, als sei die globale Erwärmung eine Zeitungsente. Dagegen sprechen neue Temperaturdaten der US-Ozean- und Klimabehörde NOAA. Deren Experten registrierten im März als Durchschnitt für die weltweiten Oberflächentemperaturen von Land und See einen Wert von 13,5 Grad Celsius. Dies liegt 0,8 Grad über dem Mittelwert des 20. Jahrhunderts, der für März bei 12,7 Grad liegt. Das erste Quartal 2010 sei hinsichtlich der Oberflächentemperatur das viertwärmste seit Beginn der Aufzeichnungen 1880 gewesen. Auch das ist nur eine Messung unter vielen, und die offenen Fragen über die Ursachen der Klimaveränderungen und die Zustände in der „Weltklimabürokratie“ bleiben davon unberührt. *PAZ*

Politisches Tabu gebrochen

Auch 95 Jahre nach dem Massaker geben armenische Vertriebene keine Ruhe – und haben Erfolge

Von einem „Scherbenhaufen“ sprachen letzten Sommer amerikanische Armenier und klagten über den abnehmenden Einfluss ihrer Lobby-Verbände auf die Politik Barack Obamas. Die Türkei schien Amerika „erobern“ zu können. Der Völkermord an den Armeniern sollte auch nach 95 Jahren ein Tabu der internationalen Politik bleiben. Doch jetzt wendet sich das Blatt.

Der frühere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski stufte die armenischen Lobbyisten (neben den kubanischen und den israelischen) als drittmächtigste ethnische Gruppe ein. Und die politischen Entwicklungen der letzten Monate zeigen, dass er offenbar Recht hat, denn trotz des massiven Einwandes von US-Außenministerin Hilary Clinton hat der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses im März eine Resolution angenommen, die die Tötung Hunderttausender der Armenier während des Ersten Weltkriegs in der Türkei als Völkermord bezeichnet. Die Resolution erhielt mit 23 zu 22 Stimmen die denkbar dünnste Mehrheit. Vor der Abstimmung hatte die Regierung von Präsident Barack Obama, der im Wahlkampf noch offen vom „Genozid“ an den Armeniern gesprochen hatte, vor einer Beleidigung der Türkei im Fall einer Annahme gewarnt, denn das Nato-Mitglied Türkei ist ein wichtiger Verbündeter der USA im Nahen und Mittleren Osten.

Historiker schätzen, dass zwischen 1915 und 1917 im Osmanischen Reich bei Massakern und Vertreibungen bis zu 1,5 Millionen Armenier getötet wurden. Die Türkei spricht von höchstens 500 000 armenischen Todesopfern und lehnt die Einstufung der Verbrechen als Völkermord ab. Viele Forscher sprechen dagegen vom ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts. Die Türkei wehrt sich entschieden gegen diese Einschätzung und hat wiederholt



Große Lobby: Armenier-Demonstration in New York am Times Square im Herbst 2009 Bild: laif

erklärt, die Zahl der Toten sei übertrieben, und die Armenier seien Opfer von Bürgerkrieg und Unruhen geworden. Zudem hätten sie sich mit dem damaligen Kriegsgegner Russland verbündet.

Ähnlich wie der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses votierte im März das schwedische Parlament. Die Zustimmung zu dem Antrag der linken Opposition war überraschend; aus dem Regierungslager kamen mindestens vier Stimmen. Unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses wurde die türkische Botschafterin in Stockholm, Zergun Korutürk, zu Konsultationen nach Ankara beordert, der schwedische Botschafter in der Türkei, Christer Asp, ins Außenministerium einbestellt. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagte eine geplante Reise nach Schweden ab. Mit ähnlichen diplomatischen Manövern reagierte die türkische Regierung auf die Abstimmung des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses.

Erste Erfolge nach 25 Jahren harter Lobby-Arbeit

Über die offenkundigen Erfolge der „Amerikanischen Armenischen Lobby“, wie das Netzwerk von Nachfahren der Vertriebenen und Opfer genannt wird, sind politische Beobachter erstaunt. Lange Zeit wurden sie belächelt und ihr Einfluss unterschätzt. Dabei stehen die US-Armenier politisch-organisatorisch und finanziell auf eigenen Beinen und sind nicht abhängig vom armenischen Mutterland, das erst seit 1991 wieder unabhängig ist und als verarmtes Land gilt. Breite Unterstützung erhalten die verschiedenen Organisationen aber von der der US-armenischen Gemeinschaft.

Auch die Türkei versucht durch das „American Turkish Council“, die Interessen des türkischen Staates in den USA zu vertreten. Dank der massiven finanziellen Unterstützung aus Ankara konnten türkische Verbände in den USA dadurch ihren Einfluss etwas ausbauen. Was ihnen jedoch fehlt, ist die personelle Präsenz, die die armenischen Verbände erworben haben. Deren Vertreter sind direkt in Parlamenten vertreten oder äußern sich auf Demonstrationen lautstark. Nach 25 Jahren intensiver Lobby-Arbeit auf verschiedenen Ebenen stellen sich nun erste Erfolge ein.

Ungleich schwächer, unkoordinierter und mit weniger Einfluss agieren dagegen die armenischen Vertriebenen in Europa. Das Thema Anerkennung des Völkermordes spielt derzeit bei den Verhandlungen mit dem Beitrittskandidaten Türkei keine Rolle. Seit dem sensationellen Beschluss des Europäischen Parlamentes im Jahr 1987, in dem Brüssel die Ereignisse von 1915/17 als Völkermord bezeichnete, sind über 20 Jahre vergangen. Anscheinend erinnert sich keiner der Parlamentarier in Brüssel mehr an dieses wichtige Dokument. Die europäischen Armenier haben es in den vergangen 20 Jahren versäumt, den Beitrittskandidaten Türkei auf die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der eigenen Geschichte immer wieder hinzuweisen. In der gleichen Zeit arbeitete die Türkei daran, ihr Image aufzubessern. Dabei präsentiert sich die Türkei als wichtiger Bündnispartner des Westens sowohl in militärischer Hinsicht wie als Transitland von Rohstoffen wie Erdgas oder Erdöl.

Die Erinnerung an die Opfer des Völkermordes in Armenien soll in Deutschland durch eine Gedenkveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche am 24. April belebt werden. Veranstalter sind der Zentralrat der Armenier (ZAD) und die Diözese der Armenischen Kirche in Deutschland. Der Vorsitzende des ZAD, Azat Ordukhanyan, der Trierer Weihbischof Stephan Ackermann für die Deutsche Bischofskonferenz und der Publizist Ralph Giordano werden die drei Gedenkreden halten. *Hinrich E. Bues*

Im Kreuzfeuer

Jobbik: Ungarns umstrittene Partei

Nach den Wahlen in Ungarn stellt sich die Frage, wie die mit rund 17 Prozent so erfolgreiche „Bewegung für ein besseres Ungarn“, kurz Jobbik, in das Spektrum jener Parteien einzuordnen ist, die von der „veröffentlichen Meinung“ als rechtsextrem, faschistisch oder bestenfalls rechtspopulistisch etikettiert werden – also etwa NPD, Front National, Vlaams Belang, Lega Nord, FPÖ und Schweizer Volkspartei.

Gemeinsam ist allen, dass Erfolge in hohem Maß dem Protest gegen reale, aber verharmloste Missstände zu verdanken sind. Daher dann auch die stark schwankenden Wahlergebnisse. Eine zentrale Rolle spielt überall die Haltung zu integrationsresistenten Minderheiten. Im Westen ist es die Reaktion auf Überfremdung und Islamisierung, während es im Osten um altansässige Gruppen geht, in Ungarn also um Zigeuner und Juden. Solche „Vorurteile“ hat zwar jeweils auch die Mehrheit der Bevölkerung, doch während sie andernorts offiziell verdrängt werden, wagt man es in Ungarn, wo eine kalvinistische Komponente mitschwingt, sie ziemlich offen auszusprechen.

Mehrheit der Bevölkerung teilt viele Ansichten

Den Zigeunern wirft man eine hohe Kriminalitätsrate und Sozialschmarotzertum vor, und da Zigeuner vorwiegend im benachteiligten Osten siedeln, ist dort Jobbik besonders stark. Antisemitismus nährt sich heute vor allem aus den beispiellosen Missbräuchen und Bereicherungen, die bei der Privatisierung vorkamen und bei denen höchste Funktionäre der abgewählten Sozialisten und Liberalen prominente Profiteure waren. Dazu kamen später die weltweite Finanzkrise, abfällige Äußerungen israelischer Politiker über Ungarn und knapp vor den Wahlen noch ein demütigender Zwischenfall mit israelischen Militärmaschinen auf dem Flughafen von Budapest.

Bemerkenswert: Jobbik unterhält eine zwar unbewaffnete, aber uniformierte Parteigarde. Und Jobbik träumt von einem Ungarn in den Grenzen vor 1918, was ein Bündnis mit manchen anderen nationalen Parteien ausschließt: Die drei EU-Abgeordneten werden wohl fraktionslos bleiben. Wie sich Jobbik im ungarischen Parlament verhalten wird, ist noch nicht abzuschätzen. *RGK*

Freude über »demokratische Ansätze«

Der Sudan wählt, doch über die Zukunft entscheidet letztlich die Weltpolitik

Die sudanesischen Präsidenten-, Parlaments- und Lokalwahlen, die am 11. April begonnen hatten und ursprünglich für drei Tage angesetzt waren, mussten letztlich um zwei Tage verlängert werden. „Wegen logistischer Probleme“, aber mit Billigung der UN. Tatsächlich ist im flächengrößten Staat Afrikas mit bis zu 40 Millionen Einwohnern und 16 Millionen Wahlberechtigten die Logistik das zumindest zweitgrößte Problem.

Denn wie sollen bei den in weiten Landesteilen völlig unzureichenden Verkehrs- und Kommunikationswegen ordentliche Wählerlisten erstellt werden? Wie sollen Wahlurnen rechtzeitig verteilt und zur zentralen Auszählung eingesammelt werden? Wie sollen sich Analphabeten auf einem der kompliziertesten Stimmzettel „richtig“ entscheiden? Und das führt gleich zum größten Problem: Wie kann es unter diesen Umständen zu einer „demokratischen Willensbildung“ kommen?

Man fragt sich natürlich, wozu eine solche Veranstaltung überhaupt gut ist. Nun, sie war im Friedensabkommen zwischen Nord- und Südsudan vorgesehen, und die Aussicht darauf half seit 2005, das jahrzehntelange Blutvergießen einzudämmen, wenngleich nicht ganz zu beenden. Trotz aller Kritik sind Wahlbeobachter insofern zufrieden, als sich „demokratische Ansätze zeigten“ und es nur vereinzelt zu Gewalttaten kam.



Wahlzettel: Auch für Analphabeten „lesbar“ Bild: pa

Die Wahlergebnisse werden jedenfalls am Ist-Zustand wenig ändern, denn die wichtigsten Gegner von Präsident Omar Al-Baschir hatten ihre Kandidatur zurückgezogen. Al-Baschir, der bei vielen Sudanesen für „Wirtschaftsaufschwung“ und „Ende des Bürgerkriegs“ steht, wird mit seiner Partei NPC an der Macht bleiben. Er hat die Opposition zwar zu einer Konzentrationsregierung eingeladen, doch wie so etwas funktioniert, sieht man etwa in Simbabwe. Und die alles überschattende Frage ist ohnehin das für 2011 vorgesehene Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan: Wird es abgehalten werden? Oder wird es die Zentralregierung verhindern und damit neues Blutvergießen auslösen? Oder wird man eine erweiterte Autonomie aushandeln?

Wirtschaftliche Vernunft spräche für den Erhalt des Gesamtstaates. Denn der Großteil der bekannten Ölvorkommen liegt im Süden, während die Ölleitungen nach Norden ans Rote Meer führen. Doch je ärmer die Bevölkerung, umso weniger zählt wirtschaftliche Vernunft, und vor allem wird das Schicksal des Sudan wohl wieder einmal im Ausland entschieden werden: Da sich westliche Konzerne vor Jahren weitgehend zurückzogen, liegt die Ölförderung derzeit primär in chinesischen Händen, und Peking steht voll hinter der Regierung in Khartum. Aber ein unabhängiger Südsudan würde westlichen Konzernen neue Perspektiven eröffnen: Es winken Ölkonzessionen, es gibt Pläne für eine Ölleitung zum Golf von Guinea, und es soll jede Menge anderer Bodenschätze geben.

Das erklärt, warum der nur teilweise christliche und in sich zerstrittene Südsudan im Westen eine gute Presse hat. Und das erklärt, warum Al-Baschir, der auch nicht mehr Blut an den Händen hat als etliche andere Machthaber, in Den Haag als Kriegsverbrecher angeklagt ist. Was ihn aber kalt lässt – umso mehr als es ihm die Missionstätigkeit amerikanischer Evangelikaler im Süden leicht macht, Kolonialismus und Christentum gleichzusetzen und die Islamisten bei der Stange zu halten. Zugleich wird im Norden wie im Süden weiter aufgerüstet. *Richard G. Kerschhofer*

Mitgehangen, mitgefangen

Ob EU oder europäische Währungsgemeinschaft, die Mitglieder sind wie aneinander gekettet

Sahen anfangs die Regierungen der Mitgliedsstaaten nur die Vorteile der Europäischen Union und der europäischen Währungsgemeinschaft, zeigt nun der Fall Griechenlands, wie ein strauchelndes Land alle mit hinabzieht.

„Die Menschen glauben nicht, dass wir mehr Europa brauchen – das zu erklären ist aber Aufgabe der politischen Führung“, meinte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende März in einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“. Doch nicht nur die Menschen glauben nicht, dass Deutschland mehr Europa brauche, auch so mancher deutscher Politiker reagierte allergisch, als EU-Währungskommissar Olli Rehn vorschlug, Brüssel solle die nationalen Haushalte der 16 Euro-Länder mit koordinieren und aufeinander abstimmen. „Ich verweise auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 zum Lissabon-Vertrag“, so der deutsche EU-Abgeordnete Markus Ferber (CSU) spitz. „Darin wird das Budgetrecht des Bundestages als Kernelement staatlicher Souveränität Deutschlands festgeschrieben. Wir würden verfassungswidrig handeln, wenn die Kommission Handlungsempfehlungen für unseren Haushalt geben dürfte, bevor er überhaupt verabschiedet wurde.“

Jörg Asmussen, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, der am vergangenen Freitag den kranken Schäuble beim Treffen der Finanzminister in Madrid vertrat, sagte, es sei „selbstverständlich“, dass das nationale Budgetrecht unangetastet bleibe. Die französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde gab zu bedenken, dass das „Überwachungssystem“ nicht für alle Länder gleich sein dürfe, da jedes Land seine eigenen Prozeduren bei der Haushaltsaufstellung habe.

Trotzdem ließ Rehn sich nicht beirren und betonte, dass man eine europäische Dimension in der nationalstaatlichen Finanzpolitik einführen und Schutzmechanismen zur Abschreckung installieren müsse. Schon bevor sich Haushaltsdefizite auftürmten, müssten Maßnahmen greifen, so der Finne.

Doch angesichts der Tatsache, dass inzwischen alle Euro-Länder mit massiven bis existenzbedrohlichen Haushaltsdefiziten kämpfen, kommen seine Vorschläge wohl mehrere Jahre zu spät. Ländern, die wie Griechenland offenbar bereits bald finanziell von den anderen Euro-Ländern gestützt werden, können nicht mehr zur Maßregelung EU-Fördergelder gekürzt werden. Auch stellt sich die Frage, wieso in der EU niemand zuvor auf die Idee gekommen ist, die Rentensysteme aufeinander abzustimmen? „Ohne Rentenreformen erreichen wir keine nachhaltigen öffentlichen Finanzen“, meint Rehn und spielt auf die extremen Unterschiede innerhalb des Euroraumes an, in dem Griechen laut OECD 95,7 Prozent ihres durchschnittlichen Bruttogehalts bekommen, während ein deutscher Rentner 41 Prozent erhält. Das hat laut einer Studie der Commerzbank zur Folge, dass in keinem anderen Euro-Land die Rentenausgaben bis 2030 so stark steigen wie im Mittelmeerstaat. Finanzieren tun dies allerdings alle anderen EU-Länder mit, zumal sich Anfang dieser Woche abzeichnete, dass Griechenland sich am Markt nur noch schwer refinanzieren kann. Während Deutschland für eine zehnjährige Staatsanleihe 4,53 Prozent Zinsen zahlen muss, mussten die Griechen inzwischen 7,63 Prozent berappen. Derartige Zinskosten kann Athen aber kaum noch tragen, so dass es vermutlich nur noch eine Frage von Tagen ist, bis die griechische Regierung um die Einlösung der Hilfszusagen bittet.

EU-Kommissar Rehn will bei nationalen Haushalten mitreden

Derweil mahnt Rehn die Portugiesen, bei ihrer Haushaltskonsolidierung, die Kürzungen im Sozial- und Militärbereich, eine Deckelung der Gehälter im Öffentlichen Dienst und die Privatisierung von Staatseigentum vorsieht, nicht von zu optimistischen Wachstumszahlen auszugehen. Und er warnt die sozialistische Regierung in Lissabon, dass sie die erste sein könnte, die die aus seiner Sicht beim nächsten Treffen im Mai vereinbarten „Abschreckungsmaßnahmen“ treffen könnten.

Doch ob sich die Euro-Länder einigen können, ist äußerst ungewiss. Denn Entscheidungen in großen Zukunftsfragen werden gern verschleppt. So wurde auch über die Bankenabgabe viel geredet, aber konkrete Vereinbarungen wollten die EU-Finanzminister nicht treffen. Zwar haben einige Länder wie Deutschland und Österreich schon nationale Lösungen auf den Weg gebracht, doch die meisten europäischen Regierungen scheuen einen Alleingang ohne die USA oder die großen asiatischen Staaten. Auch konnte man sich nicht einigen, ob man die Bilanzsumme oder den Wert der riskanten Vermögenstitel als Bemessungsgrundlage nimmt. Ebenfalls offen blieb die Frage, was mit den Einnahmen aus der Bankenabgabe geschehen soll. Soll damit ein Bankenkrisenfonds eingerichtet werden oder sollen die durch die Bankenkrise äußerst drangsalierten nationalen Haushalte saniert werden? Da der Bankensektor die EU-Staaten in der Krise laut EU-Angaben etwa 13 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung beziehungsweise 390 Milliarden Euro gekostet hat, wäre eine Sanierung der Haushalte vorrangig, doch damit ist das angestrebte Ziel des Schutzes der Steuerzahler vor den Folgen neuer Finanzkrisen nicht erreicht.

Und angesichts der Milliarden, die allein die Griechenlandhilfe Deutschland kosten wird, tröstet die Nachricht, dass Brüssel 2009 einen Haushaltsüberschuss erzielt hat und Berlin somit für 2010 459 Millionen Euro weniger überweisen muss, nur wenig. *R. Bellano*


Foto: Getty

Notreparaturen am Euro: Derzeit ist die europäische Währungsgemeinschaft keine Erfolgsgeschichte.

KURZ NOTIERT

Überfordert: Nachdem in der Krise einige Unternehmen ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten, haben sie mit ihren Kreditgebern einen Tausch der Darlehen gegen Firmenanteile verhandelt. So erlangte beispielsweise die Commerzbank Firmenbeteiligungen der Autozulieferer Honsel und Neumayer Tekfor. Doch die Bank ist mit dem Management überfordert und sucht jetzt neue Kooperations-Partner. *Bel*

Drohen mit Griechenland: Obwohl Österreich im Vergleich mit anderen EU-Ländern mit einem Defizit von nur 4,7 Prozent relativ gut dasteht, droht Finanzminister Josef Pröll seinen Landsleuten damit, „in drei Jahren ein griechisches Szenario“ im eigenen Land zu haben. Der Minister muss das Defizit pro Jahr um 0,75 Prozentpunkte senken und versucht so zu überzeugen. *Bel*

Nein zu Staatshilfen: Nachdem es aus dem Wirtschaftsministerium hieß, dass Fluggesellschaften und Reiseunternehmen bereits nach Unterstützung vom Staat wegen der Folgen der Aschewolke gebeten hätten, hagelte es Widerspruch. „Staatshilfen wären definitiv das falsche Signal“, sagte der Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Hans Heinrich Driftmann. Der deutschen Wirtschaft sollen durch das Flugverbot Kosten in Höhe von etwa einer Milliarde Euro pro Tag entstanden sein. Allein Lufthansa büßte täglich etwa 20 bis 25 Millionen Euro ein. *Bel*

„Rösler betreibt Planwirtschaft“: „Das ist ein großer Aderlass gemessen am Jahresumsatz von neun bis zehn Milliarden Euro, den die forschenden Pharma-Unternehmen jährlich hier erwirtschaften“, echauffiert sich Bayer-Vorstand Wolfgang Plischke über die Sparpläne des Gesundheitsministers Philipp Rösler. Der FDP-Politiker will zu Lasten der Pharmaindustrie über eine Milliarde Euro im Gesundheitswesen einsparen. Plischke zeigte sich gegenüber dem „Handelsblatt“ über Röslers Instrumente empört und sprach von planwirtschaftlicher Regulierung. *Bel*

Kursänderung

Wladimir Putin gesteht erstmals Fehler seiner Regierung ein

Wladimir Putin reist zurzeit in die unterentwickelten Regionen Russlands, um die langfristige Strategie der Regierung zur Krisenüberwindung vorzustellen. Er nutzt Parteikonferenzen der Partei „Einiges Russland“, um angenehme Neuerungen für das Volk zu verkünden. Die Regierung schreibt Preise für Lebensmittel und Medikamente fest und Putin kontrolliert deren Einhaltung höchstpersönlich. Im nordrussischen Murmansk ließ er seinen Konvoi anhalten, um sich medienwirksam in einer Apotheke nach den Preisen zu erkundigen. Das ist Putin, wie man ihn kennt.

Bei einem Treffen in Sibirien überraschte er mit ganz neuen Tönen. Er forderte Entbürokratisierung und Dezentralisierung der Politik. Jede Region solle ihre Konkurrenzfähigkeit unter Beweis stellen. Er sprach davon, „den russischen Föderalismus sowie die örtliche Selbstverwaltung, Geschäfts- und Bürgerinitiativen zu fördern“. Erstmals gestand Wladimir Putin sogar Fehler seiner Regierung beim Wegfall der Subventionen für kommunale Dienstleistungen ein. Die Tariferhöhungen waren so drastisch, dass sie vielerorts zu Massenprotesten geführt hatten. Erst vor seinem Besuch in Angarsk wieder 6000 Menschen gegen ihn demonstriert. Bisher war den Stadtregierungen stets die Schuld in die Schuhe geschoben worden, Korruption und Schlamperei wurden ihnen vorgeworfen. Nun gab Putin zu, dass eine falsche Subventionspolitik des Zentrums die Städte unter Druck gesetzt habe. Weil dem Staat die großzügigen Subventionen in der Krise zu teuer wurden, beschloss die Regierung, sie ersatzlos zu streichen. Für kommunale Dienstleistungen gab es in den Regionen jedoch ein Solidarsystem, bei dem Industriebetriebe die Abgaben für sich und für einen Teil der Bevölkerung zahlten und zudem noch Gewinn für die Kommune abfiel. Nach dem Wegfall bedeutete dies vor allem für Rentner und Geringverdiener einen katastrophalen Anstieg ihrer Lebenshaltungskosten.

Entbürokratisierung vor allem in den Regionen

Putin kündigte darüber hinaus eine Änderung der Parteilinie an. Künftig soll bei Regionalwahlen nach Parteiliste gewählt werden, was auch kleineren Parteien das Mitregieren ermöglicht. Einiges Russland wird an vielen Orten die Mehrheit verlieren und Koalitionen bilden müssen. Was steckt hinter der plötzlichen Kursänderung des Ministerpräsidenten? Will er die während seiner Präsidentschaft getroffenen Fehlentscheidungen korrigieren oder hat bereits der Wahlkampf begonnen? Von Letzterem gehen zumindest Beobachter aus Presse und Politik aus.

Die Wahl steht zwar erst in zwei Jahren an, aber die russische Presse berichtet bereits heute davon, dass die Sympathie der Russen mehr und mehr Medwedew gilt, während Putins Beliebtheit sinkt. Dennoch sehen viele in ihm immer noch den Garant für Stabilität und Sicherheit. Am Image des starken Mannes hält Putin weiterhin fest. Im Rechenschaftsbericht der Regierung für 2009 hebt er die gestiegene Arbeitsproduktivität hervor und garantiert den Bürgern weiter Sozialleistungen sowie eine Rentenerhöhung trotz Krise. Ab Herbst 2010 soll der private Wohnungsbau subventioniert werden, Gehälter und Stipendien für Studenten steigen. *M. Rosenthal-Kappi*

In Südafrika am Pranger

Unternehmen wie Daimler sollen Apartheid-Regime gestützt haben

Die Fußball-Weltmeisterschaft (WM) in Südafrika ist ein globales Großgeschäft, lukrative Folgeaufträge wecken Begehrlichkeiten. Deutsche Unternehmen wie Daimler stehen im Konkurrenzkampf am Kap gut da, doch nun droht manchem von ihnen eine Sammelklage von Apartheid-Opfern. Der Vorwurf: Der Autobauer und vier weitere deutsche Firmen hätten das Apartheid-Regime gestützt. Es geht um Arbeitsbedingungen und angeblich falsch deklarierte Exportgüter mit militärischem Potenzial.

Angeblich haben sich Tausende Apartheid-Opfer über deutsche Konzerne beschwert. 48 von ihnen verklagen jetzt unter anderem Daimler und Rheinmetall sowie die US-Firmen IBM, Ford und General Motors in den USA auf Schadenersatz. Die Deutschen haben sie besonders im Visier: Daimler habe sich auch gesellschaftlich in Apartheid-Zeiten engagiert, sich bewusst für das Regime entschieden, behaupten südafrikanische Menschenrechtsorganisationen wie die Khulumani Support Group. Deutsche Technik habe, wie sie und die Betroffenen behaupten, Militärfahrzeuge der damals gegen sie gerichteten Einsatzkräfte zu schlagkräftigen Instrumenten der Rassentrennung gemacht. Mehr noch: Es geht um Profite aus „Sklavenarbeit“, angeblich habe es direkte Verträge der Deutschen mit südafrikanischen Sicherheitskräften gegeben. Tshepo Madlingozi, Organisator der Kampagne, will von dem erstrittenen Geld eine Stiftung gründen, die auch andere Benachteiligte im Land unterstützt. Wie viel die Deutschen zahlen sollen, will er nicht sagen. Obwohl angeblich genug Beweise vorliegen, fordert er Zugang zu Firmendaten. Aufgrund von Frust über die mangelnde Hilfe seitens der zur Apartheid-Bewältigung von Südafrika eingerichteten Wahrheitskommission suchen er und seine Mitstreiter jetzt neue Geldquellen – wie sie offen zugeben. Daimler und andere sollen damit nachträglich die Entschädigung zahlen, welche die Verantwortlichen der Rassenpolitik Südafrikas ihren Opfern schuldig blieben. Die Firmen weisen die Vorwürfe als „unbegründet“ zurück, doch ein US-Berufungsgericht ließ die Klage zu.


Daimler-Werk in East London (Südafrika): Größter Arbeitgeber der Region Bild: pa

Weitere Menschenrechtsorganisationen kündigen an, die Kläger zu unterstützen, und erhalten dabei teils Zuspruch aus Europa. Während der WM wollen sie mit Filmmaterial von alten Einsätzen der südafrikanischen Polizei Druck auf die Deutschen ausüben – eine Art medialer Rufschädigung mit Ankündigung. Daimler leugnet sein „Engagement“ nicht – der Konzern finanziert seit den frühen 90er Jahren den Kampf gegen Aids und wurde dafür ausgezeichnet. Doch das beeindruckt die Regierung Südafrikas nicht mehr: Präsident Jacob Zuma zählt nach anfänglicher Ablehnung ebenfalls zu den Unterstützern der Klage. *Sverre Gutschmidt*

Etikettenschwindel

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Der Marsch durch die Institutionen, einst vom Vordenker der 68er, Rudi Dutschke, formuliert, funktioniert auch vier Jahrzehnte danach noch, wie das Beispiel der jüngsten Aufgeregtheiten um die angeblich von der Bundesregierung heimlich vorbereitete Pkw-Maut zeigt. Das im „einig Volk von Autofahrern“ ungeliebte Projekt wurde – rein zufällig kurz vor der Wahl in NRW – von der SPD und merkwürdigerweise auch von den Grünen als schwarz-gelbe Abzockerei verkauft.

In Wahrheit steckt dahinter eine fünf Jahre alte Studie aus dem Umweltbundesamt. Diese dem Bundesumweltminister unterstellte Behörde scheint auch fast fünf Jahre nach dem Ende des Kabinetts Schröder/Fischer noch fest in roter und vor allem grüner Hand zu sein. Die einseitigen, zumeist ideologisch geprägten Positionen bei Reizthemen wie Klima oder Kernkraft nähren den Verdacht, dass der damalige Umweltminister Jürgen Trittin (seit 1980 bei den Grünen, vormals „Kommunistischer Bund“) ganz gezielt die Schlüsselpositionen mit seinen Leuten besetzt hat, alle natürlich im unkündbaren Beamtenstatus. So kann der derzeitige Chef der kleinsten Oppositionsfraktion im Bundestag „klammheimlich“ mitregieren.

Falsche Stelle

Von Hans Heckel

Privatisierung staatlicher Aufgaben – das klang in den 1980er Jahren wie eine Verheißung. Die Antriebskräfte des freien Wettbewerbs sollten alles besser, effizienter, günstiger machen, versprachen die Exponenten der neuen Linie.

Das ist an sich keine schlechte Idee. Doch es gibt Bereiche, in denen diese Antriebskräfte mehr schaden als nützen, so wie jetzt beim Beispiel der Gerichtsvollzieher.

Gerichtsvollzieher stehen zwischen Gläubigern und Schuldnern. Letztere stehen oftmals am Abgrund. Der Beamte muss daher fein abwägen, er soll das Geld hereinholen, doch er soll dabei darauf achten, dass er das Leben des Schuldners nicht zerstört, wenn der sich ohnhin am Rande des finanziellen Zusammenbruchs befindet. Es ist schwer vorstellbar, dass private Vollzieher, die mit Erfolgsprämien zu mehr „Leistung“ angestachelt werden, diese gebotene Rücksicht walten lassen.

Wie bei der Privatisierung der Kölner Bauaufsicht, die in einen Skandal erster Ordnung mündete, wird bei den Gerichtsvollziehern an der falschen Stelle privatisiert, um Geld in die Kasse zu bekommen. Wie bei ähnlich gelagerten Fällen übereifriger Privatisierung ist zudem zu fragen, ob langfristig gesehen die Kosten für den Steuerzahler nicht sogar steigen statt zu sinken: Jeder Mensch, der wegen einer akuten Zahlungsschwierigkeit in soziale Not (und damit ins soziale Netz) fällt, kostet die Allgemeinheit viel Geld. Ein Beamter muss das im Blick haben, einem privaten Eintreiber kann es egal sein. *(Seite 5)*

Leben ohne Flugzeuge?

Von Hinrich E. Bues

Von der „Wut der Ascheopfer“, dem „Vulkan-Chaos“ und von „150 000 gestrandeten deutschen Urlaubern“ ist in Nachrichtensendungen oder auf Titelseiten die Rede. Seit die Flugzeuge nicht mehr wie geplant fliegen, scheint die ganze Welt in einem einzigen Tohuwabohu zu versinken, glaubt man den Medienleuten.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass sich der normale Reisende überlegt hat, ob er zu Fuß, per Esel, Pferd, Kutsche oder seit dem vorletzten Jahrhundert auch mit der Eisenbahn eine längere Strecke reisen wollte. Und erst vor gut 100 Jahren begann die Fortbewegung per Auto. Heute ist es aber für viele normal geworden, von Köln nach Hamburg oder von München nach Teneriffa zu fliegen.

Bei allem verständlichen Ärger über durcheinander geworfene Zeitpläne oder errechnete wirtschaftliche Schäden sollte man allerdings die Kirche im Dorf lassen. Zwei deutsche Studenten auf Teneriffa beklagten sich medienwirksam darüber, dass sie wegen des „Flugchaos“ ein paar Tage länger bleiben und vom teuren Hotel in die Jugendherberge umziehen müssen. Eine andere Studentin kommt aus dem schönen Barcelona nun nicht mehr fristgerecht zurück, um sich an ihrer Uni für Vorlesungen und Seminare einzuschreiben. Sieht so das Chaos aus?

> Die ungewollte Verlangsamung ist auch eine Chance

Den jungen Leuten scheint ein wenig die Flexibilität abhanden gekommen zu sein. Andere passen sich da schneller und wendiger an die geänderten Umstände an. Am Freitagmorgen (Beginn der Flughafensperrungen) vergangener Woche treffe ich einen jungen Juristen, der einen Flug von Hamburg nach Frankfurt gebucht hatte, um – wie es der Zufall so will – einen Termin bei der Deutschen Flugsicherung (Langen bei Frankfurt) wahrzunehmen. Noch vor sechs Uhr in der Früh bestieg er den Zug und erreichte nur drei Stunden und 36 Minuten später pünktlich den Frankfurter Hauptbahnhof. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich bei ihrer Rückkehr aus den USA flexibel, belastungsfähig und solidarisch. Statt alleine von Lissabon mit dem Hubschrauber zurück nach Berlin zu fliegen, machte sie sich gemeinsam mit ihrem Reisetross auf den mühsamen Weg per Flugzeug, Auto und Bus in die Bundeshauptstadt.

Über die Hektik unserer Zeit zu klagen ist eine Sache, die Chance, der ungewollten Verlangsamung der Dinge zu akzeptieren eine andere. Da haben es die Isländer übrigens weitaus schwerer. Über dem hoch verschuldeten Insel-Staat, der im März noch auf Vulkan-Touristen gehofft hatte, wird der Himmel im wahrsten Sinne des Wortes immer dunkler. Zentimeterhoher Ascheregen, überschwemmte Straßen, verdorbenes Weideland – und keiner weiß, wann der Vulkan aufhört, Asche zu spucken. So sehen echte Ascheopfer aus.



Gestrandet: Während der Zusammenbruch des Flugverkehrs für einige nur Unannehmlichkeiten und Umwege bedeutete, waren viele Transitreisende wegen fehlender Visa tagelang in den Flughafengebäuden „gefangen“.

Bild: ddp

Gastbeitrag

Siegesfeiern als Identitätsstiftung

Von Prof. Dr. Menno Aden



In russischen Zeitungen finden sich derzeit vermehrt Artikel zum Sieg über die „Gitler“, dessen 65. Jahrestag am 9. Mai groß gefeiert werden soll. Der Sieg über Hitler hat sich von seinen historischen Zusammenhängen offenbar abgelöst und ist zum mystischen Angelpunkt nationaler Selbstbeschreibung der Siegerstaaten geworden. Der Philosoph und Politologe A. Zipko schreibt in der Wochenzeitschrift Argumenty i Fakty: „Der Sieg vom 9. Mai ist von unausprechlich hohem nationalen Wert, die geistige Grundlage der Konsolidierung der russischen Gesellschaft.“

Das ist auch der Grund, weswegen jeder Siegerstaat den Zweiten Weltkrieg allein gewonnen zu haben scheint. Von einer Beteiligung der USA und des Britischen Empire am Siege ist in diesem Artikel nichts, in anderen russischen Beiträgen selten etwas zu lesen. Dasselbe Phänomen findet sich aber mutatis mutandis auch in England. Dieses hat durch seine Kriegserklärung an Deutschland (1939) die Lunte gezündet, die am Ende sein Empire zerplatzen ließ. Damit hat der Krieg Großbritannien sogar von einem viel höheren Sockel gestoßen als Deutschland trotz dessen totaler Zerstörung. 1939 war England noch eine scheinbar gefestigte Weltmacht; nach dem Sieg, und nach dem wesentlich dadurch verursachten Verlust Indiens im Jahre 1948, war es, entsprechend einer Vorhersage Churchills zum drittrangigen Staat abgestiegen. Was liegt da näher als sich dafür wenigstens für den wahrhaften Retter der Welt vor dem Monstrum Hitler zu halten?

> Russen, Briten und Amerikaner halten ihren Anteil für entscheidend

In den USA weiß man allerdings ebenfalls, dass allein man selbst es war, der das Scheusal Hitler durch massive Waffenlieferungen an Großbritannien und die Sowjetunion und schließlich durch den „D-Day“, also die Invasion in der Normandie 1944 zur Strecke gebracht hat.

In Russland ist der SIEG (sonst wird ein Hauptwort klein geschrieben, hier aber wird der Sieg auch im Schriftbild groß) zusätzlich zum Prüfstein für die Beurteilung Stalins geworden. Nolens volens muss Stalin zur Siegesfeier irgendwie geehrt werden, die Frage ist nur wie. Der Bürgermeister Moskaus erklärte nun, Stalin sei der „Organisator der Niederwerfung Deutschlands“ gewesen. Der erwähnte Politologe Zipko sieht das etwas anderes: „Es muss die Wahrheit über den Krieg gesagt werden, was er war und was nicht ...“

Er meint aber nicht, was aus unserer Sicht vielleicht zu erwarten wäre, die Frage, ob Hitler im Juni 1941 einem Großangriff Stalins nur um wenige Wochen zuvorgekommen ist. Es werden aber von ihm die großen Fehler Stalins herausgestellt. Mit 27 Millionen Toten habe die sowjetische Seite etwa die Hälfte der Toten an allen Fronten aller Kriegführenden gehabt. Dieser hohe Preis (wobei übrigens die genannte Zahl nach heutigem Wissen weit übertrieben ist und Verluste in der Größenordnung von 11 Millionen Sowjetbürgern, darunter 8,7 Millionen Soldaten, der Wahrheit näher kommen dürften) des Sieges sei Stalins Schuld gewesen und es sei durchaus nicht zufällig, dass Stalin nach dem Krieg den Tag des Sieges nicht habe feiern lassen, zu seinem Ruhm habe es nichts zu sagen gegeben.

Damit sind die beiden Hauptmeinungen zu Stalins Rolle bezeichnet, die auch in Leserbriefen immer wieder geäußert werden. Dabei überwiegt, wie wohl zu erwarten, die positive Bewertung Stalins. Ein Kriegsveteran namens Iwan Konowalow schrieb etwa in derselben Zeitung: „Nun, 65 Jahre nach dem Sieg, finde ich es schlimm, wenn die Nachgeborenen Stalin kritisieren. ... Stalin war das Symbol für die Festigung der sowjetischen Gesellschaft angesichts der hitlerschen Bedrohung.“

Die nachhaltigsten Folgen des Zweiten Weltkrieges in Russland liegen vielleicht in der Verstärkung des ukrainischen Nationalbewusstseins. Anscheinend hat die kurze Zeit, in welcher die Ukraine schon im Ersten und dann wieder im Zweiten Weltkrieg von Deutschland besetzt war, viel dazu beigetragen, das ukrainische Nationalbewusstsein anzuregen. Es ist den Russen bis zum Ende der Sowjetzeit nicht gelungen, dies vergessen zu machen. Deutschland hätte dann, wenn auch hier ohne Absicht, Ähnliches bewirkt wie während des Ersten Weltkrieges in Belgien, wo wir Deutschen die Gleichberechtigung der bis dahin benachteiligten flämischen mit der französischen Sprache durchsetzten, die dann auch nach 1919 nicht mehr zurückgenommen werden konnte.

Das ukrainische Nationalbewusstsein, aus welchem 1990 erstmals in der Geschichte ein unabhängiger ukrainischer Staat wurde, ist eine nationale Herausforderung an die Russen, vielleicht vergleichbar mit den Schwierigkeiten vieler Deutschen nach 1871, erkennen zu müssen wie schwer sich das damals ganz überwiegend deutschsprachige Elsass damit tat, sich auch als deutsch zu empfinden. Straßburg war doch eine der Wiegen deutscher Kultur! Dass nun außerhalb Russlands liegende Kiew war und ist noch mehr als das, es ist *die* Wiege Russlands. Diese „Untreue“ eines als integraler Teil des Staates angesehenen russischen „Stammes“ stellt das heutige Russland vor die Frage, wie konsolidiert und sicher denn heute sein Gesamtstaat ist.

> Jedes Land gibt dem Sieg von 1945 die Bedeutung, die es heute braucht

Der Zerfall der UdSSR ist innerlich nach wie vor nicht verarbeitet. Russland hat zwar auch heute ein immenses Territorium und ist der flächenmäßig mit Abstand größte Staat der Erde. Aber auch hier schaut man nicht auf das, was man hat, sondern auf das, was man gerne wieder hätte. Das Russische Imperium hat seit dem Höhepunkt seiner Ausdehnung unter den Zaren durch die große Wende 1990/91, also ohne Krieg, fast ein Viertel seines Gebietes und etwa ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Ehedem von schier unendlicher Volkskraft steht es jetzt fast in derselben Ordnung wie Deutschland, seine demographische Lage ist sogar eher noch schlechter als die der Deutschen. Damit hat Russland im Frieden an Fläche und Bevölkerung etwa ebenso viel verloren wie Deutschland durch den Krieg, wobei allerdings nicht außer Acht bleiben kann, dass die Verluste Deutschlands teilweise schon nach 1918 und jedenfalls nach 1945 altes deutsches Sprachgebiet betrafen, also an die „nationale Substanz“ gingen, während mit dem Zerfall der Sowjetunion mehr als ein Dutzend nichtrussische Nationen ihre Unabhängigkeit wiedergewannen - vom Baltikum über den Südkaukasus bis nach Mittelasien. So oder so: Mit Stalin wäre das nicht passiert, argumentieren viele Russen. Und doch war dieser, wie auch hier eigentlich niemand bezweifelt, ein großer Verbrecher.

Fazit: Denj Pobjedy – der Tag des Sieges ist in Russland daher wohl weniger ein Tag, an welchem der SIEG gefeiert wird. Er ist eher ein Tag mystischer Selbstvergewisserung nationaler russischer Größe und auch der Wehmut. Stalin, der Welikij Woshd – wörtlich: der Große Führer! - zum Siege, wird wieder auf seinen Sockel treten, aber am folgenden Tage muss man ihn wieder herabstoßen. Stalin bleibt ein Punkt der inneren Uneinigkeit von Staat und Nation.

Es ist anzunehmen, dass die Siegesfeiern unserer anderen Besieger eine entsprechende Bedeutung haben – mit und ohne Anerkennung der eigenen Verbrechen vor und im Kriege. Mit dem Zweiten Weltkrieg selbst oder gar mit uns Deutschen hat das fast nichts mehr zu tun.







An geschichtsträchtigem und repräsentativem Ort ging es dennoch durchaus erdverbunden und preußisch-bescheiden zu: Beim Empfang im Hotel Hilton am Berliner Gendarmenmarkt (M.) stärkten sich die Geburtstagsgäste der *Preußischen Allgemeinen* beim Empfang zum 60-jährigen Bestehen dieser Zeitung mit Kartoffelsuppe (l.). Bilder (4): Pawlik

Eine Feier in preußischer Bescheidenheit

60 Jahre *Preußische Allgemeine Zeitung* – Rückblick, Ausblick und schon jetzt genug Substanz für weitere runde Geburtstage

Etwa 200 geladene Gäste kamen zusammen, um im Herzen Berlins das 60-jährige Bestehen dieser Zeitung zu feiern. Einmal mehr wurden die ostpreußischen Wurzeln sichtbar, aus denen in den zurückliegenden Jahren die breit aufgestellte *Preußische Allgemeine Zeitung* hervorgegangen ist.

In feierlicher, aber auch preußisch-nüchterner Stimmung hat die Herausgeberin dieser Zeitung, die Landsmannschaft Ostpreußen, das 60-jährige Bestehen der aus dem *Ostpreußenblatt* hervorgegangenen *Preußischen Allgemeinen Zeitung* gefeiert. Gäste aus dem In- und Ausland diskutierten über die Geschichte und Zukunft des Blattes, vor allem aber über gesellschaftliche und allgemeinpolitische Herausforderungen der Bundesrepublik Deutschland, die ja seit vielen Jahren nicht weniger intensiv im Fokus der Berichterstattung dieser Zeitung stehen als das „Ur-Anliegen“ der Gerechtigkeit für Ostpreußen.

Musikalisch umrahmt vom Cellistenduo David Drost und Rouven Schirmer von den Berliner Cellharmonikern wechselte der Fokus mehrfach von übergreifend-konservativen Anliegen mit teilweise gesamteuropäischer Größe zu ganz spezifisch Ostpreußischem. Wie weit dabei der übernationale Ansatz gediehen ist, zeigte die Anwesenheit eines Vertreters der russischen Botschaft, aber auch das schriftliche Grußwort des litauischen Botschafters (vgl. Seite 10). Ein Grußwort von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer verlas LO-Schatzmeister Friedrich-Wilhelm Böld in Vertretung von Ministerialdirektor Paul Hansel. Hansel war wie 60 weitere Gäste wegen des Vulkanasche-bedingten Ausfalls fast sämtlicher Flüge in Deutschland verhindert.

Zu denjenigen internationalen Gästen, die trotz solcher Hindernisse den Weg nach Berlin geschafft hatten, gehörte Dr. Massimiliano Lacota, der Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV). In exzellentem Deutsch würdigte der Rechtsanwalt den besonderen Rang der *Preußischen Allgemeinen* unter allen Periodika mit Bezug zur Vertriebenenproblematik. Der Entwicklungsvorgang Europas seit dem Ende des Kalten Krieges sei „bislang unvollendet geblieben. Er hat bisher noch nicht die erforderliche Energie und Sicherheit hervorgebracht, um seinen Zyklus zu vollenden. Denn es fehlt in diesem verzweigten und transversalen Szenario der Wiederherstellung von Recht und Legalität in den Ländern, die sich entlang dem heute imaginären und anachronistischen Eisernen Vorhang anordnen, die vorbehaltlose, auch moralische Anerkennung des Unrechts und des Raubs an Millionen europäischer Bürger – wie Finnen, Estländer, Letten, Litauer, Polen, Ukrainer, Deutsche, Italiener, Ungarn und viele weitere zwischen Ostsee, Kaukasus und Mittelmeer.“ Auf das von ihnen erlittene Unrecht sei „ein Schweigen gefolgt, das heute noch andauert und das wir nur als unerträglich bezeichnen können“. Doch Lacota machte den Zuhörern Mut: „Glauben Sie mir, die Gerechtigkeit siegt – Gott sei Dank – immer. Über jeden Missbrauch von Macht, über jeden Versuch, über andere Gewalt auszuüben, und über jedes Unrecht“, schloss er seine Ausführungen unter viel Applaus.

Vulkanasche hinderte viele Ehrengäste an der Teilnahme

Für seine Forschungen zur ostpreußischen Gütergeschichte wurde der Historiker Dr. Wulf D. Wagner der mit rund 7000 Euro dotierte Gierschke-Dornburg-Preis verliehen. Die Laudatio durch LO-Vize Wolfgang Thüne und Wagners Dankesworte dokumentieren wir ausführlicher in der kommenden Ausgabe dieser Zeitung.

Unter der Überschrift „60 Jahre für Deutschland: Die *Preußische Allgemeine Zeitung* – Rückblick und Ausblick“, zeichnete der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, den nicht immer einfachen Weg vom 1950 gegründeten *Ostpreußenblatt* zur heutigen *Preußischen Allgemeinen Zeitung* nach. Entscheidend für das Überleben der Zeitung, das sei schon in den 90er Jahren klar geworden, war die Erschließung neuer Lesergruppen, denn: „Die weltweite Ostpreußenfamilie war erschreckend geschrumpft.“ Eine der Maßnahmen dafür war die Änderung des Zeitungstitels, hinzu kamen weitere Modernisierungen von der Redaktionstechnik über die Themenpalette bis zur Internetpräsenz. Dem Dreiklang von Freiheit, Recht und Frieden sei und bleibe die Zeitung „bindend verpflichtet“.



Wilhelm v. Gottberg: Freiheitliche Errungenschaften und nationale Identität in Einklang bringen.

Der Religionsphilosoph Harald Seubert nahm diese „preußische“ Wertetrias in seinem Festvortrag „Jenseits der Schweigespirale: Publizistik und Freiheit in Vergangenheit und Gegenwart“ spontan auf, denn sie korrespondiere mit der Trias von Publizität, Sittlichkeit und Wahrheit, die seinem vielfach von Applaus unterbrochenen Vortrag zugrunde lag.

Temperamentvoll spannte Seubert einen weiten Bogen von Sokrates' „Höhlengleichnis“ über die Rechtsphilosophie Immanuel Kants zu heutigen Problemen in der res publica der Deutschen, der wenig so sehr fehle wie eine konsequent der Wahrheit und Sittlichkeit verpflichtete politische Publizistik. Begeisterte Reaktionen zeigten, dass dieser anspruchsvolle Vortrag zum Glanzlicht der Feier wurde.

Der guten Stimmung tat die flugtechnisch bedingte Abwesenheit mehrerer prominenter Gäste keinen Abbruch. In preußischer Bescheidenheit hatten die Veranstalter es zudem vorgezogen, über die Erfolge dieser Zeitung in der letzten Zeit (noch) kaum zu sprechen. Auch die Macher des Blattes nahmen sich weit zurück und blieben in Berlin fast ebenso unsichtbar wie die neuen Lesergruppen, die das Blatt schon seit Jahren erobert hat: In Berlin feierte vor allem die traditionelle „Ostpreußenfamilie“, auch wenn etwa die Hälfte der *PAZ*-Abonnements erst seit 1993 begann. Die Masse der neuen Leser findet inzwischen im Internet zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung* – da bleibt genug Stoff für das nächste Jubiläum. *PAZ*

»Die Macher dieser Zeitung gehen neue Wege«

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU): Meine besten Wünsche für weitere gute Jahrzehnte – Patenschaft Bayerns bekräftigt

Ich gratuliere der Landsmannschaft Ostpreußen, ihrem Sprecher, Herrn v. Gottberg, und allen Ostpreußen zu Ihrer Zeitung. Mutig setzt sie Zeichen und gibt den ostpreußischen Landsleuten politische Orientierung. Sie hat ihr Erscheinungsbild modernisiert, bleibt aber ihrer Tradition, ihrer Aufgabe und ihren Zielen treu.

Zeitungen der Vertriebenen haben mehrere Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen. Sie sind innerverbandliches Informationsorgan und sie vernetzen die in ganz Deutschland und im Ausland verstreut lebenden Landsleute. Sie sind Bindeglied zwischen den Generationen, indem sie der jüngeren Generation von der Heimat der Eltern und Großeltern berichten, wie es einmal war und wie es heute ist. So werden die Jüngeren dazu angeregt, sich mit der Heimat der Vorfahren zu beschäftigen, sie zu erkunden oder Nachforschungen anzustellen.

So stiften die Zeitungen über die Vertreibung, Zerstreuung und Generationen hinweg Zusammenhalt und Identität. Sie sind ferner Brücke in die alte Heimat zu den Menschen, die heute dort leben, zum Beispiel in Ostpreußen zu den Deutschen, Polen, Russen und Litauern.

Der Titel wurde geändert, die Zeitung ist nunmehr auch am Kiosk zu haben – all das zeigt Zukunftsorientierung

Herausgeber und „Macher“ des Ostpreußenblattes waren auch bereit, neue Wege zu gehen. Der Titel wurde geändert. Das ist Programm. Die Zeitung erhebt damit den Anspruch, nicht nur für die Landsmannschaft Ostpreußen, nicht nur für Ostpreußen Stellung zu nehmen, sondern dezidiert darüber hinaus Entwicklungen in Deutschland und Europa zu kommentieren. Diesen Schritt, über den eigenen Vertriebenenbereich hinaus Standort und Standpunkt zu markieren, klar und kantig, in gut preußisch-konservativer-aufklärerischer Tradition, halte ich für bemerkenswert. Die Zeitung ist nunmehr auch am Kiosk zu haben. All dies zeigt die Zukunftsorientierung der Landsmannschaft Ostpreußen und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Ostpreußenblatt*.

Die vielfältigen Kontakte zwischen Bayern und Ostpreußen über die Jahrhunderte hinweg sind oft beschrieben worden. Sie führten über die bayerische Ostpreußenhilfe von 1915 hin zur Übernahme der Patenschaft über die Landsmannschaft Ostpreußen im Jahr 1978. Diese Patenschaft hat der Freistaat Bayern 2008 beim 30-jährigen Jubiläum feierlich bekräftigt. Ich stehe uneingeschränkt zu dieser Patenschaft, wie ich Herrn v. Gottberg bei unserem Gespräch im August 2009 versichert habe.



Horst Seehofer Bild: ddp

Diese Patenschaft findet vor allem ihren Niederschlag im Ostpreußischen Kulturzentrum Ellingen, das wir weiter stärken wollen. Ellingen ist das Aushängeschild ostpreußischer Geschichte und Kultur im Süden Deutschlands.

Wir stehen nunmehr 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung in der Zeitphase, in der es das zu sichern und zu bewahren gilt, was in unendlich mühevoller ehrenamtlicher Arbeit und mit viel Einsatz und Herzblut von den Vertriebenen geschaffen wurde. Hier bedarf es der engen Zusammenarbeit von Staat und Vertriebenenverbänden. Es bedarf aber auch der Weitsicht der Landsmannschaften, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Mir scheint, die Ostpreußen tun das, was gerade auch an der Zeitung sichtbar wird, deren 60. Geburtstag wir feiern.

Ich wünsche der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* weitere gute Jahrzehnte. Meine besten Wünsche begleiten Sie.

Voller uneingeschränktem Beistand

»Für einen Zusammenhalt der europäischen Flüchtlinge und Vertriebenen«

Mit großem Respekt und uneingeschränkter Bewunderung muss das 60-jährige Bestehen eines der einflussreichsten und angesehendsten Presseorgane gefeiert werden, das ein zuverlässiger Orientierungspunkt nicht nur für die Ostpreußen und für die Tausende ist, die sich mit den Aktivitäten der Vertriebenenorganisationen identifizieren, sondern auch für jene zahlreichen Leser, die eine aktuelle, präzise und „saubere“ Information zu den wichtigsten innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen Deutschlands sowie zu den bedeutendsten, die Landsmannschaft Ostpreußen betreffenden Ereignissen und Thematiken wünschen.

Dieser unverrückbare Meilenstein bezeugt die Fähigkeiten und das Engagement einer Führungsklasse, die es verstanden hat, mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ein Instrument korrekter und unabhängiger Information zu schaffen, zu fördern und zu interpretieren, das im nationalen Nischenverlagswesen einen vorrangigen Platz errungen hat.

Die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV), die als erster europäischer Schirm- und Schutzorganismus gegründet wurde, um in koordinierter und übernationaler Form die Interessen von Millionen Bürgern der Europäischen Union zu wahren, die ihres Eigentums, ihrer bürgerlichen Rechte und der grundlegenden Freiheiten aller Menschen beraubt wurden, blickt mit Interesse auf die vom offiziellen Organ der Landsmannschaft Ostpreußen erzielten, inspirierenden Ergebnisse, weil sie sich bewusst ist, dass eine unabhängige und korrekte Information, die zu den Ereignissen, die das Leben ganzer Familien und Generationen nachhaltig bestimmt haben, sowie zu den einschlägigen, für Regierungen und Institutionen noch immer unbequemen Vereinstätigkeiten Stellung nimmt, eine unverzichtbare Kraftquelle ist.

Es ist deshalb eine explizite Pflicht der EUFV, dieser Zeitung nicht nur uneingeschränkten Beistand zu garantieren, sondern auch mit allen Kräften die künftigen Bemühungen zu unterstützen, die nötig sein werden, um sie angesichts der Aufgaben und der Herausforderungen, mit denen sich unsere Organisationen konfrontiert sehen werden, mit wachsender Entschlossenheit noch besser und noch stärker zu gestalten.

Der Schutz der Rechte und die Verteidigung der Interessen der europäischen Flüchtlinge und Vertriebenen, der falschen Opfer nationalistischer Bestrebungen und ethnischer Säuberungen, die bis vor kurzem für die blutigen Auseinandersetzungen in weiten Teilen des Kontinents verantwortlich waren, ist heute und in Zukunft ein unumstößlicher Auftrag für die EUFV, die sich in diesen Monaten dafür einsetzt, dass diese Problematiken, die von der politischen Agenda der Europäischen Union bislang ausgeschlossen waren, zu den Prioritäten gehören, die von der EU-Regierung in Brüssel behandelt werden müssen.

Entscheidender Beitrag der *PAZ* für die Anerkennung der Rechte der Vertriebenen

Es ist unerträglich, dass in einem vereinten Europa nach der Befreiung von den totalitären Staatsmächten, die es im vergangenen Jahrhundert vergewaltigt haben, die Entbehrungen und Rechtsverletzungen, von denen viele noch heute ungeachtet der Prinzipien ja der Gründungsregeln der Europäischen Union weiter bestehen, in einer anachronistischen Scheinwelt anhaltender der Gleichgültigkeit und mitschuldigen Schweigens aufrechterhalten werden.

In diesem heiklen, aber notwendigen und demnach entscheidenden Prozess der Wende muss jeder Verband, jede Gruppierung, jeder einzelne Vertriebene seinen Beitrag leisten und der Beitrag einer angesehenen Zeitung, die größte Bedeutung und Glaubwürdigkeit besitzt, wird zweifelsohne entscheidend sein.

Im Namen aller Mitglieder der EUFV übersende ich daher die innigsten Wünsche für ein weiterhin erfolgreiches Wirken im Geist dieses außerordentlichen sozialen Engagements an alle diejenigen, die mit viel Aufopferungswillen und Verantwortungsbewusstsein die Aufgabe haben werden, die *Preußische Allgemeine Zeitung* zu neuen ehrgeizigen Zielen und wohlverdienten Erfolgen zu führen.

Dr. Massimiliano Lacota, Generalsekretär der Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen

Nicht wegzudenken

»Ich wünsche eine wachsende Leserschaft«

Zum 60-jährigen Erscheinen der *PAZ* grüße ich Herausgeber, Redaktion, Mitarbeiter und vor allem den treuen, der Heimat verbundenen Leserkreis recht herzlich und wünsche Ihrer Zeitung weiterhin eine so stabile Resonanz sowohl bei den Heimatvertriebenen als auch zunehmend in breiteren Kreisen der jüngeren bundesdeutschen Leserschaft.

60 Jahre aktive und bis heute erfolgreiche Presse- und Informationsarbeit für die Menschen sind ein beeindruckender Erfolgsnachweis. Am Anfang der vielgestaltigen Presselandschaft der deutschen Heimatvertriebenen stand die Vertreibung von über 14 Millionen Menschen aus ihren teilweise 800 Jahre alten, deutschen Heimatgebieten.


Erika Steinbach

Die meisten Vertriebenen – wie etwa die Ostpreußen – stammen nicht aus irgendwelchen Minderheitengebieten, sondern aus geschlossem, deutsch besiedeltem deutschen Staatsgebiet. Sie wurden aus Ostdeutschland nach Mittel- und Westdeutschland vertrieben. Nach der Vertreibung haben sie als Mitglieder der Landsmannschaften und Heimatkreise sowie als treue Leser und Abonnenten des *Ostpreußenblattes* der Heimat die Treue gehalten und zum Teil partnerschaftliche und freundschaftliche Kontakte zu den heutigen Bewohnern von Ostpreußen geknüpft. Sie bauten Beziehungen zu Menschen auf, die zum Teil bereits in der dritten Generation in Ostpreußen leben und oft nichts über die vielhundertjährige deutsche Geschichte der Gebiete wissen.

Doch auch in der Bundesrepublik sind die geschichtlichen Kenntnisse über Ostpreußen, Pommern oder Schlesien vielfach erschreckend gering, obwohl das Interesse der Enkelgeneration oft vorhanden ist. Deshalb ist Beharrlichkeit auf dem durch Begründer des *Ostpreußenblattes* eingeschlagenen Weg unabhängigen Information und Aufklärung auch in die nichtvertriebenen Kreise von besonderer Bedeutung. Bei dieser Aufgabe ist die *PAZ* seit Jahren nicht wegzudenken.

Ich wünsche der Zeitung auch für die Zukunft weiterhin erfolgreiche Arbeit und vor allem eine wachsende Leserschaft.

Erika Steinbach, MdB, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen

Tragfähige Brücke

Grußwort des litauischen Botschafters

Der Bitte der Redaktion der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, ein Grußwort für die Jubiläumsausgabe „60 Jahre *PAZ/OB*“ zu richten, bin ich gerne gefolgt. Allen Lesern der Zeitung übermittle ich bei dieser Gelegenheit meine besten Grüße.


M. Butkus

Die Ostpreußen sind Zeitzeugen der schwierigen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der Geschichte, die wir aufs Neue entdecken und aus verschiedenen Blickwinkeln erforschen wollen. Es ist gut, dass Litauer und Deutsche heute entspannt und vorurteilsfrei über die gemeinsame Vergangenheit und das gemeinsame kulturelle und historische Erbe sprechen können. Das zeugt von der Reife unserer gegenwärtigen Beziehungen und dem gegenseitigen Völkerverständnis.

Nur durch eine aufrichtige und offene Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit können wir uns mit neuen Seiten dieser Zeitspanne vertraut machen und tragfähige Brücken zwischen unseren Völkern schlagen.

Der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wünsche ich, dass sie weiterhin ihren Beitrag zur kulturellen Annäherung der Völker und Überwindung alter Gegensätze leistet. Den Lesern der Zeitung wünsche ich viele interessante Diskussionen.

Mindaugas Butkus, Botschafter der Republik Litauen


Massimiliano Lacato: Die *PAZ* ist unabhängig.

Die *PAZ* als wohltuende Ausnahme

Verehrter, lieber Herr v. Gottberg,
zum Jubiläum der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Ostpreußenblatt* entbiete ich Ihnen persönlich und namens der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) die besten Glückwünsche.

Die *PAZ* ist wie ihre Vorgängerin schon ein Flaggschiff unter den Zeitungen der vertriebenen Deutschen und ihrer Landsmannschaften. Sie ist darüberhinaus eine wohltuende Ausnahme unter den deutschen Zeitungen und Zeitschriften überhaupt, weil sie sehr vielen Deutschen aus dem Herzen spricht und einen klaren Kurs hält. Sie ist ein Hoffnungsträger unter den Publikationen.

Dafür gebührt Ihnen, verehrter Sprecher, Ihrer Landsmannschaft und den Männern und Frauen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben und beitragen, unser aller aufrichtiger Dank.

Der Veranstaltung aus Anlass dieses Jubiläums wünsche ich guten Verlauf und Erfolg. Ein herzliches Glückauf für die Zukunft und weiterhin klaren Kurs.

In Verbundenheit

Dr. Werner Nowak, Präsident der Bundesversammlung der SL

Spagat erfolgreich geglückt

Auch wenn ich an dem Festakt zum 60. Geburtstag des *Ostpreußenblattes* nicht teilnehmen kann, so bin ich im Geiste doch mit dabei und wünsche dieser Veranstaltung den verdienten harmonischen und würdevollen Verlauf.

60 Jahre *Ostpreußenblatt*, das heißt, 60 Jahre lang den Spagat zu schaffen zwischen dem mit klarer Sprache formulierten Anspruch auf wahrhaftigen Umgang mit der Geschichte und das daraus folgende Recht auf die Heimat einerseits, andererseits den Grundsätzen der Charta der Heimatvertriebenen – keine Rache, keine Vergeltung, kein neues Unrecht als Antwort auf vorangegangenes Unrecht. Wer sechs Jahrzehnte lang auf diesem schmalen Grat unbeirrt seinen Weg gegangen ist, verdient höchsten Respekt. So hat diese Zeitung ihren Beitrag dazu geleistet, die Landsmannschaften der deutschen Heimatvertrtiebenen zur größten und effektivsten Friedensbewegung unseres Vaterlandes zu machen.


Hans-J. Mahlitz

Effektivste Friedensbewegung

Dass ich das letzte dieser sechs Jahrzehnte – als Chefredakteur des *Ostpreußenblattes*, als „Gründungschefredakteur“ der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und nunmehr als Autor im Unruhestand – mitgestalten konnte, erfüllt mich mit Stolz, Dank und Befriedigung.

Hans-Jürgen Mahlitz, *PAZ*-Chefredakteur von 2000 bis 2006 und Vorsitzender der Initiative „Stimme der Mehrheit“ e.V.

Gute Verbindung

Grußwort aus dem Ermland und Masuren

Das 60-jährige Jubiläum der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* möchten wir zum Anlass nehmen, Ihrem gesamten Redaktionskollegium unsere herzlichen Glückwünsche zu übermitteln. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und danken für Ihr Engagement, das dem ehemaligen Ostpreußen so zuträglich ist. Ihre Zeitung bedeutet für uns, die in ihrer alten Heimat geblieben sind, eine außergewöhnliche Bindung nicht nur zwischen unseren zerrissenen Familien, sondern auch zwischen unseren Organisationen und der Landsmannschaft Ostpreußen sowie den Kreisgemeinschaften.

Durch die Lektüre der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die wir und einzelne Gesellschaften der deutschen Minderheit im Gebiet des ehemaligen Ostpreußens regelmäßig zugestellt bekommen, fühlen wir uns Ihnen näher. Und dank dieser Nähe und unserer sehr guten Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Ostpreußen wie auch mit der lokalen Selbstverwaltung, den städtischen und Kreisbehörden sowie den Partnerstädten in Deutschland ist es uns möglich, das Kulturerbe des ehemaligen Ostpreußen, unsere Tradition und Muttersprache weiterhin zu pflegen.

Eine Hilfe, um unsere Tradition zu pflegen

Wir wünschen der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* viel Erfolg auch für die kommenden sechs Jahrzehnte!

Henryk Hoch, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VDGEM)

Dem Zeitgeist widerstanden

Dank und Glückwunsch – »Lassen Sie bitte nicht nach!«

Lieber Herr v. Gottberg, lieber Herr Badenheuer,
zum Eintritt in das siebte Jahrzehnt der *PAZ* übermittle ich namens der Landsmannschaft Schlesien und ebenso aus meiner Verantwortung für den „Grafschafter Boten“ herzliche Glückwünsche, verbunden mit einem heimatverbundenen und aufrichtigen Dank für 60 Jahre engagierter und standhafter Überzeugungsarbeit für den uns geraubten deutschen Osten.

Wir Schlesier gratulieren zu diesem bemerkenswerten Datum der aus dem *Ostpreußenblatt* erwachsenen und weit über den Bereich der deutschen Heimatvertriebenen hinaus anerkannten, nunmehrigen „Wochenzeitung für Deutschland“. Wir bitten Sie, lassen Sie nicht nach im Kampf um die historische Wahrheit, widerstehen Sie weiterhin der Dominanz des Zeitgeistes!


P. Großpietsch

Sie haben uns an Ihrer Seite. In herzlicher und kameradschaftlicher Verbundenheit,

Peter Großpietsch, stv. Bundesvorsitzer der der Landsmannschaft Schlesien und Herausgeber des „Grafschafter Boten“

Der Dreiklang von Freiheit, Recht und Frieden

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* wirkt der Geschichtslosigkeit entgegen – Aus der Festrede von Wilhelm v. Gottberg

Die *PAZ*, das frühere *Ostpreußenblatt* ist 60 Jahre alt geworden. Am 5. April 1950 erschien die Nummer 1 des *Ostpreußenblattes*, heute feiern wir diesen runden Geburtstag. Zahlreiche neue Zeitungen sind nach dem Krieg auf dem Markt erschienen. Sehr viele existieren heute nicht mehr. Das *Ostpreußenblatt* hat sich weiterentwickelt und ist die *Preußische Allgemeine Zeitung* geworden.

Unsere Zeitung war von Anfang an das wirtschaftliche Rückgrat und das Medium, um als Landsmannschaft Ostpreußen (LO) zu den politischen, sozialen und kulturellen Fragen der Zeit Stellung zu nehmen. Es waren die Ostpreußen, die durch ihr Abonnement der Zeitung zur wirtschaftlichen Blüte verholfen haben.

Es war ein schwieriger Anfang der Zeitung ab 1950. Ruth Geede – von Anfang an dabei und auch heute noch mit 94 Jahren unverzichtbares Mitglied der Redaktion mit dem Schwerpunkt „Ostpreußische Familie“ – hat dies in der Beilage „60 Jahre *PAZ*“, erschienen am 3. April dieses Jahres, anschaulich beschrieben.

So wie nach Friedrich dem Großen zum Kriegserfolg auch Fortune gehört, so hatte auch die LO Glück mit ihren Redaktionsleitern. Martin Kakies, der Name weist ihn als Ostpreußen aus, amtierte von 1950 bis 1959. Er war schon vor dem Krieg Redaktionsleiter und ein großartiger Schriftsteller. Ihm folgt Eitel Kaper. Ein ernster Mann mit großem Wissen. Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts erreichte die Zeitung mit knapp 135000 Abonnements den Höhepunkt ihrer bezahlten Auflage.

1967 wurde mit Hugo Wellems der dritte Redaktionsleiter mit der Gesamtverantwortung für die Zeitung betraut. Wellems war rheinischer Preuße, seiner Persönlichkeit und seiner Ausstrahlung nach unbedingt Chef. Seine Verbindungen zur politischen Klasse waren exzellent. Er ordnete an, dass im Zeitungskopf auf Seite 1 die Zeile „Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“ eingefügt wurde. So ist es bis heute geblieben. Wellems entwickelte sich zu einer allseits anerkannten Autorität. Es gelang ihm, Politiker der ersten Garnitur aus dem konservativen Bereich als Gastkommentatoren zu gewinnen. Wellems gründete unter der Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen und mit deren finanziellen Ressourcen die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) e.V., mit der er auch neue Leser für die Zeitung gewann. Die SWG existiert noch heute, wir sind ihr freundschaftlich verbunden und ich freue mich, heute ihren Vorsitzenden, Professor Menno Aden, bei uns begrüßen zu können.

Mit dem Dienstantritt von Hugo Wellems 1967 erfasste eine Phase des Aufbruchs die Redaktion. Die Zeitung wurde interessanter und vielthemiger. Alle waren zufrieden. Die satten schwarzen Zahlen, die die Zeitung schrieb, ließen keine Kritik aufkommen. Das blieb auch so, als sich Anfang der 70er Jahre ein deutlicher Abonnentenschwund einstellte. Nach Abschluss der Brandschen Ostverträge verstärkte sich diese Tendenz, in den 80er Jahren sank die Auflage auf unter 50000.

Es kam das Wendejahr 1990. Die bezahlte Auflage betrug um die 32000. Im Oktober 1990 wurde ich zum stellvertretenen Sprecher der LO berufen. Mir war klar: Ohne gravierende Innovation hatte die Zeitung keine Zukunft. Doch Hugo Wellems, Jahrgang 1912, war leider nicht mehr im Stande, die erforderliche Erneuerung durchzusetzen. In anderen Redaktionsstuben waren PC und Monitor längst eingezogen. Allerdings nicht in unserer. Die Redaktion der *PAZ* arbeitete weiterhin mit der Schreibmaschine.

Glücklicherweise ließ der Druck zu handeln ein wenig nach, denn die bezahlte Auflage stieg ab 1991 deutlich. Am 1. November 1992 wurde ich Sprecher der LO und bekam die Erstverantwortung für die Zeitung übertragen. Zu Hugo Wellems hatte ich ein gutes Verhältnis. Im Mai 1994 hatte ich schließlich ein langes Vier-Augen-Gespräch mit dem Chefredakteur. Wir vereinbarten sein Ausscheiden zum Jahresende. Mit einer Festveranstaltung zum 45. Geburtstag der Zeitung im April 1995 sollte Wellems ehrenvoll verabschiedet werden. Er hielt allerdings nicht mit seinem Wunsch zurück, in den Sielen sterben zu wollen. Im Herbst 1994 musste er längere Zeit das Bett hüten. Anfang 1995 war er nochmals in der Redaktion, um seinen Schreibtisch leerzuräumen. Er wurde damit nicht fertig. Am 30. März 1995 habe ich ihn an seinem Grabe für sein Lebenswerk „Das Ostpreußenblatt. Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“ gewürdigt. Der Bundesvorstand hat ihm posthum die höchste Auszeichnung, den Preußenschild, verliehen.

Unserer Zivilisation die religiöse Dimension erhalten

Wellems Nachfolger Horst Stein hat mit der Modernisierung der gesamten Redaktionsarbeit begonnen. Dabei gab es viel zu tun. Doch es ging voran. Aus der Redaktion kam die Forderung, nun auch das Medium Internet zu nutzen, und so ging auch die *PAZ* in den 90er Jahren online. Allerdings erfüllten sich damit nicht alle Erwartungen. Die bezahlte Auflage ging zurück. Mir wurde klar, mittelfristig werden wir mit der Zeitung nur überleben können, wenn es gelingt, einen neuen Leserkreis zu erschließen. Dazu musste auch der Zeitungstitel verändert werden. Mit dem Namen „Preußische Zeitung“ schlug ich einen Arbeitstitel vor, von Frau Geede kam der Vorschlag, als neuen Namen *Preußische Allgemeine Zeitung* festzulegen. So geschah es, zunächst als Untertitel zum bisherigen Namen *Das Ostpreußenblatt*. Nach knapp zwei Jahren wurden im Jahre 2003 Haupt- und Untertitel gegeneinander ausgetauscht.

Schon seit etwa zehn Jahren diskutierte der Bundesvorstand der LO, die Zeitung bundesweit auch an den Kiosken anzubieten. Bisher war die *PAZ* eine reine Abonnentenzeitung. Seit Ende Januar 2010 wird die *PAZ* nun auch bundesweit im Zeitungshandel angeboten.

Wo steht die *Preußische Allgemeine Zeitung* heute politisch? Die Gründer der LO haben 1950 die Leitlinie für die Zeitung vorgegeben. Diese Leitlinie gilt noch heute. Sie lautet: Aufrechterhaltung der Freiheit, Durchsetzung des Rechtes, Erhaltung des Friedens. Diesem Dreiklang – Freiheit, Recht und Frieden – ist die Zeitung bindend verpflichtet.

Gegenüber 1950 haben sich allerdings die Akzente verschoben. Die Freiheit der Deutschen wird heute nicht mehr von außen, sondern von innen bedroht. Die „politische Korrektheit“ legt fest, was wir denken und sagen dürfen. Der Artikel 5 des Grundgesetzes gilt nicht mehr uneingeschränkt. Unsere Zeitung aber wird nicht schweigen, wenn in Schulbüchern und Ausstellungen gefälschte Deutsche Geschichte vermittelt wird.

Die Durchsetzung des Rechtes: Die *PAZ* wird immer wieder die Erodierung des Rechtsstaates thematisieren. Hier ist auf einem verhängnisvollen Weg schon weit vorangeschritten worden. Die Eigentumsgarantie von Artikel 14 Grundgesetz wurde beim Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik mit Füßen getreten. Eine Staatsregierung, die beim Ankauf von gestohlenen Steuerdaten zum Hehler wird, anderseits einen abgewählten Bundeskanzler beim Missbrauch von Parteispenden unbehelligt lässt, fügt dem Rechtsstaat schweren Schaden zu.

Erhaltung des Friedens: Die schreckliche erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa, aber auch die Kriege in unseren Tagen mahnen uns täglich. Daraus ergibt sich: Wir wollen dem Frieden mit aller Kraft dienen, dabei verfallen wir jedoch nicht in einen illusionären Pazifismus. Wir brauchen die Bundeswehr, und wir brauchen die Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis.

Eingedenk des Wortes des verstorbenen französischen Staatspräsidenten Charles de Gaule: „... man erkennt den Charakter eines Volkes auch daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht“, werden wir den gefallenen und überlebenden Soldaten der Wehrmacht ein ehrendes Andenken bewahren und den Soldaten der Bundeswehr Respekt und Anerkennung nicht versagen. Ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit in der Vergangenheit und für die Zukunft kann man nicht hoch genug einschätzen.

Freiheit, Recht und Frieden, diese zutiefst christlichen Werte, können nur dann gesichert werden, wenn wir unserer Zivilisation die religiöse Dimension erhalten. Geht diese verloren, dann steht es schlimm um unsere Zukunft.

Alexander Solschenizyn, dieser großartige russische Literat, Literatur-Nobelpreis-Träger und ein Freund der Deutschen formulierte einst in Hinblick auf die russische Tragödie im 20. Jahrhundert: „Die Wurzeln allen Übels liegen im Abfall von Gott.“ Ähnlich hat sich auch der verstorbene Bundespräsident Karl Carstens geäußert. Deshalb gilt für die *PAZ*: Wir halten fest an der Frohen Botschaft des Evangeliums.

Aufgabe einer verantwortungsbewussten Presse ist es auch, überall in Europa freiheitliche Errungenschaften und nationale Identität in Einklang zu bringen. Dazu ist es notwendig, dass in der politischen Diskussion hartnäckige Vorurteile gegenüber dem Wort „Nationalstaat“ überwunden werden. Denn nicht der Nationalstaat an sich, sondern seine durch Ideologien herbeigeführten Verirrungen sind gefährlich für Europa.

Die Entwicklungsgeschichte der *PAZ*, aber auch ethische Gründe gebieten es, die Gemeinsamkeiten der deutschen Nation auch für die Deutschen jenseits der heutigen Ostgrenze der Bundesrepublik zu bewahren und lebendig zu halten.

Der Geschichtsverfälschung und der Geschichtslosigkeit wird die *PAZ* entgegenwirken, wie sie das auch bisher getan hat. Dabei ist der Redaktion das Prinzip „Wahrheit“ Leitlinie. Dies ist von existentieller Bedeutung für die Zeitung und für alle Deutschen, da der Eindruck gewonnen werden könnte, dass in weiten Teilen der Republik die Lüge zum System erkoren wurde.

Ich fasse für die Zukunftsdevise der Zeitung zusammen: An Bewährtem festhalten, für Erneuerungen nach kritischer Würdigung offen sein, dem Ganzen verpflichtet sein, Distanz zum Zeitgeist halten, Preußische Tugenden leben und somit Vorbild sein.



Wilhelm v. Gottberg über die Entwicklung dieser Zeitung

Bilder (2): Pawlik

Grundrecht auf Meinungsfreiheit unter Druck

Ein rigider »Mainstream«, gesetzliche und wirtschaftliche Grenzen, aber auch mangelnder Mut engen ein – Podiumsdiskussion

Eine Podiumsdiskussion, moderiert vom früheren LO-Geschäftsführer Rolf-Dieter Carl, bildete den Abschluss der Jubiläumsveranstaltung am vergangenen Sonnabend.

In seiner einleitenden Stellungnahme zitierte Carl den Grundgesetzartikel 5 über die Meinungsfreiheit und warf die Frage auf, welche Einschränkungen hier schon bestünden, aber auch, ob der Umgang bestimmter Medien mit der Privatsphäre von Politikern immer von der Meinungsfreiheit gedeckt sei. LO-Vize Wolfgang Thüne warf ein, dass der Begriff „Meinungsfreiheit“ doppelt verstanden werden könne: „Meine ich, frei zu sein, oder habe ich das Recht, meine Meinung zu sagen.“ Letzteres erfordere immer öfter Mut, um gegen eine vermeintliche Mehrheitsmeinung, die aber oft nur die veröffentlichte Meinung sei, zu sprechen.

Der Rechtsanwalt Michael Steiner ergänzte, im „geschützten Raum“ sei fast jeder zur „Individualisierung“ seiner öffentlich geäußerten Positionen in der Lage. Im öffentlichen Raum dagegen stünden vom „Mainstream“ deutlich abweichende Meinungen, und seien sie noch so klar begründet, schnell unter dem Verdikt der Dummheit oder zumindest der gesellschaftspolitischen Missbilligung. Professor Konrad Löw

Die Verfasungsrichter als Hüter eines elementaren Rechtes

erinnerte daran, dass das Bundesverfassungsgericht selbst den überragenden Rang der Meinungsfreiheit als primärem Freiheitsrecht eindringlich betont habe – sogar so sehr, dass es gesetzliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit, wie sie das Grundgesetz selbst punktuell ermögliche, wieder unter den Vorbehalt der Kontrolle des Verfassungsgerichts gestellt habe. Dennoch gebe es Einschränkungen, etwa die Verschärfung des Paragraphen 130 („Volksverhetzung“), der die Auschwitzlüge unter Strafe stelle. Kritik daran komme aber keineswegs nur „aus der ganz rechten Ecke“, sondern beispielsweise von US-amerikanischen Juristen mit ganz anderem politischen Standpunkt. Es sei aus seiner Sicht eine plausible Position, die mit der Neufassung dieses Paragraphen unter Strafe gestellten Meinungen gleichsam mit ihren Trägern „aussterben“ zu lassen und als „unbeachtliche Mindermeinung“ nicht weiter zu thematisieren.

Thüne zitierte einen anerkannt brillanten US-amerikanischen Journalisten, der wegen Ansichten, die dem Mainstream zuwiederliefen, ab einem gewissen Zeitpunkt konsequent ignoriert wurde und faktisch nicht mehr publizieren konnte. Er zog sich schließlich aus seinem Beruf zurück, mit einem bewegenden Abschiedsbrief, in dem er klagte: „Es gab eine Zeit, wo die Feder einflussreicher war als das Schwert.“ Ihm selbst, so Thüne, sei es als jungem Meterologen im ZDF ähnlich ergangen, als er auch noch nach Unterzeichnung der Brandtschen Ostverträge in seinem Wetterbericht bei entsprechendem Anlass immer wieder von „Schlesien“ und „Ostpreußen“ sprach: „Die Maulkörbe waren Legion.“ Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ drucke bestimmte Leserbriefe nicht mehr und er frage sich, von wem sie da beeinflusst werde.

Steiner verwies auf den grundlegenden Unterschied, ob eine Meinung keine Mehrheit finde oder ob sie nicht geäußert werden könne. Er habe als Kind und Jugendlicher einen „gerechten und zuhörenden Vater“ gehabt und zuhause im Grunde jede Meinung vertreten dürfen. Später im Beruf und im öffentlichen Leben habe er dann andere Erfahrungen machen müssen, aber eher mit sozialer Kontrolle als mit direkten Verboten. Sein Fazit: „Noch darf man in Deutschland fast alles sagen, aber in den Medien kommt vieles nicht mehr durch.“ Thüne verwies darauf, dass in seinem Bereich der Meteorologie die Meinungsfreiheit bereits mit anderen Mitteln beschränkt würde. Von einer Organisation wie Greenpeace, kämen kaum verhüllte Drohungen, gegen diejenigen, die die Mehrheitsmeinung beim Thema „Erderwärmung“ bezweifelten: „Wir brauchen Klima-Outlaws. Wir wissen, wer ihr seid und wo ihr wohnt, ihr seid wenige, wir sind viele.“

Konrad Löw erinnerte an den in Berlin lebenden Historiker Ernst Nolte, der wegen seiner Thesen über die Beeinflussung Hitlers durch Stalin kaum mehr auftreten könne, ja sogar kaum noch zitiert werde: „Man wird einsam, wenn man seiner Überzeugung treu bleibt.“ Steiner verwies darauf, dass die Meinungsfreiheit nicht nur von gesellschaftspolitischer Seite unter Druck geraten könne. Manche Chefredakteure würden Mindermeinungen auch deswegen nicht bringen, weil sie befürchteten, dass die Kunden sie nicht lesen wollten. *K.B.*



Wolfgang Thüne, Michael Steiner, Rolf-D. Carl und Konrad Löw (v.l.n.r.).

Jenseits der Schweigespirale

Publizistik und Freiheit in Vergangenheit und Gegenwart – Der Festvortrag von Professor Harald Seubert (Teil I)

Umjubelter Höhepunkt der Jubiläumsfeier der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* in Berlin war der Vortrag von Harald Seubert, der in Erlangen und Posen Religionsphilosophie lehrt. Wir dokumentieren die Rede in mehreren Teilen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich danke für die ehrenvolle Einladung und möchte der *PAZ* herzlichst gratulieren: ad multos annos. Die Würdigung von Herrn von Gottberg war von wirklich preußischem Geist bestimmt: Auch das Schwere, Belastende wurde nicht verschwiegen. Und jene Trias von Freiheit–Recht–Frieden, die Ihre Zeitung trägt, ist preußisches, damit alteuropäisches Erbe und Maßstab für die Zukunft gleichermaßen.

Zur Sache. Von der Schweigespirale war wohl erstmals in Alexis de Tocquevilles überaus luzider Analyse der Demokratie als der kommenden Regierungsform die Rede. Er, Vertreter des Ancien Régime und nach 1789 Unterlegener der Geschichte, wollte in dem amerikanischen Experimentierfeld studieren, auf welche Herrschafts- und Staatsform sich die Welt zubewegen würde. Dabei diagnostizierte de Tocqueville eine innere Differenz innerhalb der Demokratie: die Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit. Im Zweifel werde sich die Mehrheit einer Bevölkerung in der Demokratie für die Gleichheit entscheiden. Tocqueville spricht von der „sanften Despotie“. In diesem Horizont bildete sich der neue Begriff der „öffentlichen Meinung“ heraus. Die jüngst verstorbene Elisabeth Noelle-Neumann hat dann virtuos gezeigt, wie die Schweigespirale ein Instrument politischer Macht und sozialer Kontrolle ist, das die Gewaltenteilung unterläuft. Die Crux ist dabei, dass eine Minderheit, der es gelingt, ihre Meinungen und Wertungen laut vernehmlich und vor allem in Wiederholung und auf verschiedenen Kanälen zu äußern, Gegenauffassungen aber zu diskreditieren, die strategische Hoheit gewinnt. Die andere Seite wird immer leiser werden. Man wird sich seiner Sache schämen, und hätte man selbst die Wahrheit auf seiner Seite. Der Wirksamkeit eines radikalen Nonkonformisten, wenn es ihn denn geben sollte, sind insofern enge Grenzen gezogen. Er wird Gefahr laufen, für verrückt erklärt zu werden. Der junge Thoreau, der später aus der Zivilisation floh, hat in sein Tagebuch eingetragen: „Es ist immer leicht das Gesetz zu brechen, aber selbst die Beduinen in der Wüste finden es unmöglich, Widerstand zu leisten gegen die öffentliche Meinung.“ Die Kultur- und anthropologische Revolution von 1968 hat gerade durch diese Schweigespirale reüssiert. Der anderen Seite bleibt dann der mehr oder minder hilflose Protest, Leserbriefe, Antichambrieren, und oftmals endet ihr Protest vor den Türen und Türhütern der neuen Exponenten der Macht, in geradezu Kafkaesken Verzerrungen. Es hilft dabei wenig, wenn zwischen „öffentlicher“ und „veröffentlichter“ Meinung unterschieden wird. Die letztere prägt in jedem Fall die erstere. Eine Stimme der Mehrheit, die dem was der Medienmainstream bietet, diametral entgegenläuft – und in dieser Durchbrechung des Gängigen spielt in Deutschland die *Preußische Allgemeine* eine immer wichtigere Rolle –, ist häufig nur noch zu vernehmen, wenn man unter sich ist. Öffentliche Meinung konstituiert einen „Kanon“, zu dem man sich gleichsam bekennen muss, wenn man sich nicht isolieren will, wobei die Auffassungen, die eingenommen werden, zumindest ebenso bedeutsam sind, wie das, was verschwiegen wird. Entscheidend ist zuerst das Agenda-Setting. Eine Seite bestimmt, worüber überhaupt geredet wird und in zweiter Linie: von wem. Welche Fragen werden gestellt, welche Personen erscheinen dafür relevant? Die öffentliche Meinung beschreibt Noelle-Neumann in diesem Sinne als unsere „soziale Haut“, und mit Rousseau konstatiert sie, sie sei Feind des Individuums, zugleich aber Schutz der Gesellschaft. Von der Meinung zum Wissen zu kommen, durch dialegesthai, durch Prüfung der Sache und zugleich der Seelen, war der Sokratische Anspruch, der aufs engste mit dem Ethos und Geist Europas verbunden ist. Christlich findet er seine Erweiterung und Vertiefung: „Die Wahrheit (aletheia) wird euch frei machen“, ist die Verheißung Jesu Christi. Die Unterscheidung von Doxa und Aletheia, Meinung und Wahrheit bleibt grundlegend. Wir müssen gleichsam die Höhle der Meinungen verlassen, in der wir Tatsachen nur als Schattenrisse an der Wand erkennen können, um zur Wahrheit selbst vordringen zu können. Und im Gegenzug kann man mit Robert Spaemann sagen: Dort, wo nicht mehr nach der Wahrheit gefragt wird (einem Absolutum!), bleibt als einzige Unterscheidung das, was man sagen darf und was nicht. Zu der skizzierten Situation scheint in drastischem Gegensatz zu stehen, was der große Philosoph Preußens Immanuel Kant meinte, wenn er den Publizitäts-Grundsatz als eine der wesentlichen Garantien eines ewigen Friedens festhielt. Dies richtete sich gegen die Geheimdiplomatie ebenso wie gegen die Einschachtung in eine Politik der Kabinette. Vor dem freien Gebrauch der Vernunft sollten sich die Grundsätze der Politik ausweisen. Legitimierbarkeit sollte einzig aus der Zustimmung der Vernunft folgen. Mit dem Zeitalter der Aufklärung, der Fülle der Wochen- und Monatsschriften, der Salons- und Diskussionsgesellschaften setzt ein, was Jürgen Habermas die „diskursive Öffentlichkeit“ genannt hat – im Unterschied zur der repräsentativen Öffentlichkeit der barocken Welt. Letztere war eine Art „höfische Öffentlichkeit“, die mit der heutigen Verlagerung des politischen Diskurses in die Talkshows teilweise zurückzukehren scheint. Die Geschichte einer weltverändernden Publizität reicht indes weiter zurück: Es war die Publizistik, die die Lutherische Reformation überhaupt erst ermöglicht und ihr diese singuläre Durchschlagskraft gesichert hat. Das Säkulum der Aufklärung hatte aber eine Kehrseite, die auch rasch erkannt wurde: Wo sich Publizität von der Sittlichkeit löst, wo jene Ligatur preisgegeben wird, die der große Königsberger Philosoph gekennzeichnet hatte, droht eine unterschwellige Lenkung des Blicks. Dann tritt gerade das ein, was Platon in der ‚Politeia‘ als Pathologie der doxa vorzeichnet. Die Schatten und die Gaukelbilder der Schatten werden mit der wahren Welt gleichgesetzt. Die Menschen meinen sich selbst – und ihresgleichen – zu sehen, doch es sind nur Schatten. Und nur mit Gewalt könnte einer dazu gebracht werden, die Höhle zu verlassen – und sich ins Freie zu wenden. Kant hatte also aus sehr guten Gründen Publizität mit dem Sittengesetz verbunden; damit ist die Öffentlichkeit auf Wahrheit und Wahrhaftigkeit verwiesen. Man kann noch einen Schritt weiter gehen: Die parrhesia: die christliche Freimut, ist im Neuen Testament eng mit dem Heiligen Geist verknüpft. Zur freien Rede sind die Christen „be-geistet“: ein christlicher Maßstab, der auch für die Demokratie verpflichtend sein sollte. Die Zeitung, die wir heute feiern, hat um diese Kultur der Freiheit besondere Verdienste.

Die Rolle der Vertriebenen ist auch dadurch für die deutsche Nation von höchster Bedeutung, dass sie das Gedächtnis wachgehalten haben – in offener Rede. Dazu war und ist die *Preußische Allgemeine Zeitung* ein scharf geschliffenes Instrument; zugleich Thesaurus (Schatzhaus), in dem das Gewesene bewahrt bleibt. Das Gedächtnis an Landschaften, Orte und ihren Geist. Ostpreußen als Sehnsuchtsland: Dies reicht viel weiter als das unmittelbare Schicksal von Flucht und Vertreibung. Damit verbindet sich aber das Gedächtnis an Schmerz und Unrecht, an Manipulationen der Geschichte, die nach 1945 vielen Millionen Menschen widerfahren ist. Sie haben die Wunde offengehalten und den Schmerz am Schwären. Das grundlegende Menschenrecht zu trauern, das konstitutiv ist für Humanität, haben Sie wachgehalten, sowie es in der vielleicht vollkommensten Tragödie der alten Welt, Sophokles' Welttragödie, Antigone tut. Und Sie haben dies verbunden mit dem wachen Blick nach vorne und dem genuin preußischen Geist der Toleranz. Das Antigone-Gleichnis trägt noch weiter: Es war Antigone, die auf dem natürlichen sittlichen Recht bestanden hatte: So haben auch die Preußen und Ostpreußen auf Völkerrecht und der sittlichen Grundlage von Staat und Politik insistiert. Sie haben sichtbar gemacht, wie auf Rechtsbruch und Gewalt niemals die Einheit Europas gegründet werden kann, das vielmehr auf die Rechtsnormen des europäischen Kulturkreises fundiert sein muss. Und dabei haben sie auf alle Revanche konsequent verzichtet. Nur wo der Schmerz empfunden wird, wo das Böse ausgetragen wird und nicht etwa verdeckt, kann Friede entstehen. Ist dies nicht gerade eine entscheidende Lektion des christlichen Glaubens? Sie, meine Damen und Herren, durchbrachen durch Jahrzehnte den Deckmantel eines Schweigens und Sie waren doch, das muss man sehen, Sündenböcke für jenen Mainstream, der sich immer schon auf der Seite des Westens im moralisch höheren Gelände sehen wollte. Dass aber das Selbstbestimmungsrecht von Völkern, völkerrechtliche und humane Grundeinsichten gerade unter Ihnen fortlebten, dies hatte Bedeutung für die Kultur Freiheit unserer Republik, die wir heute zum Teil wiedergewinnen müssen. Man rührte, wenn man an das Unrecht der Vertreibung rührte, an das vielleicht letzte Tabu dieser Gesellschaft, neben jenem des offenen christlichen Bekenntnisses. Das gibt Festigkeit, die aber nicht zur Verhärtung führen darf. Auf die Rolle der Vertriebenen, insbesondere der Ostpreußen, passt das Hölderlin-Wort: Mitleidend bleibe das ewige Herz, doch fest. Dadurch wird diese Mauer aus Kautschuk, wie Armin Mohler die Schweigespirale einmal genannt hat, durchbrochen. Dass die Vertriebenen neben Hab und Gut, neben allem Geschehenen auch darin auf sich zurückgeworfen waren, dass man ihnen die Anerkenntnis verwehrte, so wie es der junge Historiker Andreas Kossert jüngst gezeigt hat („Kalte Heimat“) macht ihr Organ, die *Preußische Allgemeine Zeitung,* zu einer wichtigen Stimme in der Medienwelt der Bundesrepublik. Die Publizitätsfreiheit bedarf immer der Verantwortung vor dem gesprochenen, geschriebenen Wort. Man kann sie nur empfinden, wenn man Abstand gewinnt von dem immer belangloseren Rauschen von Massenmedien, dem eine strikte, fast eiserne Grenzlinie entspricht, die das, was gesagt werden darf, von dem trennt, was nicht gesagt werden kann. Internetforen und Blogs können dabei das gedruckte, abwägend und präzise formulierte Wort insbesondere der Wochenzeitungen nicht ersetzen. Es sei denn, wir wollten zu einer Republik des Geschwätzes werden, die dann auch keine freiheitliche mehr wäre. Publizität ist ein wesentlicher Garant von Freiheit. Freiheit aber bedarf der Sittlichkeit.



Harald Seubert: Recht ist objektive Freiheit. Bild: Pawlik

> Wir müssen mit Sokrates die »Höhle der Meinungen« verlassen, um zur Wahrheit selbst durchdringen zu können

Ein Topos nach 1945 war es, dass die Deutschen „Land des Gehorsams“ seien und nichts von Freiheit wüssten. Thomas Mann machte diese Vorhaltung in seiner Rede „Deutschland und die Deutschen“ im Mai 1945. Die ganze deutsche Geschichte sollte in dieses Zwielicht gezogen werden – und das nicht nur von den Siegermächten, weitgehend machte man sich selbst die Auffassung zu eigen, die Deutschen hätten keine den westlichen Nationen vergleichbare Freiheitsgeschichte. In dieser Sicht wurde dann die „Westernization“ unseres Landes zur einzigen Quelle seiner Identität – barer Unsinn, wie sich nachweisen lässt. Im 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte man es anders gesehen: Das Alte Reich war eng verknüpft mit den „Deutschen Freiheiten“ und Montesquieu, der große Lehrer der Gewaltenteilung, sprach gar davon, die Freiheit sei aus den Wäldern Germaniens gekommen; allenfalls Polen wurde eine ähnliche Freiheitsgeschichte zugetraut. Diese Freiheit bedeutete im Alten Reich: gelindes Regiment – imperium limitatum, in klarer Abgrenzung gegenüber der südlichen oder auch westlichen Staatsräson. Es war freilich eine staatsimmanente, christlich gebundene Freiheit, mit stark korporativen Elementen.

Realer als die Abwertung deutscher Freiheit ist die Vorstellung, die Deutschen hätten die Freiheit nur als innere Freiheit gekannt, wohingegen die westlichen Nationen ihr äußerlich Manifestation gaben. Doch auch dies hält näherer Prüfung nicht stand. Der deutsche und preußische Freiheitsgedanke ist mehr als nur geträumt. Kant, Fichte, der deutsche Idealismus, aber auch die bewegende Freiheitsthematik in Schillers Dramen, war dies nicht das Komplementärstück zu der Tricolore-Liberté – und haben wir nicht einen guten Grund, darin sogar eine Reife und Reflexionskraft zu erkennen? das Desiderat der ‚Ordnung der Freiheit‘, das sich die Revolution nicht geben konnte? Die deutschen Denker haben, anders als die Französisichen Akteure, immer gesehen, wo die Freiheit sich selbst zu zerstören droht. Einen unmittelbaren Weg von den Teutschen Libertäten des alten Reiches zu einer demokratischen Verfassung wie in Amerika, in der Schweiz oder auch in den Niederlanden hat es indes nicht gegeben. Die Wege der deutschen Freiheitsgeschichte von den Teutschen Libertäten her sind labyrinthisch, wie Hans Maier schrieb. Preußen aber ist anders! Denn im Zeichen der preußischen Staatsidee entwickelt sich ein Freiheitsbegriff, der Freiheit gleichsam als Recht auf Rechtsstaatlichkeit, auf die republikanische Verfassung selbst begreift. Im deutschen Verständnis ist Freiheit damit klassisch sittlich konturiert. Sie ist nicht nur negative Freiheit: Das, worüber die Gesetze schweigen. Freiheit ist im Sinne des Rechtsprinzips der Kantischen Philosophie definiert und begriffen als: „Unabhängigkeit von eines anderen nötigender Willkür, sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammenbestehen kann“. Freiheit sei, so zeigt Kant weiter, „das einzige ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit zustehende Recht“. Gleichheit besteht also zunächst normativ, als gleicher Zugang zu dieser Freiheit. Dies ist, im Kantischen Sinne, der Versuch, den möglichen, ja wahrscheinlichen Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit aufzulösen. Nicht nur der Not- und Verstandesstaat, sondern der sittliche Staat der Freiheit wird in der klassischen deutschen Philosophie, zwischen Kant und Hegel, gedacht. Und Kant führte in diesem Geist weiter aus: „Eine Verfassung von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen, welche machen, dass jedes Freiheit mit der andern ihrer zusammen bestehen kann ... ist doch wenigstens eine notwendige Idee, die man nicht bloß im ersten Entwurfe einer Staatsverfassung, sondern auch bei allen Gesetzen zum Grunde legen muss, und wobei man anfänglich von den gegenwärtigen Hindernissen abstrahieren muss“ . Diese Hindernisse lägen in der menschlichen Natur. Gerade Kant wusste mit dem Prediger Salomo: „Des Menschen Herz ist böse von Jugend auf.“ Dieser Freiheitsbegriff bleibt exemplarisch für die Idee der gewaltenteiligen Republik, des Rechtsstaates. Er konnte so wohl nur vor der preußischen Staats- und Verfassungswirklichkeit gedacht werden. Er gründet sich aber auf eine Verpflichtung des Bürgers. Gerade in diesem Sinn muss man mit dem großen Staatsrechtler Erich Kaufmann festhalten: „Es gibt kein Zurück hinter Kant.“ Der Verpflichtungscharakter war in der Weimarer Verfassung noch explizit enthalten: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert“. In der Bundesrepublik Deutschland manifestiert sich dies eher in der permanenten Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts. Letzter Gegensatz zu diesem Grundsatz jedenfalls wäre das, was Konrad Lorenz die „Verhausschweinung des Menschen“ nannte.

Die skizzierte preußische Bestimmung von Recht als objektive Freiheit ist also keineswegs ein abstrakt idealistischer Höhenflug. Sie hat eine realgeschichtliche Verankerung und sie sollte Verpflichtungscharakter für die Gegenwart haben. Im späten 18. Jahrhundert wurden in Preußen die freiheitlich emanzipatorischen Tendenzen des westlichen Naturrechts aufgenommen. Politische und bürgerliche Freiheit wurden dabei unterschieden. Die deutsche Entwicklung hat auch damit zu tun, dass bis ins 19. Jahrhundert hinein eine untyrannische, sich ihrer Pflichten bewusste Obrigkeit regierte. Nicht zuletzt deshalb konnten die Denker von der anderen Seite des Rheins auch die Krankheit der Französischen Revolution klar sehen. Hegel diagnostizierte die Furie des Verschwindens, angesichts derer eine Hinrichtung nicht mehr sei als das Abschlagen eines Kohlhauptes. Die bürgerliche Gesellschaft, mit ihrem System der Bedürfnisse: der Entfremdung des Menschen als Produzenten und Konsumenten, bedarf eines Haltes von Sittlichkeit. Nach Hegel kann er nur durch die Familie überhaupt dem menschlichen Leben vermittelt werden. Sich anerkennen als sich gegenseitig Anerkennende, dies ist entscheidend. Der Einzelne muss in geformten, konkreten Freiheiten der Gesellschaft entgegentreten können. Hier nennt Hegel die Korporationen. Freiheit bedarf der Rechtssicherung, der sittlichen Fundierung und damit der Institutionen.

Fortsetzung folgt.

Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD



Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.

So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

Gesamtlaufzeit: 1:17:25

Best.-Nr.: 6770, € 12,95



Ingeborg Jacobs
Wolfskind
Die unglaubliche Lebensgeschichte des ostpreußischen Mädchens Liesabeth Otto
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 6923, € 24,90



statt € 19,90 nur € 9,95*

Ingeborg Jacobs
Freiwild/Das Schicksal deutscher Frauen 1945
Geb., 230 Seiten
Best.-Nr.: 6701

*Mängelexemplare

Arno Surminski
Frühlingsausverkauf
Angebot nur gültig, so lange der Vorrat reicht!



statt € 16,95 nur € 10,95

Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039



Der Winter der Tiere Erzählungen
Geb., 222 Seiten
Best.-Nr.: 1657

statt € 18,00 nur € 12,95



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990

statt € 16,95 nur € 12,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926

statt € 22,00 nur € 16,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Winfied Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859, € 10,90



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

Harald Saul
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!

Die Ereignisse in Griechenland und Dubai waren nur ein Vorgeschmack auf das, was noch folgen wird. Seither geht ein neues Schreckgespenst unter den Regierenden um: die Furcht vor einem Staatsbankrott. Jeden kann es treffen, jeder ist gefährdet, aber keiner weiß, wann es sein wird. Angesichts dieser düsteren Aussichten drängen sich fundamentale Fragen auf: Wie lange wird der Dollar noch die Leitwährung sein? Wie lange wird es den Euro noch geben? Kehrt die Inflation zurück? Welche Länder sind akut von einem Staatsbankrott bedroht? Ist auch in Deutschland mit einer Währungsreform zu rechnen? Fragen also, die uns alle angehen, Fragen, die jeden interessieren sollten. Ein Staatsbankrott wird Sie ganz persönlich treffen. In diesem Buch lesen Sie, was Sie wissen müssen und wie Sie richtig reagieren sollten. Michael Grandt ist kein Crashprophet oder Verschwörungstheoretiker, seine Analyse ist fundiert, akribisch recherchiert und mit über 800 Quellenangaben belegt. Er nimmt die bisherigen Staatsbankrotte und Währungsreformen – es gibt davon übrigens mehr als Sie denken – genau unter die Lupe und zeigt, was Ihnen blühen kann. Seine Erkenntnisse sind beängstigend: Der Staat wird auf Ihr Vermögen zugreifen, wenn er mit dem Rücken zur Wand steht. Das hat er immer getan und er wird es auch in Zukunft tun. Wie subtil und trickreich das geschehen kann, aber auch wie Sie sich vor dem Zugriff schützen können und welche Staaten bereits auf der »Kippe« stehen, zeigt das Buch anhand aussagekräftiger Beispiele.

Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940

€ 19,95



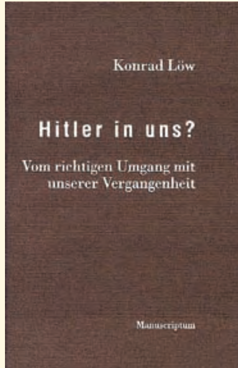
Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95

Elch-Standbild

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



€ 99,95



CD

Günther Ramin,
Interpret-Improvisator, Komponist
Gesamtspielzeit: 73:12 Min,
Mitwirkende: Thomanerchor Leipzig, Gewandhausorchester Leipzig
Best.-Nr.: 6938, € 9,95



Armin Fuhrer / Heinz Schön
Erich Koch - Hitlers brauner Zar
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6913, € 24,90

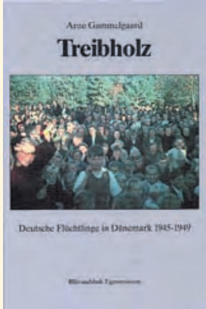
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945–1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945–49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

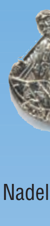
Konrad Löw
Hitler in uns?
Vom richtigen Umgang mit unserer Vergangenheit
Geb., 64 Seiten
Best.-Nr.: 6822, € 7,80

Prof. Dr. Alfred de Zayas
50 Thesen zur Vertreibung
Kart., 52 Seiten
Best.-Nr.: 6635, € 7,00

Geschenkartikel



Albertus klein
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 20 mm, Breite: 17 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6645, € 4,95



Albertus groß
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 32 mm,
Breite: 28 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6644,
€ 6,95

Alberten-Manschettenknöpfe
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6831, € 24,95





Ostpreußen-Provinz-Anstecker
Best.-Nr.: 5889


Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6055


Königsberg-Anstecker
Best.-Nr.: 6056


Westpreußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6504


Sudetenland-Anstecker
Best.-Nr.: 6880


Schlesien - Anstecker
Best.-Nr.: 6778


Elchschaufel-Wappen- Anstecker
Best.-Nr.: 6830


Elchschaufel-Anstecker
Best.-Nr.: 6642


Preußenadler-Flaggen-Anstecker
Best.-Nr.: 6722


Preußen-Anstecker
Best.-Nr.: 6057


Pommern - Anstecker
Best.-Nr.: 6928

Je Anstecker nur € 2,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne

Endlich wieder lieferbar!

24 Lieder aus Ostpreußen

Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.

Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14. Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes Strand, 17. 0 käm das Morgenrot heraruf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen

Best.-Nr.: 6934

Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite



CD

€ 12,95



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten,
mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95



General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb.,160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff- Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95



PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 16/10

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Bundeswehr bietet politische Bildung

Zu: „Kampf ums Klassenzimmer“ (Nr. 14)

Mit Interesse habe ich Ihren sehr gut recherchierten Artikel über die Arbeit der Jugendoffiziere der Bundeswehr gelesen. Gerade die Abgrenzung zur Nachwuchswerbung ist bedeutsam, da es in der Vermittlung sicherheitspolitischer Inhalte eben gerade nicht um die Militarisierung des Unterrichts geht, sondern um ein Angebot der politischen Bildung nach den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses. Art und Umfang der Inanspruchnahme einer Kooperation mit Jugendoffizieren obliegt einzig und allein den Bildungsverantwortlichen, gerade uns ist seit Bestehen der Institution „Jugendoffizier“ 1958 die ausgewogene und kritische Auseinandersetzung mit Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit von Bedeutung. **Hauptmann Dipl.-Kfm. Andreas Mahn, Jugendoffizier München**

Deutscher, nicht europäischer Währungsfonds

Zu: „Aufstand der Neider“ (Nr. 11)

Es war ein Europäischer Währungsfonds (EWF) im Gespräch, den man auch deutschen Währungsfonds nennen kann, denn wer zahlt denn sonst dort noch ein?

Direktzahlungen – auch als EWF getarnt – sind nach dem Lisabon-Vertrag ausdrücklich verboten. Der Vertrag, der erst seit Ende 2009 in Kraft ist, müsste schon wieder geändert werden. Und das heißt, die Büchse der Pandora wird für 27 Staaten geöffnet.

Gelingt die Schließung wieder? Und in welchem Zeitraum? Eins ist sicher: Die vier Professoren, die das so genannte Maastrichturteil erkämpften, werden gegen die laut Lissabon-Vertrag verbotenen Direktzahlungen, auch über den Umweg über ein EWF, vor dem Bundesverfassungsgericht oder dem Europäischen Gerichtshof klagen.

Karl-Hermann Dittmar, Bad Arolsen

Unverblümt

Zu: „Im Kreise unserer Freunde“ (Nr. 11)

Gerade weil wir Kellerkinder Europas seit 1945 so selten einen „Grund zum Schmunzeln“ haben, möchte ich auf den ausgezeichneten, unverblümten Wochenrückblick von Herrn Heckel und die passende Karikatur von Herrn Mohr hinweisen. Da kommt echte Freude auf. Meinen Dank!

Horst Ernst Zarbock, Kassel

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Bergleute sollten für Moschee weichen

Zu: „Neue Attacken“ (Nr. 11)

Mit großer Bestürzung und Tränen in den Augen musste ich hier im Ruhrgebiet in unserer Stadt Herten erleben, dass mein Ratsantrag, die kostenlose Ausstellung „Flucht und Vertreibung, Versöhnung“ nach Herten zu holen, auf Granit gestoßen ist. Alle Parteien, auch die CDU, lehnten meinen Antrag kategorisch ab. Wir haben es trotzdem geschafft, dass die Ausstellung letztes Jahr endlich nach Recklinghausen kommen konnte. Dabei lernte ich auch persönlich die hochengagierte Frau Steinbach kennen. Ich kann Ihnen versichern, dass viele Vertriebene zur Ausstellungseröffnung anwesend waren. Gerade im Ruhrgebiet gibt es sehr viele Vertriebene. Auch meine Mutter stammt aus der Nähe von Königsberg.

Skandalöserweise sollten 2007 ausgerechnet ehemalige Bergleute, darunter auch Vertriebene, für den Bau einer zweiten Großmoschee in Herten (63 000 Einwohner) ihre Bergarbeiterwohnungen freiziehen, damit die türkische Regierungsbehörde Ditib ausgerechnet an dieser Stelle mit großer Unterstützung unseres SPD-Bürgermeisters ihre Pläne umsetzen sollte. Dieses Vorhaben konnte ich mit Bürgern und Anwohnern und mit Hilfe einer Unterschriftenaktion bis heute verhindern.

Die große Gefahr in Deutschland ist, dass junge, unerfahrene Politiker sich um ihren Eid, den jeder Politiker leisten muss, nämlich Schaden vom deutschen Volke abzuwehren, nicht scheren. Diese „Gutmenschen“ überraschen dann auch nicht nach ihrer Wahl, wenn in ihren Vorzimmern, wie bei uns, zwei türkischstämmige Sekretärinnen auftauchen. Die eine von der schon vorhandenen Moschee (VIKZ) und die andere von der noch in Bauplänen stehenden (Ditib) Moschee.

Die ganzen Vorgänge führten dann sogar zu einer Hausdurchsuchung bei mir. Aber seit dem steht fest: Ich bin die bestüberprüfte demokratischste Ratsfrau der Bundesrepublik Deutschland.

Jutta Becker, Herten

Die Kräfte bündeln

Zu: „Partei gesucht“ (Nr. 11)

Neben den vielen wichtigen Nachrichten und Leserbriefen in der *PAZ*, die in den politisch korrekten Medien nicht gebracht werden, hat Frau Bellano mit ihrem Stoßseufzer „Ach, gäbe es doch so eine Partei“ aus den Herzen von Millionen gesprochen. Sie schildert treffend Sorgen und Wünsche von Millionen deutschen Demokraten, welche die Umerziehung mit dem Erfolg der 68er in allen Institutionen beklagen und realistisch in die düstere Zukunft blicken.

„Ach, so eine Partei“ im Bundestag fehlt allerdings noch. Das Hauptproblem hierbei ist, viele kleine solche Parteien, Bewegungen, Verbände und Verbindungen unter einen Hut und in eine einzige Partei zu bringen. Das war bisher leider nicht möglich.

Mit dem beginnenden Wandel des Zeitgeistes, mit dem Zwang zur Vernunft sowie im Hinblick auf die Zukunft für uns und unsere Nachbarstaaten wächst die Erfolgsaussicht, die Kräfte in einer demokratischen Partei zu bündeln.

Bisher marschierten wir getrennt – ohne Erfolg. Jetzt müssen wir vereint den Wahlkampf für eine neue Partei führen. Auf dem Wahlschein kann dann ein „Bündnis für Deutschland“ alphabetisch vor dem Bündnis 90 stehen und die größte Partei der Nichtwähler vom ersten Platz locker vom Hocker hauen. **Heinz-Dietrich Koske, Köln**

DDR war kein Schlaraffenland, aber geordnet

Zu: „Blumen für Clara Zetkin“ (Nr. 9)

In der Berichterstattung über die DDR gibt es seit 20 Jahren immer wieder Entgleisungen, wobei die meisten kaum noch zur Kenntnis genommen werden. Ein Teil des Beitrages hat jedoch berechtigt für einige Empörung, insbesondere bei den Frauen, gesorgt.

1. Wie definiert Herr Fourier eine „Gebärmaschine“? In der DDR lag die Geburtenrate bei etwas 2,5 Kinder je Frau im gebärfähigen Alter.

2. Der größte Teil der Kinder in der DDR wuchs in richtigen Familien auf, mit Mutter und Vater (mit Trauschein), nicht in Mini- oder Homo-Ehen sowie Wohngemeinschaften. Wie in der BRD gab es auch in der DDR Kinder in Heimen. Über die Qualität der Erziehung in den Heimen der BRD kann man sich gegenwärtig in den Medien ausführlich informieren.

3. Das Familienleben war geordnet und sehr wohl war es ein glückliches. Der Arbeitstag war gesetzlich geregelt und wurde genau eingehalten. Längere Arbeitszeiten waren freiwillig und nach Tarif bezahlt. Die Betreuung der Kinder war ganztägig gesichert. Sowohl meine eigenen Kinder als auch alle aus meiner Umgebung wie Verwandte, Freunde, Kollegen, Bekannte und Nachbarn haben eine abgeschlossene Schulausbildung, Beruf oder Studium. Es sind ordentliche und arbeitssame Menschen geworden. Chaos im Arbeits- und Familienleben gibt es erst bei den nach der so genannten Wende Herangewachsenen, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit, an deren Symptomen (nicht an den Ursachen) jede Bundesregierung seit Jahrzehnten doktert. Im Schlaraffenland lebten wir nicht, wohl aber der größte Teil der Bevölkerung in geordneten und sozial sicheren Verhältnissen. **Josef Spill, Rostock**

Leuchtturm in der deutschen Presselandschaft

Zu: *PAZ*

Vielen Dank für Ihr Probeabonnement. Auf die *PAZ* bin ich nur durch Zufall gestoßen, da ich auf der Suche im Internet nach mehr Informationen über die alte Heimat meiner Familienvorfahren war. Nun hat mich die *PAZ* so beeindruckt, dass ich sie für eine Bereicherung unserer Gesellschaft halte, die leider immer mehr die Werte unseres Zusammenlebens verdrängt und durch Ignoranz ersetzt.

Hier werden auch Themen angesprochen, die allzu gerne verschwiegen werden. Sei es über den Lissaboner-Vertrag, der unsere nationale Verfassung langsam unterminiert, was meiner Meinung nach gegen Artikel 146 des Grundgesetzes verstößt, oder auch die Schwächen unserer Sozialen Marktwirtschaft, die leider immer mehr ausgenutzt werden. Die traurige Schieflage unserer Politik ist eigentlich nicht mehr zu übersehen, aber sie wird doch zu oft übersehen, sei es durch Verschleierung, durch Nicht-Aufklärung der Bevölkerung oder durch endlose Diskusionen, die doch nur zu halbweisen Kompromissen führen, die als Großtat verkauft werden.

Hier sehe ich die *PAZ* als einen Leuchtturm in der deutschen Presselandschaft, der, so hoffe ich, noch viel mehr Leser erreichen wird. Obwohl ich leider feststellen musste, dass die *PAZ* schwer in unserem Zeitungshandel zu entdekken ist, da sie meist an unübersichtlichen und halb versteckten Stellen zu finden ist. Es ist wohl noch einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten, dass es sich nicht um einen Ableger irgendeiner rechtsextremen Organisation handelt. Hier ist wohl auch jeder Ihrer fleißigen Leser gefragt, zur Aufklärung beizutragen.

Ich jedenfalls habe mich bereits entschieden und werde weiter ein Anhänger der *PAZ* bleiben.

Andreas Pienkohs, Lichtenau

Gottes Segen!

Zur: *PAZ*

Erst jetzt komme ich dazu, Ihnen für die ausgezeichneten Beiträge in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* herzlich zu danken. Die *PAZ* hat sich unter Schriftleitung von Konrad Badenheuer zu *der* konservativen Zeitung – neben der „Jungen Freiheit“ – gemacht. Besonders erfreut bin ich, dass sie dem christlichen Glauben immer wieder Raum gibt. Dies gilt vor allem für das Interview mit Pastor Ulrich Rüß zu den Aufgaben der evangelischen Kirche. In derselben Nummer 10 haben Sie zwei weiteren konservativen Publizisten, den Professoren Klaus Hornung und Harald Seubert, Raum gegeben.

Ihnen und Ihrer Arbeit wünsche ich alles Gute und Gottes Segen! **Dr. Rolf Sauerzapf, Kassel**

Petition gegen die Zeitumstellung

Zu: „Nur Nachteile“ (Nr. 13)

Der Artikel von Herrn Badenheuer macht deutlich, dass die Zeitumstellung überflüssig ist, weil Kosten und gesundheitliche Probleme in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen. Obwohl der Bundesregierung das längst bekannt ist, nimmt sie diese Fehlentscheidung nicht zurück, was kein gutes Zeichen für Reformfähigkeit ist. Die Bundesregierung erklärt sich für nicht zuständig und verweist auf die EU. Regierung, EU und Opposition müssten eigentlich gemäß ihrem eigenen Anspruch bezüglich ihrer Dauerpropaganda für den Klimaschutz handeln, weil die Zeitumstellung zusätzliche Energie verbraucht.

Über die Zeitumstellung könnte nach einer Aufklärungsphase sehr einfach durch eine Volksabstimmung entschieden werden. Volksabstimmungen sind eine wichtige Weiterentwicklung der Demokratie. Die Parteien fürchten um ihren Einfluss bei der Bevormundung der Wähler und suggerieren dem Wahlvolk, das Grundgesetz sehe Volksentscheide nicht vor. Das könnten sie aber ändern, wie es sehr oft geschehen ist. Da sie das im Fall der wichtigen Einbindung des Volkes in die Gestaltung der Demokratie nicht tun, untermauern sie ihre Unglaubwürdigkeit.

In einer Veröffentlichung der *PAZ* im Jahr 2009 wurde über ein wissenschaftliches Experiment berichtet, wonach eine Sachlage von „Experten“ und einer größeren Anzahl „Nichtexperten“ aus dem „einfachen Volk“ beurteilt werden sollte. Im Ergebnis lagen öfter die „Experten“ falsch und die Mehrheit der „Nichtexperten“ richtig, das heißt, es gibt sogar einen wissenschaftlichen Beleg, dass Volksbefragungen und -entscheide sehr sinnvoll sind.

Freiwillig werden die Parteien diesen Weg nicht gehen, weil sie die Bevormundung weiterhin zum eigenen Vorteil praktizieren wollen. Gemäß Grundgesetz beteiligen sich Parteien lediglich an der Willensbildung des Volkes. Sie haben aber nicht das Recht, dem Volk ihren Willen aufzuzwingen.

Wer sich an einer Petition mit dem Anliegen zur Abschaffung der Zeitumstellung durch Volksentscheid mit Änderung des Grundgesetzes beteiligen möchte, kann sich unter Telefon (0541) 15856 an mich wenden.

Siegfried Neckritz, Osnabrück

Kohl gehört nicht neben Bismarck

Zu: „Runde Geburtstage“ (Nr. 13)

Als ich in freudiger Erwartung die Osterausgabe der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* in die Hand nahm, irritierten mich zunächst die beiden Köpfe auf der Titelseite. Ein Aprilscherz – eine bewusste Provokation? Denn dort wurden zwei deutsche Politiker geehrt, die in ihren Verdiensten um Deutschland gegensätzlicher nicht sein konnten.

Der Preuße Bismarck besitzt große Verdienste als Architekt und Kanzler des Deutschen Reiches sowie als Begründer einer Sozialgesetzgebung, um die uns noch heute die halbe Welt beneidet. In Augenhöhe daneben der Pfälzer Kohl: Er hat sich als Kanzler der Wiedervereinigung feiern lassen, obwohl sein Verdienst nur darin bestand, ein großzügiges Geschenk der Russen nicht ausgeschlagen zu haben. Er hat weder die versprochenen „blühenden Landschaften“ geschaffen noch sein Wirtschaftsprogramm „Aufbau Ost“ erfolgreich beendet. Zurückgeblieben ist ein mitteldeutscher Torso.

Und geblieben sind auch große Unterschiede im Lebensstandard, so dass der Graben zwischen West- und Mitteldeutschland auch nach 20 Jahren „Einheit“ noch immer existiert.

Von einer vollzogenen „Deutschen Einheit“ kann keine Rede sein, solange dieser Graben der Ungleichheit und permanenten Demütigung die Menschen trennt. Und solange hat Herr Kohl auch kein Denkmal verdient.

Dietrich Link, Leipzig

Hutu und Tutsi waren gleichermaßen Opfer und Täter

Zu: „Christen, Muslime und Juden streiten um Erdöl“ (Nr. 13)

Es ist eine bittere Wahrheit, dass die westliche Medienberichterstattung zu den vielfältigen Kulturen und Mentalitäten in den Ländern und ethnischen Gruppen des afrikanischen Kontinents überaus mangelhaft ist, leider auch hinsichtlich komplexer historischer und geopolitischer Zusammenhänge. Nach wie vor werden Klischees aus grauer Kolonialzeit bedient, werden Wahrheiten kreiert, die der politischen Korrektheit und dem ideologischen Leitfaden in den rohstoffdürstenden Industrieländern schmeicheln, sowie die negative Faktenlage potenziert und verallgemeinert, während die zahlreichen positiven Tatsachen kaum oder gar keine Berücksichtigung finden.

Der Genozid in Ruanda 1994 und das brisante Verhältnis zwischen den direkt betroffenen Volksgruppen der Hutu und Tutsi hätte aufgrund der Komplexität dieses Themas einen eigenständigen Artikel verdient und erfordert, ganz sicher nicht kümmerliche vier Sätze, noch dazu in dieser Form. Sowohl Hutu als auch Tutsi waren gleichermaßen Opfer und Täter. Man sollte dabei nie vergessen, dass Gründe für abscheuliche Taten oft jahrzehntelang erfahrene Unterdrückung und Demütigung sind. Im Jahr 1959 erhob sich die Hutu-Mehrheit zum ersten Mal nachhaltig in einem blutigen Aufstand gegen die elitäre Tutsi-Minderheit, welche sie bis dahin in allen Belangen systematisch unterdrückt hatte. Während 1962 erstmals eine Hutu-Partei Ruanda in die Unabhängigkeit führte, wurde eine solche Wahl im Nachbarland Burundi von der Tutsi-dominierten Armee mit blutiger Gewalt verhindert, und die Tutsi-Minderheit konnte ihre Vorherrschaft dort auch weiterhin sichern. Von der internationalen Staatengemeinschaft weitestgehend ignoriert, wurden von den Machthabern in Burundi alleine im Jahr 1972 200 000 Hutu-Intellektuelle ermordet. Erst 1993 gab es in Burundi auf internationalen Druck hin freie Wahlen, und ein Hutu wurde Staatspräsident. Er wurde kurze Zeit später von Tutsi-Militärs ermordet, und eine Massenflucht von Hutus über die Nordgrenze nach Ruanda war die Folge. Der gärende ethnische Konflikt entlud sich schließlich im Jahr 1994 als Genozid, nachdem kurz zuvor das Flugzeug des ruandischen Staatspräsidenten, wiederum ein Hutu, mit einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen worden war. Die Hutu machten Tutsi dafür verantwortlich, und unabhängige internationale Untersuchungen und Recherchen in den folgenden Jahren sollten diesen Verdacht noch erhärten. Neuer Staatspräsident wurde bezeichnenderweise ein Tutsi. Es sei noch erwähnt, dass die Vergeltungsmaßnahmen der Tutsi-Armee Ruandas Zigtausenden Hutus das Leben gekostet haben – zum größten Teil wehrlose Zivilisten. So nahm man 1996 sogar Flüchtlingslager von Uno und NGOs in der kongolesischen Kivu-Provinz unter schweres Artillerie- und Granatfeuer – ein reines Vernichtungsfeuer. Auch zur Mitverantwortung Großbritanniens und der USA am besagten Völkermord und seinen weiteren Folgen ließe sich wie zum gesamten Thema noch vieles sagen. Doch das würde an dieser Stelle zu weit führen.

Andreas Reinhardt, Berlin

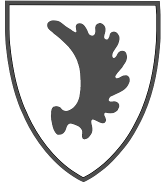
Gegenposition?

Zu: „Jeder für sich und doch gemeinsam (Nr. 14)

Rebecca Bellano schreibt geradezu ein Loblied auf die „Jül“, das jahrgangsübergreifende Lernen, drei bis vier Jahrgänge in einer Klasse mit nur einer Lehrerin und 21 Schülern – doch das ist eine Unterrichtsform, die anderswo Eltern reihenweise zur Verzweiflung bringt.

Wir sind gespannt, ob diesem Bericht auch eine Darstellung der Gegenposition folgen wird. Oder gleich mehrere, zum Beispiel von Eltern und Lehrern aus Berlin?

Friedrich F. Zuther, Berlin



Das Ostpreußenblatt



Nr. 16 – 24. April 2010

Schröders »Ich-AG« in Königsberg

Gegen steigende Arbeitslosigkeit versuchen die Russen es mit einem deutschen Rezept – und bekommen ähnliche Probleme

Seit Beginn der Wirtschaftskrise ist im Königsberger Gebiet wie auch andernorts in der Russischen Föderation die Arbeitslosenquote stark gestiegen. Selbst Fachkräfte sind nur schwer zu vermitteln. Seit kurzem sieht ein Regierungsprogramm die Schaffung von „Ich-AGs“ für risikofreudige Arbeitslose vor.

Kaum ein Russe hätte sich träumen lassen, dass er das Wort „arbeitslos“ noch einmal aussprechen müsste. In den vergangenen zehn Jahren litt Russland stets an einem Mangel an Arbeitskräften. Das hat sich mit der Krise schlagartig verändert. Doch wie stellt sich das Problem der Arbeitslosigkeit nun dar, wo es doch laut Regierung allmählich wieder aufwärts gehen soll? Können die Arbeitsvermittler wieder ausreichend Arbeitsplätze anbieten?

> Im Königsberger Gebiet rechnet man mit 700 »Ich-AGs«

In den vergangenen anderthalb Jahren musste im Königsberger Gebiet eine ganze Reihe von Industriebetrieben ihre Tore schließen, vor allem in den Bereichen Elektrotechnik, Kühlschrankmontage und Möbelbau.

Im Königsberger Hafen fielen viele Arbeitsplätze weg, auch im Baugewerbe und in der Automontage gab es Entlassungen. Insgesamt verloren laut offizieller Statistik über 18000 Menschen ihre Arbeit. Dabei sind nur diejenigen gezählt, die sich bei der Arbeitsvermittlungsagentur als arbeitssuchend gemeldet hatten. Zählt man die „versteckte“ Arbeitslosigkeit hinzu (diejenigen, die nicht oder aber auf eigene Faust Arbeit suchen) und diejenigen, die Teilzeit arbeiten oder sich teils für mehrere Monate im unbezahlten Urlaub befinden, so übersteigt die tatsächliche Arbeitslosenzahl die offizielle um ein Vielfaches.

Eine Besonderheit des Königsberger Gebiets besteht darin, dass die Arbeitslosigkeit ungleichmäßig verteilt ist. Kann man in Königsberg zumindest noch gering bezahlte Arbeit finden, so gibt es in den übrigen Kreisen des Gebiets meist nicht einmal mehr diese, so dass die Menschen ihr Glück in der Hauptstadt versuchen.

In Königsberg stehen derzeit für alle Arbeitslosen ungefähr 3000 offene Stellen zur Verfügung. Welche Berufe sind heute gefragt und wie werden sie bezahlt? Der Unterschied der Gehälter ist groß, für ein und dieselbe Tätigkeit werden völlig unterschiedliche Löhne gezahlt. Ein Abteilungsleiter kann beispielsweise mit einem Gehalt von umgerechnet 204 bis 764 Euro rechnen. Ein einfacher Mitarbeiter verdient zwischen 5000 und 10000 Rubel (127 und 255 Euro). Einige Arbeitgeber bieten sogar einem Generaldirektor nur ein Gehalt um 7000 Rubel (178 Euro) an, eine absolut lächerliche Summe, besonders, wenn man die Anforderung an die Bewerber bedenkt: Sie sollen eine leitende Tätigkeit in einem ausländischen Unternehmen vorweisen können, zwei Fremdsprachen beherrschen, Erfahrung in einem vergleichbaren Bereich und mindestens fünf Jahre Berufserfahrung haben. Ein solches Gehalt liegt kaum über dem in Königsberg geltenden Mindesteinkommen von 6000 Rubel (153 Euro). Tatsächlich wird in diesem Falle hinter verschlossenen Türen aber über ganz andere Zahlen verhandelt werden. Im Königsberger Gebiet, wie auch in der ganzen Russischen Föderation, ist es üblich, offiziell wenig zu zahlen, und den Rest des vereinbarten Gehalts im „Umschlag“ zu überreichen, um Steuern und Sozialabgaben zu „sparen“.

Ein Ingenieur oder Fahrer erhält auf diese Weise offiziell 5000 Rubel (127 Euro), der Direktor eines Unternehmens von 7000 (178) bis 45000 Rubel (rund 1150 Euro), ein Maurer von 5000 (127) bis 20000 Rubel (510 Euro). Die meisten gut bezahlten Stellen werden der Arbeitsvermittlung erst gar nicht gemeldet, worüber die Arbeitsämter klagen.

Vor allem offene Stellen für Fachleute in privaten Unternehmen werden der Arbeitsvermittlung noch gemeldet, denn viele Arbeiter nehmen zur Zeit an Fortbildungsprogrammen teil. Nach erfolgreicher Beendigung der Kurse werden die Teilnehmer potentiellen Arbeitgebern vorgestellt. In letzter Zeit hat deren Nachfrage jedoch deutlich abgenommen. Darüber hinaus werden berufsbegleitende Umschulungen angeboten. Dieses Programm gibt es erst seit kurzem. Es setzt auf die Selbständigkeit, das heißt, die Teilnehmer dieses Programms erhalten vom Arbeitsamt umgerechnet 1500 Euro dafür, dass sie über eine Beschäftigungsagentur ihr eigenes Unternehmen gründen und sich als eine Art „Ich-AG“ registrieren lassen. Wenn dieser Alleinunternehmer weitere Arbeitslose bei sich beschäftigt, erhält er zusätzlich denselben Betrag für jeden Beschäftigten. Bislang haben 200 Arbeitslose ihre Geschäftsidee eingereicht, im gesamten Gebiet rechnet man mit der Gründung von 700 solcher „Ich-AGs“. Diese Maßnahme wird die Arbeitslosenproblematik allerdings nur wenig entschärfen. Die überwiegende Mehrheit der neuen „Unternehmer“ lebt zudem als Kleinhändler vom Wiederverkauf von Waren, die sie aus der Türkei oder China beziehen.

In diesem Jahr ist die Zahl der Einzelunternehmer, die aus der Kranken- und Rentenversicherung ausgeschlossen wurden, um das Zweieinhalbfache gestiegen. Diese subventionierte Konkurrenz hat viele der bereits bestehenden Kleinunternehmer zur Geschäftsaufgabe gezwungen.

Jurij Tschernyschew



Straßenhändler: Sind Eigenininitiativen dieser Art eine Lösung des Problems Arbeitslosigkeit? Bild: Tschernyschew

Fluglosten und Techniker streiken

Seit Mitte April haben sich 60 Fluglotsen und Techniker aus Ostpreußens Hauptstadt Königsberg dem Streik angeschlossen, den ihre Kollegen aus 20 russischen Städten seit März führen. Es geht um den Kollektivvertrag, den die Staatliche Luftfahrtaufsicht am 19. Mai 2009 mit der Lotsengewerkschaft schloss. Chef der Aufsichtsbehörde ist Walerij Gorbenko, bis 2001 Luftwaffenkommandeur im Nordkaukasus. Jetzt hat er im Vertrag von 2009 die Bestimmungen für Urlaub und Abfindungen geändert, was die Lotsen mit Arbeitskampf beantworten. Ihren Kampf nennen sie „golodowka“ (Hungerstreik), was bislang nur ihre Entschlossenheit symbolisierte. Mit dem Beitritt der Königsberger Lotsen zur Streikfront soll nun Ernst gemacht werden. Wie ihr Sprecher Konstantin Kiselew erklärte, suchen sie eine Bleibe, wo sie gemeinsam hungern können, bis der alte Vertrag wieder gilt und Vertragsfälscher Gorbenko entlassen ist. *Wolf Oschlies*

Spendenaufruf der Bruderhilfe Ostpreußen für die Landsleute in der Heimat

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*,

in einer Welt, die immer weiter auseinanderdriftet, besinnt sich die Bruderhilfe auf das Wesentliche – Hilfe am Menschen. Noch immer gibt es hilfsbedürftige deutsche Landsleute in der Heimat, denen es am Notwendigsten mangelt.

Aus diesem Anlass wende ich mich auch in diesem Jahr wieder hoffnungsvoll an Sie, denn wir brauchen Ihre Unterstützung.

Hohe Arbeitslosigkeit und Altersarmut haben sich seit der Weltwirtschaftskrise noch weiter verschlimmert. Die medizinische Versorgung ist kaum erschwinglich. Es fehlt am Wesentlichen – an Heizmaterial, an Kleidung und Medikamenten. Umso wichtiger ist es, dort anzusetzen, wo die Hilfe dringend benötigt wird. Dieser Aufgabe stellt sich die Bruderhilfe Jahr für Jahr – mit Hilfe Ihrer Spenden.

Russlanddeutsche im Königsberger Gebiet haben wir seit 1992 in unsere Fürsorge einbezogen. Unter besonderer Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen stehen die Wolfskinder, die nach dem Krieg vielfach nur ihr nacktes Leben retten konnten.

Ihrer deutschen Identität beraubt, konnten sie sich erst nach der Wende im Osten in einem Verein zusammenfinden und ihre Interessen nach außen vertreten. Materielle Hilfe und ideelle Unterstützung haben hier einen ganz besonderen Stellenwert. Durch die finanzielle Zuwendung erfahren sie nicht nur ganz neue wirtschaftliche Möglichkeiten, sondern auch ihr Selbstwertgefühl wird positiv beeinflusst. Zudem reißt die zwischenmenschliche Verbindung nicht ab, die Daheimgebliebenen erfahren, dass sie auch nach all den Jahren nicht allein gelassen werden, und das für sich ist schon ein großer Trost.

Um die kulturellen und emotionalen Bindungen zu unseren Landsleuten in Ostpreußen aufrecht zu erhalten, werden wir im Jahr 2011 eine größere Anzahl von Mitgliedern der Deutschen Vereine in Ostpreußen zum Deutschlandtreffen nach Erfurt einladen. Gemeinschaft erleben als Teil der weltweiten Ostpreußen-Familie stärkt auch die eigene Identität.

Immer wieder erreichen uns Hilferufe von in Not geratenen Landsleuten. Hier helfen wir schnell und unbürokratisch im Rahmen einer Einzelfallentscheidung. Diese Notfallhilfe erstreckt sich gelegentlich auch auf Landsleute, die in der Bundesrepublik leben.

Bitte unterstützen Sie unsere humanitäre Arbeit und helfen Sie mit, Landsleuten mit einer Spende mehr Lebensqualität zu geben.

Im Namen des Bundesvorstandes und im Namen unserer bedürftigen Landsleute in Ostpreußen bedanke ich mich schon jetzt sehr herzlich für Ihre Unterstützung und Anteilnahme an unserer Arbeit.

Wilhelm v. Gottberg

Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen
Vorsitzender des Vereins Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e. V.

Wenn Sie spenden möchten, bedienen Sie sich bitte des beiliegenden Überweisungsträgers, der auch als Vorlage bei Ihrem Finanzamt gelten kann, oder überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der *Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e. V. bei der HSH Nordbank, Konto-Nr. 600 502 000, BLZ 210 500 00.*

»Der Minderheit eine Stimme geben!«

Mit einem Planspiel versucht die deutsche Volksgruppe in der Republik Polen die Jugend besser anzusprechen

Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), der Verband der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren sowie das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz haben in Allenstein das Planspiel „Der Minderheit eine Stimme geben!“ durchgeführt. Ehrenpatronin des Projekts war die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper (FDP).

Projekte mit der deutschen Minderheit als Hauptakteur finden regelmäßig statt. Allerdings wenden sich diese zumeist an die Jugend, denn „die Jugend ist unsere Zukunft“, hat die deutsche Minderheit ganz richtig erkannt. Ihre Mitgliederzahlen sinken alljährlich – mancherorts moderat, andernorts rasant. Und unter den Aktiven der Gesellschaften in Ermland und Masuren dominieren ältere Menschen. Um Jugendliche für das Wirken in ihrer jeweiligen Gesellschaft zu animieren, ist es deswegen wichtig, dass weiterhin Jugendprojekte angeboten werden.

Dennoch gewinnt für die Belebung des Kulturlebens der deutschen Minderheit eine andere Komponente an Bedeutung: der Dialog zwischen Jung und Alt. Reibungen zwischen den Generationen sind so alt wie die Menschheit und trüben oft das Miteinander: Die Alten fühlen sich von „aufbrausenden“ Jungen überrumpelt, die Jungen von „überheblichen“ Alten nicht ernst genommen.

Die Premiere fand in Allenstein statt

Für das Planspiel „Der Minderheit eine Stimme geben!“ vom 26. bis 28. Februar war der generationsübergreifende Dialog denn auch eines der Hauptziele. Unabhängig vom Alter schlüpften die Teilnehmer in diverse Rollen und übten in Diskussionen und Debatten, ihre Meinung zu sagen. So lernten sie, dass sie in der pluralistischen, demokratischen Gesellschaft eine Stimme haben. Ob ehrgeiziger Politiker der PiS-Partei, fortschrittlich denkender Pastor oder schlichtend eingreifende Vertreterin des Woiwoden – ob jung oder alt, alle mussten für die Dauer des Planspiels jeweils die (politischen) Überzeugungen vertreten, die ihr Rollenprofil vorgab. Engagierte Stadtbürger diskutierten mit zaghaften Vertretern der deutschen Minderheit, der junge Bürgermeister stellte sich penetranten Fragen der Journalisten von „Radio Magdalena“ und der neugewählte Vorsitzende der Gesellschaft der deutschen Minderheit argumentierte vor seinen Vorstandskollegen. Dabei waren die 35 Teilnehmer in ihren 35 Rollen alle mit einer sie alle involvierenden Frage befasst: Gelingt es ein gemeinsames Haus zu etablieren, ein Haus der Begegnung und des kulturellen Wirkens in ihrer fiktiven Stadt Kleinplätzchendorf?

Ob es gelungen ist, ein solches Haus zu schaffen, ist an dieser Stelle nebensächlich. Wichtig im Planspiel waren die Prozeduren der Entscheidungsbildung, die Verhandlungen und Streitgespräche.

Das Interesse an dem Projekt hatte die Erwartungen der Organisatoren bereits vor seiner Durchführung übertroffen. Es wurde von ihnen als ein Werkzeug mit großem bildungspolitischen Potenzial vorgestellt, das die Emanzipation der Zivilgesellschaft unterstützt. Daher waren neben den Teilnehmern selbst – von den 40 Anmeldungen konnten nur 35 Personen berücksichtigt werden – auch deutsche und polnische Diplomaten sowie Funktionsträger der deutschen Minderheit an seinem Verlauf interessiert.

Ehrenpatronin des Projekts war Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Sie sowie der deutsche Botschafter in Warschau, Michael Gerdts, richteten ein schriftliches Grußwort an die Projektteilnehmer. Persönlich bei der feierlichen Eröffnung anwesend waren Joachim Bleicker, Generalkonsul der Bundesrepublik in Danzig, Wiktor Leyk, Chef der Sejmikkanzlei der Woiwodschaft, Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Norbert Rasch, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD), sowie als Vertreter der drei institutionellen Organisatoren: Urban Beckmann, Leiter des Fokus Integration und Medien des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), Henryk Hoch, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren und Rafał Bartek, Geschäftsleiter des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz.

Das nächste Mal im Oppelner Schlesien?

Die Evaluation zum Projektabschluss zeigte, dass das Unterfangen ein Erfolg war: Junge und ältere Teilnehmer lobten den Lerneffekt des Planspiels. Das Interesse, sich ehrenamtlich zu engagieren und seine „Stimme“ vernehmen zu lassen, ist gestiegen. Eine umfassende Sammlung der Projektergebnisse in Form einer Publikation wird vorbereitet. Sie soll das als Pilotprojekt in Allenstein durchgeführte Planspiel auch andernorts anwendbar machen und ist ab Frühherbst über das ifa zu bestellen: www.ifa.de. Als erste haben die Oppelner Schlesier Interesse an dem Planspiel signalisiert.

Silvia Kribus

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es ist selten, dass ein einziger Bericht unsere Kolumne füllt, denn die vielen Zuschriften mit gänzlich unterschiedlichem Inhalt benötigen eben ihren Platz. Dazu kommt, dass die aktuellen Themen nicht lange warten dürfen. Heute jedoch müssen wir aber wieder eine Ausnahme machen, denn Herr **Hartmut Priebe** aus Gelsenkirchen fand im Nachlass seines Vaters eine alte Aufzeichnung, von der er meint, dass sie für unsere Leserinnen und Leser von Interesse sein könnte. Dieser Auffassung können wir nur zustimmen, denn die beiden mit Schreibmaschine beschriebenen Seiten erweisen sich als ein untrügliches Zeitbild von dem zerstörten Königsberg nach der Russenbesetzung. Aufgeschrieben nach Augenzeugenberichten am 9. April 1946 von einem unbekannten Verfasser, der wohl auch aus Königsberg stammte und vermutlich Mediziner war. Wie der Bericht in den Besitz von **Willy** Priebe, * 1902 in Königsberg, gekommen ist, weiß der Sohn nicht. Vielleicht gehörte dieser zu dem Kreis von Flüchtlingen, die sich im Frühjahr 1946 in Lübeck zusammen fanden, um über ihre Erlebnisse zu sprechen. Er könnte ihn aber auch später erhalten und ihn wegen seines dokumentarischen Inhaltes aufbewahrt haben. Das spielt aber keine Rolle, von Wichtigkeit ist allein, dass diese Aufzeichnungen unzerstört und unverfälscht erhalten blieben und somit als unbestechliche Zeitdokumente anzusehen sind.



Königsberg 1944/45: Der Dom und die die Alte Universität Bild: Archiv

Nun gibt es viele Berichte in Büchern und Schriften, auf Kassetten und CD, die ein Spiegelbild jener Zeit sind, zumeist aus eigenem Erleben niedergeschrieben sind und somit biographischen Charakter haben. Sie besitzen nicht nur einen dokumentarischen, sondern oft auch einen hohen literarischen Stellenwert. Den hat dieser Bericht nicht, denn er war lediglich als Aufzeichnung der Aussagen von Vertriebenen gedacht, kurz nach dem Verlassen der zerstörten Heimat und der Ankunft in dem damals in Zonen geteilten Deutschland. Es gab keine anderen Kommunikationsmöglichkeiten als das gesprochene oder aufgeschriebene Wort, deutsche Zeitungen erschienen noch nicht. Ein Brief mit Mitteilungen über den Heimatort und das Schicksal von Angehörigen oder Bekannten wurde an andere Landsleute weitergegeben, und wo man sich auch traf, waren die ersten Worte: „Wisst ihr etwas über ...?“ So war auch diese Aufzeichnung als Information über die unbekannte Lage der Menschen in der verlassenen Heimat gedacht, die weitergegeben werden konnte. Deshalb sind auch die Angaben über den Anfang des Jahres 1946 aus dem nördlichen Ostpreußen gekommenen Vertriebenen fast stichwortartig gehalten, die Aussagen kurz und knapp formuliert, um soviel Informatives wie möglich auf zwei Seiten bringen zu können – Papier war Mangelware!

So enthält der Bericht eine Fülle von Namen und Schicksalen, die auch heute noch unsere Landsleute interessieren werden, weil diese bisher lückenhaft waren oder noch nie so verdeutlicht wurden. Das ist eben das Besondere an dieser Aufzeichnung, die auch Herrn Priebe veranlasst haben, sie uns zu überlassen. Er schreibt: „Möglicherweise enthält dieser Bericht auch historisch verwertbare Details über Personen und Sachverhalte, die für ein zuständiges zentrales Archiv von Interesse sind.“ Aber eben nicht nur für die Archive, sondern vor allem für viele Vertriebene aus Ostpreußen.

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Ich habe diesen Bericht nicht redigiert noch irgendwelche Veränderungen oder Ergänzungen vorgenommen, weil sonst seine Authentizität verletzt werden könnte. Und deshalb gebe ich ihn so weiter, wie er am 9. April 1948 in Lübeck von unbekannt aufgeschrieben wurde:

„Von Eydtkuhnen bis Königsberg soll die Bahn bereits auf russischer Spur laufen. Die Bahn läuft bis Elbing sonst wie vor. Alle Nebenbahnen wie Labiauer, Königsberg–Allenstein, Königsberg–Bartenstein, Königsberg–Gerdauen wie die Bahn nach Rauschen existieren nicht mehr. Die Bahnhöfe auf den benutzten russischen Strecken tragen russische Namen. Ab und zu sieht man in der Stadt organisierte Wasserwagen, vor die 30 bis 40 Menschen gespannt sind, um Wasser aus dem Schlossteich zu holen. Von den Häusern in Königsberg soll fast alles vernichtet sein. Hin und wieder steht noch ein Haus wie in der Königstraße/Königseck.

Eine Cousine des Berichterstatters war in Rauschen, wo es nicht mehr zum Aushalten war. Sie ist nach einer abenteuerlichen Flucht in Berlin eingetroffen. Ihre Mutter, Frau des verstorbenen Prof. **Hilbert**, wurde mit ihr aus der Villa vertrieben und starb an Hungertyphus in einer kleinen Bude am Carlsberg. Sie hat ihre Mutter eigenhändig beerdigen müssen. Die Villa wurde restlos ausgeplündert. Kreisleiter **Wagner** ist aufgehängt. Der Volkssturm hat bis zum letzten Blutstropfen gekämpft. 80 Prozent sind gefallen, darunter Oberbürgermeister **Will**, Hafendirektor **Berenda**, Oberbaurat **Müller**, 50 Jahre alt, Stadtamtmann **Eberhard**, 60 Jahre alt und so weiter. Ein Teil des Volkssturmes hatte sich unter Leitung des Stellvertretenden Gauleiters **Groscher – Koch** hatte sich ja in Sicherheit gebracht – in das Polizeipräsidium zurückgezogen und ist dort in die Luft gesprengt worden. 36-stündiges Artillerie-Bombardement, Vororte fast restlos vernichtet bis auf Juditten, da wohnen Russen. Der Mob hat neun Tage lang geplündert. 200 000 Menschen sind noch in Königsberg zurück geblieben, täglich sterben 3000 bis 4000. Brot für Arbeiter 400 Gramm, für andere 200 Gramm. Alles andere muss man sich selber besorgen.

Von den Krankenhäusern arbeiten wieder das Krankenhaus der Barmherzigkeit, das Städtische Krankenhaus an der Pillauer Landstraße und das Katharinen-Krankenhaus, Leitung Prof. **Starlinger**, **Böllner** und **Erhardt**. Das städtische Krankenhaus sowie die Barmherzigkeit sind jetzt das Central-Krankenhaus. Bei der Zusammenlegung der Krankenhäuser mussten die Schwestern die Kranken auf dem Rücken tragen. Dr. **Frick**, **Hoffmann** und **Kunze** sind auch noch in Königsberg, Prof. **Joachim** hat sich erschossen. Prof. **Unterberger**, Dr. **Gauer** und **Teichert** sowie Frau Dr. **Kunkel** haben sich vergiftet. Pfarrer **Richter** ist bis zum Juni in Königsberg geblieben, er musste die Leichen selber beerdigen.

Karl Leibinnes, Mitinhaber von Gustav Scherwitz, schreibt unterm 9. November 1945, dass in Königsberg Seuchen ausgebrochen sind, die viele Menschen dahinraffen. Weitere Selbstmorde: Prof. **Bonn**, Rechtsanwalt **Kaschade**, Oberstaatsanwalt **Lüdicke** – einige wenige aus der großen Zahl. Der Apothekenbesitzer der Kronen-Apotheke auf dem Rossgarten hat Königsberg erst am 2. November verlassen und die obigen Angaben bestätigt. Er wurde nach der Besetzung mit allen Männern durch die Sammellager ins Samland verschleppt und dann in dem Ambulatorium Kalthof eingesetzt. Er schätzt die Zahl der Sterbenden täglich auf 4000 bis 5000. Ein anderer Leidensgefährte erzählt, als er im Krankenhaus war, starben in 24 Stunden zehn bis 15 Menschen. Man könnte also in ganz Königsberg überall eine Null anhängen. Beim letzten Brotmarkenempfang haben sich noch 30 000 gemeldet, beim vorletzten 40 000.

Von Ärzten haben sich niedergelassen: Dr. **Siegfried** in Rostock, Dr. **Riebes** in Wismar, Dr. **Wold** in Wismar, Frau Dr. **Skibba** in Kleinchendorf/Holstein. Frau Dr. **Riesinger** in Stolp. Von Dr. **Bülow** und Dr. **Weissenberg**, die auch in Königsberg geblieben sind, ist bisher nichts zu hören gewesen. Ihre Frauen warten bisher vergeblich auf sie in Gera beziehungsweise Lübeck, Frau Dr. **Piontek** ist in Ruhpolding, Café Forsthaus bei Schiffmann. Ehemalige Königsberger Rechtsanwälte jetzt: Dr. **Nölsch** in Berlin, Dr. **Stabgrau** in Berlin, Dr. **Roquette** in Erlangen, Dr. **Fünfstück** in Holstein, Dr. **Rogalski** in Hamburg, Dr. **Senden** in Hildesheim, Dr. **Rudat** in Eckernförde. **Caillee** von der Firma Caillee und Lebelt, der mit Dr. **Riedinger** noch in das KZ Sangerhausen kam, weil er mit **Goerdeler** mal einen Stammtisch gehabt hatte, ist jetzt in einer Färberei in Mecklenburg tätig. **Todtenhöfer** ist in Weißenfels und hat dort ein neues Geschäft eröffnet. Die obere Luisenallee-Beckstraße steht noch, in der Boyenstraße ist ein deutsch-russisches Ambulatorium errichtet. Ärzte in dieser Straße sind Dr. **Paulini**, Dr. **Bukow**, Zahnarzt Dr. **Köhler**, Frau Dr. **Thiel** und Dr. **Braun**. Prof. **Weber** ist in Wahnsinn verfallen.

Anfang Oktober waren in der Stadt noch 54 000 Deutsche und doppelt soviel Russen. In der Dieffenbachstraße, Zeppelinstraße, Kraussallee und in der Mädchengewerbeschule wohnen Russen. Die meisten Deutschen leben in Ponarth, Liep und Charlottenburg. Letzter Vorort ist eine Siedlung hinter den Wasserwerken auf den früheren Vorderhufen. Kein Wasser, kein Gas, kein Licht. So leben die Menschen in den Kellern zerstörter Häuser, überall, wo noch ein Keller steht, hausen sie.



Ruth Geede Foto: Pawlik

Am 10. März 1945 wurden durch Phosphor-Kommandos eine Reihe von Straßen in Brand gesteckt. Vom Postscheckamt bis zur Hufenallee und Walterstraße ist ein Bretterzaun errichtet, hier wohnen Russen.

Alle Kinos, Parkhotel, Schauspielhaus, Tiergarten, Postscheckamt, Hauptbahnhof, Arbeitsamt, Poliklinik, Stadthaus und die ganze Kneiphofinsel sowie Königstraße, Rossgarten und Münchenhof sind dahin. Vom Nordbahnhof – der Platz heißt jetzt Stalinplatz – bis zum Hauptbahnhof steht ein ganzes Haus. Auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz steht noch das Denkmal. Das Messegelände am Nordbahnhof ist dem Erdboden gleichgemacht. Hier sah man arbeitende Frauen, die ihre kleinen Kinder bei sich hatten. Von Männern keine Spur. Die Kleinen haben alle dicke Köpfe und Bäuche, dünne Arme und Beine – ein trostloser Anblick. Wasser ist auf den Hufen nur aus den Zwillingsteichen und dem Hammerteich zu haben. Kartoffeln gab es den ganzen Sommer über nicht. Das Land ist so gut wie tot, im Osten des Kreises Königsberg sind schon Kollektiv-Wirtschaften errichtet. Auf weite Strecken Ackerland stand das Land noch auf dem Halm, viele Ortschaften sind unbewohnt.

Soweit der Bericht, der von einem der Zehntausende stammt, die jetzt in Lübeck wohnen und jeden Mittwoch dort zusammenkommen, um von ihren Erlebnissen zu berichten. Eine Ostpreußin erhielt eine Nachricht aus ihrem Heimatdorf, dass eine Bekannte von ihr mit 3500 Landsleuten nach dem Ural verschleppt wurde. Dorthin sind sie mit Viehwaggons gebracht worden, und infolge der grimmigen Kälte bis -50 Grad sind unterwegs viele gestorben, auch selbst noch nach der Ankunft. Vor einiger Zeit wurden die zirka 200 Kranken und 100 Sterbenden zurückgeschickt, und eine davon ist nach Lübeck gekommen. 200 Gesunde sind noch dort geblieben im Ural, die übrigen 3000 sind gestorben. So ist das Schicksal von vielen unserer Heimatgenossen.“

Nachsatz: Dieser Bericht ist in seiner Kürze und Prägnanz erschütternd. Für uns alle, die wir diese Zeit erlebt haben, und besonders für diejenigen, die damals wie die Befragten in Königsberg verblieben und das hier Dokumentierte so oder ähnlich bestätigen können. Er ist wichtig für alle Leser, auch oder gerade für die Jüngeren, weil sie hier ein unbestechliches Zeitbild finden, an dem nicht ein Wort geändert wurde! Wir danken Herrn Hartmut Priebe sehr für die Überlassung dieses Berichts eines Unbekannten, der wohl nie gedacht hat, dass nach 64 Jahren seine Aufzeichnungen so hoch gewichtet werden.

Eure

Ruth Geede



ZUM 100. GEBURTSTAG

Mischke, Elisabeth, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Auf'm Winkel 9, 42477 Radevormwald, am 28. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Müller, Hedwig, geb. **Rudnick**, aus Lyck, v. Ludendorffstraße 5, jetzt Passauer Straße 16, 55246 Mainz-Kostheim, am 27. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borrek, Frida, geb. **Dubnitzki**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Pariser Gasse 3, 35578 Wetzlar, am 26. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Luther, Else, geb. **Schaudinn**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Frühlingsweg 3, 69123 Heidelberg, am 1. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gayk, Annedore, geb. **Papajewski**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Witten-Land 13, 24229 Strande-Kiel, am 29. April

Mohr, Edith, geb. **Dobrinski**, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Vinzienstraße 13, 24794 Borgstedt, am 26. April

Schieber, Hedwig, geb. **Meißner**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt DRK-Alten- und Pflegeheim, 73441 Bopfingen, am 2. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Chmielewski, Walter, aus Treuburg, jetzt August-Bebel-Straße 14, 02730 Ebersbach, am 1. Mai

Liptak, Edith, geb. **Neumann**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt 5707 Saumure Road, Cumberland, Ontario K4B1T1, Kanada, am 30. April

Neumann, Ursula, geb. **Fähser**, aus Lötzen, jetzt Limburger Straße 47, 28259 Bremen, am 28. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kinas, Reinhold, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Theodor-Storm-Allee 5, 53757 St. Augustin, am 28. April

Skopnik, Dr. Klaus-Dietrich, aus Lyck, Memeler Weg 11, jetzt Schillerstraße 3, 53340 Meckenheim, am 26. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andreas, Friedel, geb. **Haase**, aus Lyck, jetzt Goethestraße 1, 14943 Luckenwalde, am 27. April

Ueckert, Ida, geb. **Totzi**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, jetzt Tannenkamp 16, 49134 Wallenhorst, am 30. April

Ragoszat, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Schmalenbach 12, 33611 Bielefeld, am 26. April

Wenk, Tern-Ina, aus Königsberg, Wallstraße, jetzt Wolfgangstraße 15, 06844 Dessau-Roßlau, am 28. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Anger, Magda, geb. **Steinbacher**, aus Ebenrode, jetzt Wichernstraße 43, 48147 Münster, am 1. Mai

Dreyer, Gertrud, aus Grünlinde, Hohenstücken, Kreis Wehlau, jetzt Bertholdstraße 13, 45130 Essen, am 26. April

Ganswind, Lisbeth, aus Erlenfließ, Kreis Labiau, jetzt Allergarten 3, 29225 Celle, am 30. April

Grube, Elfriede, geb. **Rohmann-Fritsche**, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Pferdemarkt 21, 24340 Eckernförde, am 27. April

Pellny, Elfriede, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, jetzt Ilmer Weg 44, 21423 Winsen/Luhe, am 27. April

Pofalla, Helene, geb. **Warda**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt John-Schehr-Straße 7, 23968 Wismar, am 2. Mai

Schulz, Edith, geb. **Macht**, verw. **Segatz**, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Auf der Halle 12, 49124 Georgsmarienhütte, Ortsteil Kloster Oesede, am 27. April

Spanka, Arthur, aus Heidig, Kreis Johannisburg, jetzt Hasenwinkel 34, 38448 Wolfsburg 1, am 1. Mai

Vögerl, Ilse, geb. **Krause**, aus Heiligenbeil, Braunsberger Straße 21, jetzt Buggestraße 6, 12163 Berlin, am 24. April

Wilken, Elfriede, geb. **Mazeyzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Oldesloer Straße 41, 23795 Bad Segeberg, am 2. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Birkholz, Lilli, geb. **Krieger**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, jetzt Finkenkrug Straße 90, 14612 Falkensee, am 1. Mai

Diestel, Inge, geb. **Wittke**, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt Hirschgrund 45, 23627 Groß Grönau, am 28. April

Ehlken, Christel, geb. **Räder**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Oberhamm 108, 27570 Bremerhaven, am 28. April

Gerckens, Helga, geb. **Szillat**, aus Treuburg, jetzt Rüderstieg 3, 21224 Rosengarten, am 2. Mai

Geyer, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Erich-Weinert-Promenade 40, 23966 Wismar, am 1. Mai

Grabosch, Kurt, aus Ortelsburg, jetzt Grevesmühlnerstraße 14, 23942 Dassow, am 29. April

Hollweg, Waltraud, geb. **Kelka**, aus Neidenburg, jetzt Finkenstraße 8, 57439 Attendorn, am 28. April

Holzhäuser, Manfred, Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Wilhelmstraße 11, 47169 Duisburg, am 27. April

Joswig, Anneliese, geb. **Soboll**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, jetzt Peter-Hansen-Straße 80, 24148 Kiel, am 29. April

Kallies, Gerda, geb. **Mikoleit**, aus Tislit-Kaltecken, jetzt Essenerstraße 53, Heidehof, 45529 Hattingen, am 29. April

Koslowski, Ernst, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Liebigstraße 29, 30892 Pattensen, am 26. April

Mauer, Egon, aus Kirschken, Kreis Ebenrode, jetzt Buxacher Straße 16, 87700 Memmingen, am 29. April

Meier, Adelheid, geb. **Lorenz**, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, jetzt Danziger Straße 36, 33803 Steinhagen, am 28. April

Pogoda, Hans-Jürgen, aus Lyck, jetzt Am Hebestumpf 44, 61273 Wehrheim, am 28. April

Raabe, Walter, aus Fedderau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Brandenburger Straße 10, 21481 Lauenburg, am 27. April

Rattunde, Edith, geb. **Töpfner**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 16, 23923 Ollndorf, am 29. April

Reimers, Erna, geb. **Sontowski**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Tegelkoppel 7, 23795 Bad Segeberg, am 27. April

Rippert, Otto, aus Gubitten, Kreis Mohrungen, jetzt Kulmbacher Straße 48, 28215 Bremen, am 22. April

Steyer, Meta, geb. **Eder**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Am Markt 3, 24966 Sörup, am 27. April

Wiezorrek, Erwin, aus Jesken, Kreis Treuburg, jetzt Schaiblestraße 10, 77654 Offenburg, am 29. April

Wüsthoff, Erna, geb. **Lepenies**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, jetzt Hans-Roß-Straße 13A, 24536 Neumünster, am 30. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abicht, Ursula, geb. **Manglitz**, aus Pröschen, Tilsit, Sommerstrasse 27, jetzt Phil. von Ladenberg Straße 13, 06132 Halle, am 30. April

Bradowski, Siegfried, aus Giesen, Kreis Lyck, jetzt Berlemanns Kamp 10, 49525 Lengerich, am 29. April

Bergström, Heide, geb. **Spitzenpfeil**, aus Neidenburg, jetzt Sanstensvägen, S-13651 Hanninge, Schweden, am 30. April

Breuksch, Erwin, aus Köthen, Kreis Wehlau, jetzt Medebekskamp 8, 21339 Lüneburg, am 28. April

Broziewski, Paul, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Erwald-Oberhaus-Straße 21, 58256 Ennepetal, am 1. Mai

Dettmann, Waltraud, geb. **Schwirrat**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Hirtenstraße 45b, 20535 Hamburg, am 30. April

Druglat, Otto, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bachstraße 10, 55758 Oberwörrisbach, am 2. Mai

Esser, Minna, geb. **Mett**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Kaarster Weg 23, 40547 Düsseldorf, am 27. April

Fröhlich, Waltraud, geb. **Kromat**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, jetzt Ackerweg 7, 44149 Dortmund, am 27. April

Gang, Manfred, aus Lyck, Hindenburgstraße 40, jetzt Sanddornweg 12, 87665 Mauerstetten, am 29. April

Gawrys, Irmgard, aus Lyck, Jaktvärdsgatan, S-72223 Västeräs, Schweden, am 2. Mai

Godzieba, Helmut, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Aussenliegend 73, 68519 Viernheim, am 1. Mai

Golembiewski, Herbert, aus **Montwitz**, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Spaten 15, 45886 Gelsenkirchen, am 27. April

Gruber, Heinz, aus Königshuld, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Parkstraße 15, 85640 Putzbrunn, am 30. April

Harm, Gerda, geb. **Sewzyk**, aus Lyck, Steinstraße 18, jetzt Karl-Brauckmann-Straße 4, 59439 Holzwickede, am 27. April

Jacob, Irmgard, geb. **Kwiedor**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Elisabethstraße 28, 45699 Herten, am 26. April

Jahnert, Heinz, aus Gutenborn, Kreis Lyck, jetzt Edmund-Weber-Straße 226, 44651 Herne, am 26. April

Kaminski, Rudolf, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Am Scherfenbrand 10, 51375 Leverkusen, am 26. April

Kischel, Ernst, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Buchenstraße 66, 56626 Andernach, am 29. April

Krebs, Anna, geb. **Dombrowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Alzeyer Straße 26, 65934 Frankfurt, am 1. Mai

Lasch, Werner, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Appleton 54914/WI, 1506 N. Mason Street, USA, am 27. April

Lendzian, Bruno, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Albrecht-Dürer-Straße 12, 94315 Straubing, am 28. April

Mühre, Ruth, geb. **Palluk**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Wildroßstraße 43, 45897 Gelsenkirchen, am 26. April

Müller, Elfriede, geb. **Lattko**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Odenthaler Straße 113, 51069 Köln, am 1. Mai

Peterson, Lothar, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Eschenstraße 19, 27432 Bremervörde, am 28. April

Pointinger, Xaver, aus Schönrade, Kreis Wehlau, jetzt Haus 104, 94264 Langdorf, am 1. Mai

Pukrop, August, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Ostpreußenweg 1, 29389 Bodenteich, am 28. April

Radmacher, Kurt, aus Moterau, Kreis Wehlau, jetzt Hühnerberg 1, 33142 Büren, am 29. April

Rothweiler, Irmgard, geb. **Kunick**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Landhausstraße 220, 70188 Stuttgart, am 28. April

Sonntag, Horst, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Krähenwinkel 5, 25746 Lohe-Rickelshof, am 29. April

Stotzek, Ernst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Moritzstraße 14, 47053 Duisburg, am 26. April

Wilczek, Edith, geb. **Kullack**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Hohbrinkstraße 4c, 44379 Dortmund, am 30. April

Wienstroer, Edith, geb. **Lasarzewski**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Haydnstraße 14, 48291 Telgte, am 27. April

Wrobel, Werner, aus Treuburg, jetzt Drosselweg 22, 33335 Gütersloh, am 1. Mai

60 Diamantene Hochzeit

Pinke, Fritz, aus Neustettin, Pommern, und Frau Erika, geb. **Blask**, aus Gehlenburg, Kreis Johannisburg, jetzt Zumbuschstraße 5, 41515 Grevenbroich, am 22. April

50 Goldene Hochzeit

Stanczus, Heinz, und Frau Irmgard, geb. **Rapp**, aus Franzrode, Kreis Labiau, jetzt Fischeln 15, 41366 Schwalmtal, am 30. April

Wiemer, Kurt, aus Lindenhof, Kreis Schloßberg, und Frau Annegrete, aus Bremen, jetzt Lindenstraße 3, 28790 Schwanewede, am 30. April

Ostpreußchor

Hamburg – Ein Jubiläumskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg am Sonntag, 9. Mai, 15 Uhr, in der St.-Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17, anlässlich seines 60jährigen Bestehens. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) von Barmbek mit der Linie 172 oder 7 bis zur Station Hartzloh erreicht werden. Von hier aus sind es rund sieben Minuten Fußweg. Weitere Informationen erteilt Ilse Schmidt, Telefon (0 40) 2 54 39 35.

Ermländische Begegnungstage



Bad Sassendorf – Vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Mai finden die „Ermländischen Begegnungstage 2010“ im Ermlandhaus, Ermlandweg 22, 48159 Münster, Telefon (0251) 211477, statt. Traditionsgemäß werden Gäste aus Westdeutschland sowie dem heutigen Ermland erwartet. Auch wird unter anderem der ermländische Visitator Dr. Schlegel diese Tage der Begegnung begleiten. Die diesjährigen ermländischen Begegnungstage stehen unter dem Thema: „Das unliebsame Kind“. Mit diesem Schwerpunkt wird der Blick nach innen, in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Darin soll die heutige Arbeit und Seelsorge an Vertriebenen, die Jugendarbeit in Polen und Deutschland, die Begegnung mit der neuen polnischen Generation beleuchtet und dies der Tatsache gegenübergestellt, dass diese Aktivitäten stets in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Schattendasein fristen, dass sie politisch ausgeblendet werden, ja unliebsam sind. Zum einen, weil der Blick nach Osten wegen des Wohlstandsgefälles generell mit einer gewissen Zurückhaltung behaftet ist, und zum anderen, weil das Geschehene in den Weltkriegen immer noch auf uns wie ein vorgehaltener Spiegel lastet. Diesem in der Völkergemeinschaft einzigartigen Verhalten der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland will man auf den Grund gehen. Preise für Vollpension: Erwachsene: 49 Euro/Nacht, Kinder kostenlos (bis 15 Jahren), GJE 50 Prozent Ermäßigung und Reisekostenzuschuss.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont

21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Hohenstein

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 23. April, 18.30 Uhr, Phoenix: Hitlers Stellvertreter.

Freitag, 23. April, 20.15 Uhr, WDR: Wie die Kohle aus dem Ruhrgebiet verschwand.

Freitag, 23. April, 22.35 Uhr, Arte: 1 $ für 1 Leben – Die globale Initiative DNDi.

Sonntag, 25. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 25. April, 22.40, Arte: Lieber Onkel Hitler – Briefe an den Führer.

Montag, 26. April, 21 Uhr, ARD: Der afrikanische Patient – Wunderheiler China?

Montag, 26. April, 23.15 Uhr, WDR: Wie der Himmel über der Ruhr wieder blau wurde.

Dienstag, 27. April, 20.15 Uhr, Arte: Irak 2010 – Eine Reise ins Ungewisse.

Mittwoch, 28. April, 23.30 Uhr, ARD: Geboren im KZ.

Mittwoch, 28. April, 23.40 Uhr, BR: Die Unbedingten – Historiendrama über das Attentat auf den Schriftsteller August von Kotzebue.

Donnerstag, 29. April, 22.05 Uhr, N24: Adolf Hitler – Wahn und Wahnsinn.

Donnerstag, 29. April, 23.45 Uhr, SWR: Wo die Erde duftet – Eine Spurensuche in Polen vergleicht Vergangenes mit der Gegenwart.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

Kreistagswahl – Die Wahl zum 6. Kreistag der im Jahre 1989 neu gegründeten Kreisgemeinschaft ist abgeschlossen. Der Wahlausschuss gibt das Ergebnis der 25 gewählten Kreistagsmitglieder in der Reihenfolge der Stimmabgaben bekannt: 1. Horst Tuguntke, 2. Klaus Schwittay, 3. Herbert Monkowski, 4. Ernst Langkau, 5. Hildegard Gerigk, 6. Johann Certa, 7. Gerhard Tolksdorf, 8. Alfred Behrendt, 9. Johann Kensbock, 10. Adalbert Graf, 11. Oswald Massner, 12. Hans-Peter Blasche, 13. Waldemar Lehnardt. 14. Klaus Waschinski, 15. Andreas Galenski, 16. Clemens Seidel, 17. Jan Hacia, 18. Beata Goworek, 19. Bruno Kuzinna, 20. Paul Nowak, 21, Bernhard Korczak, 22. Franz Jäger, 23. Siegfried Keuchel, 24. Bernhard Grodowski, 25. Artur Korczak. Ersatzmitglieder sind: Bernhard Napolowski und Edmund Kuzinna. Der Heimatort des Kreistagsmitgliedes ergibt sich aus der Wahlkarte. Anschrift und Telefonanschluss werden im kommenden Heimatjahrbuch veröffentlicht.

Kreistagssitzung – Der neugewählte Kreistag kommt am 29. Mai 2010 im Rathaus zu Hagen a.T.W. zusammen. Es folgt noch eine Einladung unter Bekanntgabe der Tagesordnung.

Kreisausschusssitzung – Der noch amtierende geschäftsführende Vorstand trifft sich am 21. Mai 2010 um 15.30 in den Ostdeutschen Heimatstuben in Hagen.

Flugzeugabsturz – Zum tragischen Tod des polnischen Staatspräsidenten und seiner Gattin sowie zahlreicher Regierungsmitglieder und honoriger polnischer Persönlichkeiten bei dem Flugzeugabsturz in der russischen Stadt Smolensk, der Partenstadt von Hagen, hat der Kreisvertreter Herbert Monkowski dem polnischen Partner unserer Kreisgemeinschaft, dem Landrat des Landkreises Allenstein, Starosta Miroslaw Pampuch, die Anteilnahme der Kreisgemeinschaft schriftlich ausgesprochen..

Wiederherstellung des Städtischen Krankenhauses in Wartenburg – Wie am 7. April bekannt gegeben, wird das einstige Krankenhaus in Wartenburg, das nach dem Krieg als Infektions-Krankenhaus für den Allensteiner Raum gedient hatte, zu einem neuzeitlichen Krankenhaus der Malteser Hilfe umgebaut. Der Vertrag über die Modernisierung des Krankenhauses wurde in Allenstein unterschrieben. Investor ist der Landkreis Allenstein. Eingebunden in die Baumaßnahmen ist Pfarrer Henrik Blaszczyk (Groß Kleeberg), Mitglied des Polnischen Malteser Kavaliersorden. Schon im Jahre 2012 sollen die ersten Patienten (solche nach Schlaganfällen und solche, die der unterstützenden Beatmung bedürfen) in dem auf 70 Betten ausgerichteten Krankenhaus Aufnahme finden.

ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Kirchspieltreffen Karpau – Das Karpauer Kirchspieltreffen findet am Sonntag, 25. April, in den „Strandterrassen“, Meerstraße 2, 31515 Wunstorf-Steinhude, statt. Am Sonnabend findet bereits eine gemütliche Runde zur Kaffeezeit in den „Strandterrassen“ statt. Hierzu wird herzlich eingeladen. Informationen erteilt Volker Jonies, Telefon (03727) 92655.

Kirchspieltreffen Kleinlautersee – Auch in diesem Jahr trafen sich die Landsleute des Kirchspiels zu einem einwöchigen gemeinsamen Urlaub im Morada Resort in Kühlungsborn. Die Unterkunft und das Essen im Hotel waren wieder super. Am Montag machten wir eine gemeinsame Wanderung entlang der Ostsee nach Heiligendamm. Hier hatte jeder die Gelegenheit, Neuigkeiten auszutauschen. Wer nicht gut zu Fuß war, fuhr mit der „Molli“. Dienstag starteten wir mit dem Morada Express zur Rundfahrt und ließen uns über die Geschichte und die neusten Veränderungen in Kühlungsborn berichten. Der Mittwoch war ausgefüllt mit einer Hafenrundfahrt durch den Rostocker Hafen ab Warnemünde. Alleine der Besuch der kleinen, schmucken Hafenstadt Warnemünde war die Anfahrt wert. Die übrigen Tage waren ausgelastet mit promenieren, in der Sonne sitzen, viel schabbern und relaxen. Gelegenheit dazu gab es genug an der langen Promenade vom Segelhafen bis Kühlungsborn West, mit den vielen Sitzgelegenheiten und Cafés. Abends hatte jeder die Gelegenheit, Veranstaltungen zu besuchen, oder man saß in lustiger Runde beisammen. Als Bonbon zeigte Lothar Kapteinat zwei Videofilme, die er bei den Kirchspielfahrten von unserer Heimat gedreht hatte, mit seiner Geschichte, der Kultur, den Baudenkmälern und der Schönheit der Landschaft. Der Videofilm von 1997 zeigte Nordostpreußen mit seinen interessanten Sehenswürdigkeiten, auch Angerapp, Übernachtet wurde in Nidden und Rauschen. Der Videofilm von 1998 zeigte das südliche Ostpreußen mit seinen vielen Sehenswürdigkeiten und einem Gottesdienst in der Kirche von Kleinlautersee, einer Wanderung über die Berge und Wälder zum Stillen See. Die Landsleute, die die Fahrt mit gemacht hatten, erlebten sie noch einmal, die anderen bekamen einen Eindruck von der Geschichte und Schönheit unserer Heimat und unserem Kirchspiel. Alle waren von den Vorführungen sehr beeindruckt und erfreut und bedankten sich recht herzlich. Leider verlief die Woche viel zu schnell, aber alle freuen sich auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Fehlerteufel/ Ortstreffen Neukuhren – Das Neukuhrener Ortstreffen findet nicht am 28. April statt, sondern schon am 24. April 2010 in Timmendorfer Strand, Hotel Gorch Fock.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Heimatstube – Am 16. Mai 2010 öffnet die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, ihre Türen der Heimatstube in der Wilhemstraße 3a in Burgdorf. Ab 11 Uhr steht unsere Heiligenbeilerin, Ursula Kunkel, allen Heimatfreuden für Fragen zur Verfügung. Sie freut sich auf ihren Besuch. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Frau Kunkel, sie ist zu erreichen unter der Telefonnummer (0511) 3505531. Weitere Termine werden zeitnah bekannt gegeben.

Kirchspiel Hermsdorf-Pellen – Seit einiger Zeit hatte das Kirchspiel Hermsdorf-Pellen, nachdem sich Horst Neumann im September 2009 in Burgdorf nicht wieder zur Wahl stellte, keinen Kirchspielvertreter mehr. Umso mehr ist der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil erfreut, dass für dieses Ehrenamt die Eheleute Volkmer Pellner und Karin Haupt (beide 56 Jahre alt) gewonnen werden konnten, und zwar Volkmer Pellner als Kirchspielvertreter und seine Frau Karin als Kirchspielstellvertreterin. Gemeinsam mit den langjährigen Ortsvertretern Alfred Jüngling (Gemeinde Stolzenberg), Erika Sepke (Gemeinde Hermsdorf) und Klaus König (Gemeinde Schönwalde) möchten sie nun das Kirchspiel betreuen. Bis zur ordentlichen Wahl während der Mitgliederversammlung im September in Burgdorf werden sie das Kirchspiel kommissarisch leiten. Die Vorfahren von Volkmer Pellner sind gebürtige Ostpreußen; sein Vater wurde in Wesselshöfen geboren. Karin Haupt hat keine ostpreußischen Wurzeln, ist aber begeistert von Land und den Menschen. Das Ehepaar Haupt-Pellner ist zu erreichen unter folgender Adresse: Pestalozzistraße 46, 24113 Kiel, Telefon (0431) 682019, E-Mail: v.pellner@web.de. Im Namen des Vorstands heiße ich unsere neuen vorerst kommissarischen Kreistagsmitglieder herzlich willkommen und wünsche ihnen viel Freude und gutes Gelingen in ihrem Ehrenamt. Nur mit Unterstützung solch engagierter Personen wird unsere Kreisgemeinschaft auch weiterhin bestehen und kann ihre traditionelle Arbeit auch in Zukunft für unsere Landsleute fortführen.

JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreis-johannisburg.de. Schriftführerin: Ingelore Friedrich, Hitzackerweg 1, 30625 Hannover, Telefon (0511) 578649, E-Mail: friedrich@kreis-johannisburg.de, Internet: www.kreis-johannisburg.de

Heimatbrief – im Johannisburger Heimatbrief 2010, Seite 122-124, ist dem Bestellhinweis für die CD auf Seite 124 eine falsche Telefonnummer angegeben worden. Die richtige Telefonnummer lautet (02739) 1761.

Gemeinschaft Arys Stadt und Land / Busreise in die Region Königsberg und nach Masuren vom 11. bis 22. August– Kommen Sie mit auf eine schöne Reise nach Ostpreußen. Organisiert wird diese Reise von der Gemeinschaft Arys. Wir fahren mit dem Reiseservice Busche. Start der Reise ist am Mittwoch, 11. August, in Moers mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Hamm, Herford, Hannover, Helmstedt und Berliner Ring. Es besteht die Möglichkeit, einen Tag vor der Reise zum Busunternehmen Buschen nach Rodenwald für eine Übernachtung anzureisen. Nach der Reise kann dort ebenfalls eine Übernachtung erfolgen. Zwischenübernachtung am 11. August im Großraum Posen. Weiterfahrt am 12. August nach Königsberg, dort drei Übernachtungen im Hotel Baltika. Am 13. August Tagesfahrt nach Insterburg, Gumbinnen, Rominter Heide und Trakehnen. Am 14. August Stadtbesichtigung von Königsberg. Im russisch bewohnten Teil Ostpreußens haben wir eine deutschsprachige Reiseleitung. Für die Reise nach Königsberg ist ein Reisepass nötig. Die Visagebühren betragen 50 Euro. Am 15. August Fahrt über Pr. Eylau nach Lötzen. Dort sechs Hotelübernachtungen. Während des Aufenthalts in Lötzen besuchen wir mit unserem Reisebus zweimal Arys, machen eine Masuren-Rundfahrt mit Besuch der Wallfahrtskirche Heiligenlinde, Rastenburg, Steinort, Angerburg, Kruklanken und fahren mit dem Schiff von Lötzen nach Nikolaiken, dem Venedig Masurens (Schiff-Fahrtkosten nicht im Reisepreis). Weitere Vorschläge für Fahrziele können gerne gemacht werden. Am 21. August erfolgt die Abfahrt aus Lötzen zur letzten Übernachtung in der Nähe von Landsberg / Warthe. Am 22. August Fortsetzung der Rückfahrt. Der Reisepreis pro Person im Doppelzimmer beträgt bei 25 Teilnehmern 950 Euro und verringert sich stufenweise bis auf 780 Euro bei 45 Mitreisenden. EZ-Zuschlag 150 Euro. Interessenten an der Reise werden gebeten, sich möglichst bald bei dem Organisator der Fahrt anzumelden: Waldemar Wyludda, Gubener Straße 8, 30823 Garbsen, Telefon (05137) 76568, Fax (05137) 998481, Mobil (0177)

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 28. April, 18 Uhr, Treffen im Haus der Heimat, großer Saal. Dr. Stefan Hartmann referiert zum Thema: „Unbekannte Quellen zur Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen am 11. Juli 1920“. Das Referat sucht insofern eine Lücke zu schließen, als die polnischen Standpunkte dazu in Deutschland weitgehend unbekannt geblieben sind. Diese Thematik gehört zu den umstrittensten Fragen zwischen der deutschen und der polnischen Historiographie. Erörtert und zur Diskussion gestellt werden die für das polnische politische Denken entscheidenden historischen Gesichtspunkte, die Grenzregelungen in Versailles, die Vorbereitung und Durchführung des Plebiszits und das Bild der Volksabstimmung anhand zweier direkt daran beteiligter Persönlichkeiten, des deutschen Reichskommissars v. Gayl und des polnischen Diplomaten Korybut-Woroniecki, der 1922 zum Konsul der Warschauer Regierung in Königsberg ernannt wurde. Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion. Der Eintritt ist frei.

Buchen – Sonnabend, 24. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Reichsadler“. Helmut A. Rehfeld liest aus seinem Buch: „Wege, die du gehen musst – Eine Jugend in Ostpreußen, gelebte Geschichte“. – Donnerstag, 6. Mai, Muttertagsfahrt nach Leonberg. Herzogin Sibylla führt durch den Schlossgarten in einer Kostümrolle. Anschließend Besuch einer Mühle. Jeder erhält kostenlos einen Vesperteller. Nähere Informationen bei Rosemarie Sieglinde Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Donnerstag, 29. April, 15 Uhr, Frühlingsfest im „Krauthof“, Beihinger Straße 27.

Stuttgart – Mittwoch, 5. Mai, 10 Uhr, Maiwanderung am Max-Eyth-See, Treffpunkt: Haltestelle „Max-Eyth-See“ der Linie U14. Dort gemütlicher Rundgang am See mit anschließender Möglichkeit zum Mittagessen und/oder Kaffeetrinken. Anmeldungen bitte bei Helmut Urbat, Klaus-Peter Okun oder Uta Lüttich.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bad Wörishofen – Die Gruppe der Königsberger Ostpreußen-Gemeinschaft in Bad Wörishofen macht eine gewünschte Reise in die Heimat. Dazu sind alle heimattreuen Landsleute und Freunde Ostpreußens herzlich eingeladen mitzufahren. Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung und Masuren warten auf die Heimatverbundenen. Die Fahrt geht mit dem bekannten Reiseunternehmen Busche. Ter-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

min: 15. bis 26. Juni 2010, Ausgangspunkt: Hannover sowie Königsberg (Franken / bei Schweinfurt – Bamberg in Süddeutschland). Das Programm sieht wie folgt aus: Am Vortag (14. Juni) von Hannover kommend Treffen in Königsberg (Bayern) und Zwischenübernachtung. Dienstag, 15. Juni: Abfahrt Richtung Hof, Leipzig, Frankfurt/Oder, Grenzübergang, weiter in den Großraum Posen. Eine Übernachtung im Großraum Posen. 16. Juni: Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Braunsberg zur Grenze bei Heiligenbeil/Grunau. Am Abend kommt die Gruppe in Rauschen an. Dort bleibt man sechs Tage. Die Ausflugsfahrten gehen mehrmals nach Königsberg. Dort erwartet die Reisenden unter anderem ein wunderbares Orgelkonzert im Königsberger Dom oder zum Beispiel eine Bootsfahrt auf dem Pregel. Tapiau, Insterburg, das Gestüt Georgenburg und andere gewünschte Orte können besucht werden, Taxifahrten für Jedermann sind möglich. Von Rauschen aus geht es für drei Nächte nach Sensburg ins schöne Masuren. Heiligelinde, Nikolaiken, Lötzen, eine Bootsfahrt und vieles Altostpreußische wird zu sehen sein. Gedenkstunden vor Kirchen und Friedhöfen – um der Toten der ostpreußischen Heimat zu gedenken – gehören dazu. Auskünfte erteilt Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (0731) 9508330.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 7. Mai, 14.30 Uhr, Muttertagsfeier der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 8. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Muttertag im Restaurant am Kuhbogen, Hof. – Für die Masurenreise vom 28. Mai bis 4. Juni 10 sind noch einige Plätze frei. Auskunft erteilt Christian Joachim, Schleizer Straße 4, 95111 Rehau, Telefon (09283) 9416, Fax (09283) 897083.

Landshut – Dienstag, 4. Mai, Maisausflug Bruckmühl, Salus Auwald. Die Fahrt erfolgt mit Privatautos.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Rastenburg – Sonntag, 2. Mai, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 2101.

Angerburg – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Frühling in Ostpreußen". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Darkehmen – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Frühling in Ostpreußen". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Goldap – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Frühling in Ostpreußen". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Mohrungen – Donnerstag, 6. Mai, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacherstraße 29, 14197 Berlin. Anfragen: Ursula Dronsek, Telefon (030) 2164338.

Tilsit-Stadt – Sonnabend, 8. Mai, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.

Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 8. Mai, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Mittwoch, 28. April, 16 Uhr, Literarischer Nachmittag im Hotel zur Post, Großer Salon, Bahnhofsplatz 11. Unter dem Motto „Versäum nicht den Termin der Freude" stellte Klaus Nägelen auch diese Texte des literarischen Nachmittags. Er wird außer der Lenz-Erzählung Poesie und Prosa von Arno Holz, Ernst Wiechert, Johannes Bobrowski und Theodor Gottlieb v. Hippel vortragen. Eintritt 10 Euro, darin ist die Bewirtung mit einem Stück Torte und Kaffee/Tee enthalten. – Die Geschäftsstelle befindet sich in der Parkstr. 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbaskowo (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro / DZ beziehungsweise 985 Euro / EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder bei Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.

Informationsbroschüre

Hamburg – Im September 2009 tagte unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa". Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Słubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten" vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa" widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400826 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 13. Mai, 9 Uhr, **Tagesfahrt der Landesgruppe ins Alte Land** (Obstblüte). Abfahrtszeiten: Harburg Bahnhof 9 Uhr, Hamburg ZOB 9.30 Uhr, Transfer zu den Landungsbrücken. Reiseverlauf: Hafenrundfahrt durch den Hamburger Hafen und die Speicherstadt nach Finkenwerder. Ab Finkenwerder Landungsbrücken, Busfahrt vorbei an den Airbus-Werken, zum Mittagessen nach Jork. Wahlweise Scholle oder Fleisch. Anschließend Rundfahrt mit Reiseleiterin in Altländertracht durch das Alte Land. Nachmittags Kaffee und Kuchen auf einem Obsthof. Leistungen: Busfahrt, Hafenrundfahrt Hamburger Hafen, Speicherstadt nach Finkenwerden, Mittagessen, Rundfahrt durch das Alte Land (Gästeführerin), Kaffee und Kuchen. Fahrpreis für Mitglieder der Landesgruppe 42 Euro, Fahrpreis für Gäste 52 Euro. Anmeldungen bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, oder bei den Gruppenleitern, bis spätestens 10. Mai.

HEIMATKREISGRUPPEN

Insterburg – Mittwoch, 5. Mai, 13 Uhr, gemütliches Beisammensein und Gedankenaustausch im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.

Osterode – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spielnachmittag im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Der Frühling wird mit fröhlichen Liedern und einer gemeinsamen Kaffeetafel begrüßt. Der Eintritt ist frei.

Sensburg – Sonnabend, 1. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein um Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 4. Mai, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 26. April, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: „Frühling lässt sein blaues Band wieder flattern durch die Lüfte – Frühling in Gesang und Prosa".

HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851. Kulturreferent: Eberhard Traum, Wächtersbacher Straße 33, 63636 Brachttal, Tel. (06053) 708612, E-Mail: ekt.lit@googlemail.com

Dillenburg – Mittwoch, 28. April, Treffen der Gruppe im Café Eckstein, Königsberger Straße. Hans Löhner hält ein Referat: „Eine Reise nach Böhmen". – Die letzte Zusammenkunft stand ganz im Zeichen des Jubiläums „60 Jahre Kulturarbeit des Kreisverbandes der Ost- und Westpreußen". Am 26. März wurde die Gruppe gegründet, Vorsitzender wurde damals Heinz Dieck. Zunächst verlas der jetzige Vorsitzender Lothar Hoffmann ein Glückwunschschreiben der Ehrenvorsitzenden Anneliese Franz. Dann begrüßte er herzlich, außer den zahlreich erschienenen Mitgliedern, als Gäste die Dillenburger Stadträtin Elisabeth Fuhrländer, die in Vertretung des Bürgermeisters Michael Lotz erschienen war, Bruno Schnaubelt vom BdV, Studiendirektor Eckhard Scheld vom Dillenburger Gymnasium und den neugewählten Landesvorsitzenden Dietmar Strauss. Alle brachten ein Grußwort mit. Als erstes berichtete Urte Schwidrich unter dem Titel: „Hier sollt ihr nun zuhause sein" vom Trauma Flucht und Vertreibung und den ersten Jahren im Dillkreis. Der neue Wohnort war, vor allem für die Älteren, lange unfassbar. Sie saßen, da sie sich oft nicht mit den Gegebenheiten abfinden wollten, sozusagen „auf gepackten Koffern" in Erwartung einer Rückkehr in die Heimat. Dies war aber nicht mehr möglich, und der Dillkreis wurde für viele zu einem neuen Zuhause. Es wurden Kontakte hergestellt, die gemeinsame Sprache und dasselbe Schicksal verbanden alle. In den neugegründeten Gruppen allenthalben wurden ideelle und kulturelle Werte gepflegt, nachdem die materiellen Sachwerte zurückgelassen werden mussten. Stadträtin Elisabeth Fuhrmann nahm das Thema in ihrem Grußwort auf und hob die große Leistung der Vertriebenen hervor, die ihr Schicksal gemeistert und im Dillkreis einen Neubeginn wahrgenommen hatten. Alt- und Neubürger wirkten gemeinsam am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland mit. Sie ermunterte die Vertriebenen zur Wahrung der alten Traditionen. Diesen Worten schloss sich Dietmar Strauss an und versprach „Unterstützung im Rahmen des Möglichen". Bruno Schnaubelt betonte die gute Zusammenarbeit mit den Ost- und Westpreußen und fasste zusammen, dass man den Eltern und Großeltern sehr dankbar sei für deren Leistung beim Neuanfang. Pfarrer i.R. Dietmar Balschun, Zweiter Vorsitzender der Gruppe, sprach dann noch über das Ostkreuz der Gedenkstätte in Herborn, auf dem die Worte stehen: „Vergiss, du deutsches Volk, den deutschen Osten nicht!" Er bezeichnete es als Mahnmal.

Kassel – Ende März führte der Natur- und Vogelexperte Gerhard Landau eine kleine Gruppe durch die Dönche – ein ehemaliger Truppenübungsplatz und heutiges Naturschutzgebiet am Stadtrand von Kassel. Das erste Grün im Wald und auf den zum Teil feuchten Wiesen, ein kristallklarer Bach, blauer Himmel, ein weiter Blick ins Mittelgebirge und an passender Stelle vorgetragene lyrische Gedanken begeisterten die Wanderer. – Das Treffen im April brachte einen beeindruckenden Vortrag von Martin Dietrich vom Salzburger Verein Hessen/Thüringen über die Emigrationszüge der protestantischen Salzburger im 17. und 18. Jahrhundert. Durch die Glaubenskämpfe der Gegenreformation wurde das Land Salzburg schwer erschüttert. Im Bergland erhielt sich der Protestantismus, bis Erzbischof Firmian 1731/32 die Ausweisung der fest in ihrem Glauben stehenden rund 20000 Protestanten erzwang. Diese nun völlig entwurzelten Menschen, die einen Reiseweg von mehr als 1500 Kilometern gen Norden zurücklegten, wurden von König Friedrich Wilhelm I. in Preußen freundlich aufgenommen und überwiegend in Ostpreußen im Raum Gumbinnen neu angesiedelt. Sie bildeten eine feste Gemeinschaft und wurden treue Bürger ihrer neuen Heimat bis zur erneuten Vertreibung 200 Jahre später. 1911 entstand in Gumbinnen der „Salzburger Verein", der 1953 in Bielefeld wieder gegründet wurde.

Wiesbaden – Durch ihre Anmut, Herzenswärme und Heiterkeit galt die preußische Königin Luise in ganz Deutschland als „Königin der Herzen". Unter diesem Titel stand auch das Monatstreffen anlässlich ihres 200. Todestages; sie starb am 19. Juli 1810 und fand ihre Ruhestätte im Schlossgarten zu Charlottenburg. Anrührend das vorgetragene Gedicht von Max von Schenkendorf „Auf den Tod der Königin Luise". Helga Kukwa, Leiterin der Frauengruppe, zeichnete ein Lebensbild der beliebten Landesmutter, das Lieselotte Paul durch vorgetragene Gedichte und Buchausschnitte abrundete. So die Schilderung des Besuchs der jungen Luise und ihrer Schwester Friederike in den Oktobertagen des Jahres 1790 im Hause Goethe in Frankfurt am Main. Drei Jahre später war diese Stadt auch Ort der ersten Begegnung der siebzehnjährigen Prinzessin mit dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, den sie am 24. Dezember 1793 heiratete. Diese für den Adel ungewöhnliche Liebesheirat und ihre Ausstrahlung als treue, häusliche und zärtliche Mutter sowie ihre Volksnähe fanden die Sympathie des Bürgertums. Prägend, und mit ihrem Namen eng verbunden, der Bittgang zu Napoleon 1807 in Tilsit, um günstigere Friedensbedingungen nach Preußens Niederlage bei Jena und Auerstedt zu erreichen. Der erhoffte Erfolg blieb jedoch aus. Durch ihren frühen Tod mit nur vierunddreißig Jahren war es Luise nicht vergönnt, die spätere Niederlage Napoleons bei den Befreiungskriegen in der Umgebung von Leipzig zu erleben. Bis heute ist Luise die populärste Preußenkönigin geblieben. Die Mutter von zehn Kindern wurde damals zum Symbol für den Wiederaufstieg Preußens und für die Entwicklung hin zum Deutschen Kaiserreich unter ihrem Sohn Wilhelm I.. Noch immer wird sie als interessante und emotional anrührende Persönlichkeit der deutschen Geschichte wahrgenommen, doch nicht mehr als die mythisch verklärte Kultfigur in fast 150 Jahren. Der Bezug auf den „Erbfeind" Frankreich war seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegenstandslos geworden, ebenso das von Luise verkörperte Frauenideal verbunden mit einer unerschütterlichen Vaterlandsliebe. In den Vortrag flossen rund fünfzig Dokumente und Bilder ein, die der Vorsitzende Dieter Schetat zusammengetragen hatte. Darunter das letzte handschriftliche Dokument der Königin vom 18. Juni 1810, der Luisen-Orden, den Friedrich Wilhelm III. zu Ehren seiner verstorbenen Frau an deren Geburtstag stiftete, sowie das Doppelstandbild der Schwestern Luise und Friederike, ein Meisterwerk von Johann Gottfried Schadow, an dem er nach eigenen Worten „mit Begeisterung" arbeitete. Nicht fehlen durfte das populär gewordene Bild von Fritz Schaper mit dem Beinamen „Preußische Madonna". Auffallend, dass von den zahlreichen Bildern, die Luise darstellen, kaum ein Porträt dem anderen gleicht. Genauere Bilder waren erst nach ihrem Tode möglich: diesen lagen häufig Kopien der Totenmaske Luises zugrunde, die der herzogliche Architekt und Hofbildhauer Christian Philipp Wolff in Hohenzieritz abgenommen hatte. Eine Briefmarke der 1989 von der Deutschen Bundespost herausgegeben Dauerserie „Frauen der deutschen Geschichte" zeigt ihr Porträt.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 19



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 28. April, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Andreas Hartmann trägt eine bunte Mischung unterschiedlicher, lustiger Geschichten und Gedichte vor. Gäste sind herzlich willkommen.

Göttingen – Dienstag, 18. Mai, Gruppenfahrt nach Gifhorn. Die Kosten für Mittagessen, Busfahrt und Eintritt für Flößerspaß und Mühlenpark betragen 35 Euro. Anmeldungen bis zum 1. Mai bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZ-Zuschlag) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Anmeldungen bis zum 1. Mai an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Hannover – Die Jahreshauptversammlung stand ganz unter dem Eindruck des Todes von Zweiten Vorsitzenden Horst Potz. Horst Potz hat seit Jahrzehnten ehrenamtlich für seine Landsleute gearbeitet. Seit fünf Jahren gehörte er nun zum Vorstand, besonders eingesetzt hatte er sich für seine Landsleute seines Heimatkreises Labiau. Er gründete unter anderem das Reisebüro Ideal-Reisen in Hannover. Auf seine Initiative und durch seinen Einsatz hat die ersten Reisen nach Nord- Ostpreußen organisiert und – da überall Hotels und Unterkünfte fehlten – die Ferienanlage „Großer Baum“ mit aufgebaut. Als Zeitzeuge hat er an Schulen Vorträge gehalten, die von allen Schülern der 9. und 10. Klassen sehr aufmerksam gehört wurden. Für seinen Einsatz für die Vertriebenen und die Verständigung und Hilfsleistungen in seinem Heimatort wurde ihm die Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Für eben diese Verdienste verlieh im die Landsmannschaft Ostreußen das Silberne Ehrenzeichen. Er hinterlässt eine Lücke, die nicht geschlossen werden kann. Dank ihm und seiner Frau Brigitte für seinen Einsatz. Nach der Hauptversammlung, die ohne Besonderheiten verlief, hielt Klaus Körner noch einen Diavortrag über Nord-Ostpreußen, der sehr interessant war.

Helmstedt – Donnerstag, 29. April, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 6. Mai, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Donnerstag, 29. April, 15 Uhr, Literaturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Die Reise „Königsberger Provinz“ im Mai ist restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung Adresse und Telefonnummer an Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 25. April, 15 Uhr, Frühlingsfest in der Stadthalle Bad Godesberg. Bis 16 Uhr gemeinsames Kaffeetrinken, anschließend Programm. Gäste herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Bielefeld – Montag, 3. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 6. Mai, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Düsseldorf – Mittwoch, 28. April, 19.15 Uhr, Vortrag und Gespräch mit Staatsminister a.D. Gerd Ludwig Lemmer: „Überflüssig? Das Ende des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 1969“, Konferenzraum, GHH. – Sonnabend, 8. Mai, 19 Uhr, „Ost trifft West“ – 10. Düsseldorfer Nacht der Museen (Ende 24 Uhr).

Gütersloh – Montag, 26. April, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln“, die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Sonnabend, 30. April, 20.30 Uhr, „Tanz in den Mai“ im Landhaus Heitmann, Gütersloher Straße 63, Herzbrock-Clarholz. Eintritt 9 Euro. Mehr Informationen und Kartenreservierungen unter Telefon (05241) 702919 oder Telefon (05241) 29211. – Sonntag, 2. Mai, 8 Uhr, Busfahrt zum Marienwallfahrtsort Werl. Dort findet um 10.15 Uhr der Gottesdienst in der Basilika statt. Anmeldungen und Informationen bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. Der Fahrpreis beträgt 12 Euro pro Person. Zusteigmöglichkeiten: 8 Uhr Kahlertstraße / Ecke Magnolienweg, 8.05 Uhr Marktplatz, 8.10 Uhr B61 / Ecke Grenzweg, 8.15 Uhr, Café Raschkamp, 8.35 Uhr Gaststätte Roggenkamp, 8.35 Uhr Verlerstraße / Markant Supermarkt. – Montag, 3. Mai, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 6. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Köln – Freitag, 23. April, 18.30 Uhr, IX. Preußische Tafelrunde im Kolpinghotel International, St. Apern-/Helenenstraße 32, Köln. Jürgen Kolbe hält einen Vortrag: „Preußens Glanz und Gloria oder Schimpf und Schande“. Essen zur Wahl auf eigene Kosten bitte anmelden: 1. Zwei Schweinelendchen, Kräuterchampignons, Pommes und gemischten Salat (15,50 Euro), 2. Bunter Salat mit Thunfisch und Ei (8,50 Euro), 3. Rindergulasch mit Erbsen, Möhren und Spätzle (9,50 Euro), 4. Hühnerfrikassee mit Reis und kleinem gemischten Salat (9.50 Euro). Anmeldungen bei Taruttis, Telefon (0221) 791616, (0221) 22126645 (Mo. und Do.) oder Mobil: (0177) 5649427. – Dienstag, 4. Mai, 14 Uhr, Heimatnachmittag im Kolpinghotel, großer Saal, St. Apern, Helenenstraße 32, Köln. Unter dem Motto: „Der Mai, der Mai, der lustige Mai“ wird der Muttertag thematisiert, außerdem ein Konzert der „Deutschen aus Russland“ – dieses finanziert sich auf freiwilliger Basis. Gäste herzlich willkommen.

Leverkusen – Sonnabend, 8. Mai, traditionelles Blumenfest im Bergischen Land mit Wahl der Blumenkönigin – nach uraltem, heimatlichem Brauch. Vorbereitet ist ein abwechslungsreiches, schönes Programm mit Liedern, Spielen, Tänzen aus der Romantik von den Kulturgruppen. Die neue Blumenkönigin wird gekrönt mit der Krone aus 1000 Blüten. Anmeldungen ab sofort bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 1. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 23. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 30. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Vor kurzem hatten Neuwahlen stattgefunden und Kurt Weihe stellte nach seinen Begrüßungsworten den neuen Vorstand vor. Dem Vorstand gehören an: Brigitte Braczko, Helga Büchner, Irmgard Gläser, Reinhard Gerullis, Elli und Kurt Springwald sowie Kurt Weihe. Kurt Weihe hatte sich bereit erklärt, als Vorsitzender die Gruppe weiter zu leiten. Irmgard Gläser dankte ihm im Namen des Vorstandes für seine geleistete Arbeit und überreichte ihm ein kleines Dankeschön. Horst Braczko, der im Limbacher Raum den BdV mit gegründet hat, und seit Anfang an dem Vorstand der Gruppe angehört, hat aus gesundheitlichen Gründen den Vorstand verlassen. Kurt Weihe würdigte seine Arbeit und Heimatverbundenheit und überreichte ihm ein handgefertigtes heimatliches Erinnerungsgeschenk, gestaltet von Kurt Weihe, Horst Braczko bleibt als Ehrenmitglied des Vorstandes der Gruppe erhalten. Zum Thema des Nachmittags „Trakehnen“ gab es einen Vortrag von Kurt Weihe, ergänzt mit Gedichten und Geschichten. Es wurde auch der kürzlich verstorbenen ostpreußischen Schriftstellerin Hildegard Rauschenbach gedacht. Ihre Bücher haben oft zur Gestaltung der Heimatnachmittage beigetragen. Nach der Kaffeepause gab es noch umfangreiche Informationen von Kurt Weihe. Es wurde auf die Reisevorhaben der Gruppe in der nächsten Zeit hingewiesen. Auch die Vorbereitungen für das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt 2011 sind in vollem Gange. Bei genügender Beteiligung soll ein Reisebus dahin fahren. Mit einem gemeinsam gesungenen Lied endete dieser gehaltvolle Nachmittag.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 29. April, 11 Uhr, Treffen am Busbahnhof: Fahrt zum Kolpingwerk Hettstedt. – Mittwoch, 5. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 10. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“.

Giersleben – Donnerstag, 6. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Magdeburg – Freitag, 23. April, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Dienstag, 4. Mai, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 7. Mai, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 9. Mai, 14 Uhr, Treffen zum Muttertag in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – „Bad Oldesloe – Stadt der Brücken“ hatte Katharina Makarowski zum Thema des Nachmittags gemacht. Der gedankliche Sparziergang ging zurück in die Gründungszeit, als die Stadt von Trave, Beste und einer Burganlage umschlossen wurde. Sie erinnerte an die historischen Brücken und Tore: Hamburger Tor, Lübecker Tor und Best-Tor – heute noch in der „Besttorstraße“ erkennbar. Weiter ging es um die Nutzung des Bürgerparks früher und heute: die Bootsanlage von Bockhold, das Rudern auf der Trave, der ehemalige Torfhafen, die Badeanstalt an der Trave, die Bürgermeisterinsel und der „Exer“ heute als Sportanlage und Parkplatz beziehungsweise Platz für Jahrmärkte und Zirkus-Unternehmen genutzt. Eine kleine Quiz-Veranstaltung: „Wie gut kenne ich meine Stadt Bad Oldesloe“ mit Preisen bildete den Abschluss. Alle Teilnehmer machten vergnügt mit. Die lebhafte Aussprache wurde beim Kaffeetrinken fortgesetzt. – Da der zweite Donnerstag im Mai auf den Himmelfahrtstag fällt, wird der Kultur- und Plaudernachmittag im Mai ausfallen. Dafür trifft man sich zum Ausflug am 16. Mai, den Georg Baltrusch zusammen mit einem Busunternehmen vorbereitet hat.

Burg/Fehmarn – Aufgrund eines Übermittlungsfehlers wurde beim letzten Mal, nur ein Teil des Berichtes der Jahreshauptversammlung veröffentlicht. Hier nun der zweite Teil: Geplant für das laufende Jahr sind eine Theaterfahrt zur Dittchenbühne sowie der Jahresausflug „60 Jahre Flucht und Vertreibung“ nach Lüneburg, wo unter anderem das Ostpreußische Landesmuseums. Zum Abschluss der Veranstaltung wurde ein kleiner Imbiss gereicht. Ilse Meiske, Trägerin des Goldenen Ehrenzeichens der LO, gab nach 28 Jahren ihr Amt als Erste Vorsitzende auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung in jüngere Hände. Viel hat sie in dieser Zeit bewirkt, wie sie in einem Rückblick Revue passieren ließ. Ihr ist es zu verdanken, dass 1989 die „Ostdeutsche Stube“ im „Haus im Stadtpark“ eingeweiht wurde, heute eine Begegnungsstätte für Vereine und Verbände. Ferner war sie 1990 bereit, mit dem Fehmarnschen Heimat- und Museumsverein zu kooperieren, wo 2008 den Vertriebenen im Heimatmuseum ein Platz zu Ausstellungszwecken eingeräumt wurde. Ferner ist sie im Gremium Neringa/Nidden auf der Kurischen Nehrung, die 2000 eine Partnerschaft mit der Stadt Fehmarn schloss. Viele Veranstaltungen der letzten 28 Jahre fanden unter ihrer Regie statt. Der Landesvorsitzende Edmund Ferner würdigte ihre Verdienste mit einer Laudatio, in deren Verlauf er sie zur Ehrenvorsitzenden ernannte.

Mölln – Mittwoch, 28. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“. Gezeigt werden

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 21

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 20

wird ein Videofilm über Ostpreußen. Birgit Schumacher und Klaus Kuhr haben im vergangenen Jahr eine Reise durch Süd- und Nordostpreußen sowie Königsberg unternommen. Diese Fahrt stand unter der Leitung des Ehepaars Luise und Erhard Wolfram. Herr Wolfram ist ehemaliger Propst von Königsberg und kennt Ostpreußen somit aus jahrelanger Erfahrung. Der Film wird also aufschlussreiche Bilder von den gegenwärtigen Verhältnissen in Ostpreußen zeigen. Zu dieser Veranstaltung sind wie immer auch die Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig und Mölln sehr herzlich eingeladen.

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 23. April, 19 Uhr, Jahreshauptversammlung im „Landhaus Schönwalde“. Auf der Tagesordnung steht: Eröffnung und Begrüßung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstandes, Grußworte der Gäste, Neuwahlen des Vorstandes, Verschiedenes, Filmvortrag über Ostpreußen. Wie alljährlich soll es anschließend ein Königsberger Klops-Essen geben, dafür wird ein Kostenbeitrag von 8 Euro pro Person erhoben. Anmeldungen umgehend an Hans-Alfred Plötner, Telefon (04528) 495, oder Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.

Dem Volk aufs Maul geschaut

Zusammengetragen von Felix Arndt und in »Worte aus Ostpreußen« veröffentlicht (Teil 9 & 10)

Deikert, Deiker = Teufel, Deiwel „ei der Deikert!“
Deppke = alter getragener Hut, auch: unkluger Mann
Dickus, Dicksche = dicker Junge oder Mann, dicke Frau
dickkopsch = eigensinnig
Dimpel = kleiner Teich
Dingslamdei = Ersatzwort für eine vergessene Bezeichnung
Direx = Direktor
Dittchen = Zehn-Pfennig-Stück
Dittchenklub = der billigere, ungepflegte Teil einer Schlittschuhbahn
Dogcart = zweirädriger, einspänniger Spezialwagen
Dojahn = Dummkopf
doll = sehr
Döskopp = Träumer
dräameln = träumen
Drank = Schweinefutter, gemischt aus allerlei Abfällen
dreibastig = frech
dreidammlig = überaus dumm
dressieren = jemanden bedrängen, behelligen, beeinflussen
Driffke = Schlaukopf
driftig = schlau, verschlagen
drillen = mit der Maschine säen oder: jemanden streng im Gehorchen einüben
drippeln = tropfen
Dripsdrull = missmutiger Mensch
Dripsdrullig = komisch eifrig
Droschke = Pferde- oder Autotaxe
druggelig = klein und flink, beweglich
Druschel = Ohrfeige (weiches „sch“)
drusseln, eindrusseln = in einen leichten Schlaf verfallen
Dubbas = kleiner handlicher Gegenstand aller Art
Dubs = Gesäß
Du-chen, ei Du-chen = zärtliches „Du“
ducken = herunterdrücken, z. B. unter Wasser, angstmachen
ducknackig = gebückt, unterwürfig
Dusternis, duster = starke Dunkelheit, sehr dunkel
Düte = Tüte
duhn = betrunken
Dulks = Stoß
Dummerjahn, Dummrian = halb scherzhaft: Dummer, „Schafskopf“
dunnemals = damals
dunnerkiel! = erstaunter anerkennender Ausruf (wie „donnerwetter“)
dunnerlittchen = anerkennender Ausruf
Dunstkopp = Brummschädel nach Alkoholgenuss und Schimpfwort
durcher Käse = reifer Käse
durchkaldreien = über jemanden kritisch sprechen, ihn „bereden“
durchne Finger = verletzte, durchgestoßene Finger
durchrasseln oder durchschmieren = bei einer Prüfung durchfallen, sie nicht bestehen
jemanden durchschmieren = verhauen
durchstuken, stuken = durcharbeiten, z. B. Wäsche
durchwuchten = durchfeiern bis zum Morgen
durstern = Durst haben
Duschak = Stock (weiches „sch“)
Dusel = Glück

Das Leben an der Gilge

Der Fluss bestimmte den Lebenszyklus der Bewohner seiner Ufer – mal gemächlich, mal wild und stürmisch

Edith Lenkeit wuchs bei ihrer Großmutter Amalie auf, die in zweiter Ehe mit Georg Mitzkat verheiratet war und auf seinem Bauernhof an der Gilge lebte. Er hatte seinen Hof von zirka 36 Morgen für 1200 Mark gekauft, die er als Vorarbeiter einer Arbeitskolonne beim Bau von Staudämmen in der Gilge verdient hatte.

Normalerweise floss die Gilge ruhig zwischen den Flußwiesen in einer Breite von mehr als 100 Metern. Im Winter fror sie immer zu, so dass man sie mit Pferd und Schlitten überqueren konnte, wenn die Hufe der Pferde mit Stollen versehen waren. Hinter den Flusswiesen waren große Deiche, etwa drei bis vier Meter hoch, die sich

Im Kampf gegen die Natur

bis an das Kurische Haff, etwa 32 Kilometer lang hinzogen. Die Straße lief mitten auf der Deichkrone und hatte Abzweigungen zu jedem Gehöft außerhalb der Eindeichung. Wenn im Frühling das Tauwetter einsetzte, hörte man das donnernde Getöse des aufbrechenden Eises. Dann staute sich der Fluss und überflutete die Flusswiesen. Wenn das Eis sich wieder löste, spielten die Jungen auf den großen Eisschollen in dem flachen Wasser der Wiesen. Im Sommer graste das Vieh auf diesen Flächen und auch Kartoffeln konnten in dem reichen Schlamm wachsen, den der Fluss zurückgelassen hatte.

Wenn Papa Lenkeit seine Mutter und seine Tochter Edith besuchen wollte, musste er seine Ankunft am Fluss so planen, dass er zur Melkzeit eintraf und den Melker auf sich aufmerksam machen konnte. Der holte ihn dann mit einem Boot über den Fluss.

Ruth erinnerte sich an das Baden in der Gilge auf den Schultern ihres Vaters, als sie noch nicht schwimmen konnte. Einmal gerieten sie fast in einen Strudel, den sie nicht bemerkten, bis sie durch die Rufe der Zuschauer von der anderen Flussseite gewarnt wurden. Die Gilge hatte viele Windungen. Die Deiche waren aber gerade gebaut, so dass die Flusswiesen in ihrer Breite sehr stark variierten. Sie waren Gemeindeland, an der Nordseite mit einer Breite von mehreren 100 Metern, an der Südseite jedoch nur zirka 150 Meter breit.

Ein anderer Menschenschlag

Georg Mitzkat, dessen Flächen außerhalb der Eindeichung lagen, war gegen Bezahlung durch die Regierung verantwortlich für die Erhaltung seins Deichabschnittes. Sein Schwiegersohn, Gustav Mitzkat, fertigte Weidenbündel an für die Erhöhung oder Reparatur der Deiche.

Ein Raddampfer fuhr regelmäßig den Fluss auf- und abwärts. Es war das Transportmittel dieser Gegend. Ruth erinnert sich: „Opa Mitzkat wollte nach Tilsit fahren. Er ruderte auf die Mitte des Flusses, machte den Dampfer auf sich aufmerksam, der hielt an, nahm ihn auf und den Kahn in Schlepp, so ging es nach Tilsit. Bei der Rückfahrt wurde Opa wieder an seiner Abfahrtstelle ausgebootet.“ *John B. Bush*

Spurensuche durch Temeschwar

Deutsche Vergangenheit spürbar bis in die Gegenwart – Das »Klein-Wien« an der Bega

Das Donauschwäbische Zentralmuseum Ulm widmet der multikulturellen Stadt in Rumänien eine Sonderausstellung.

Im Rahmen der Ausstellungs-Reihe zu verschiedenen Themen, die mit den Donauschwaben und Südosteuropa verbunden sind, stellte das Donauschwäbische Zentralmuseum (DZM) in Ulm die Dokumentation „Temeswar/Timisoara – Klein-Wien an der Bega" vor.

Die Besucher der musealen Einrichtung konnten bereits Anfang des Jahres die Banater Stadt in der Dokumentation „Temeswar 1989. Symbol der Freiheit" kennenlernen. Diese Ausstellung dokumentierte anhand von Fotografien, Presseartikeln und Manuskripten die entscheidenden Wendepunkte der Revolution in Rumänien und der ersten freien Stadt Temeschwar.

Die neue Präsentation – die in Anwesenheit des Innenministers des Landes Baden-Württemberg und Vorsitzenden der Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum, Heribert Rech, eröffnet wird – lässt die mehr als tausendjährige Geschichte der am Fluss Bega gelegenen Stadt Timisoara (deutsch Temeswar) Revue passieren.

Jede Epoche wird in der Ausstellung mit Plänen, Kupferstichen, Radierungen, historischen Fotos und Exponaten berücksichtigt.

Im späten Mittelalter entwickelte sich die Siedlung zur Stadt, wurde 1212 Festung und zeitweilige Residenz des ungarischen Königs. Zwischen 1552 und 1716 fiel sie unter osmanische Herrschaft. Nach ihrer Befreiung durch die Habsburger Truppen unter Prinz Eugen von Savoyen wurde die Stadt neu begründet. Seit 1918 sind Temeswar und das Banat Teil Rumäniens.

Die Stadt hat sich zu einem multikulturellen Zentrum entwickelt und trägt auch den Beinamen „Klein-Wien an der Bega".

Auch Hinweise auf das Revolutionsjahr 1989, in dem aus Temeswar das Signal zum Sturz der kommunistischen Diktatur kam, finden ihren Platz in der Dokumentation.

Mit dem Blick auf die heutige Stadt wollen die Veranstalter einen Beitrag zur Erhaltung dieses Kulturerbes von europäischem Rang leisten.

Die Ausstellung wird durch ein umfangreiches und informatives Begleitprogramm ergänzt.

Zu dessen Höhepunkten gehören unter anderem ein Podiumsgespräch zwischen Peter Langer, dem Leiter des Donaubüros Ulm, und Gheorghe Ciuhandu, Oberbürgermeister der Stadt Timisoara, über die Förderung von grenzüberschreitenden Veranstaltungen sowie eine szenische Lesung zum Werk der gebürtigen banater Autorin und Nobelpreisträgerin Herta Müller.

Das Interesse des Publikums werden sicherlich auch der Fachvortrag von Martin Rill zur städtebaulichen Entwicklung von Timisoara sowie ein Konzert mit „Musik aus Temeswar" von Dr. Franz Metz wecken.

Unter dem Motto „Lichter der Großstadt – Mit Pinsel, Bleistift, Farbe und dem Fotoapparat auf Spurensuche durch Temeswar und Ulm" wird ein museumspädagogisches Begleitprogramm angeboten. *D.G.*

Die Sonderausstellung ist noch bis zum 24. Mai 2010 im Donauschwäbischen Zentralmuseum, Schillerstraße 1, 89077 Ulm, Telefon (0731) 962540, E-Mail: info@dzm-museum.de, zu sehen sein.



Beeindruckend: Die Häuserfassaden zeugen von der deutschen Geschichte der Stadt. Bild: D.G.

Späte Rückkehr

Ausstellung über den Politiker Eduard Pant



Im Rahmen des grenzüberschreitenden Dialoges mit Partnereinrichtungen aus Polen zeigt das Oberschlesische Landesmuseum von Ratingen-Hösel eine Dokumentar-Ausstellung des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz. Die Präsentation „Eduard Pant – ein später Rückkehrer" stellt den oberschlesischen Politiker und Menschen einer deutsch-polnischen Grenzregion in den Mittelpunkt. Pant gehörte zu den wenigen führenden Minderheitendeutschen in Polen und Ostmitteleuropa, die in der Zeit um 1930 öffentlich vor den Gefahren des Nationalsozialismus warnten und sich der Gleichschaltung nach dem Ermächtigungsgesetz von 1933 widersetzten.

In der Ausstellung veranschaulichen informative Text- und Bildtafeln sowie Original-Dokumente, Briefe, Schwarz-Weiß-Fotografien und Zeitungsausschnitte verschiedene Lebensetappen des Visionärs. Der 1887 in Witkowitz bei Mährisch-Ostrau geborene Pant wuchs in einer katholischen Arbeiterfamilie auf, was sich prägend auf sein weiteres Leben und Schaffen auswirkte. Ein Schwerpunkt liegt auf dem gesellschaftlichen Engagement des oberschlesischen Politikers in den 1920er und 1930er Jahren. Die deutsche Minderheit in Polen wurde nach der Machtergreifung Adolf Hitlers von der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik erfasst, während das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen für eine „Beruhigung" der beiderseitigen Beziehungen sorgte und seit 1934 das Minderheitenschutzabkommen aufgekündigt worden war. Die politischen Haltungen der Deutschen in Polen entsprachen etwa denjenigen in Deutschland, was sich in zahlreichen Institutionen und Verbänden widerspiegelte. Eduard Pant wehrte sich gegen die Entmachtung und Entrechtung der deutschen Katholiken wie auch der deutschen Minderheit in Polen. Er setzte sich für eine Zusammenarbeit mit Polen ein und gründete die katholisch-konservative Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen" (1934–1939). Sie wurde weit über Polens Grenzen hinaus zu einem wichtigen Sprachrohr der christlichen Emigranten, der Opposition gegen den Nationalsozialismus und der nicht gleichgeschalteten Minderheiten in Ost-Mitteleuropa.

Christliche Werte bestimmten sein Handeln

Den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hat Eduard Pant nicht mehr erlebt. Er starb 1938 in Kattowitz.

Doch die Voraussetzungen für die Erfüllung seines Traumes von einem friedlichen Zusammenleben der Deutschen und Polen in Europa – der sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch als völlig unrealistisch erwies – wurden nach mehr als 60 Jahren geschaffen. *Dieter Göllner*

Die Dokumentarausstellung ist im Oberschlesischen Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen, noch bis zum 25. April 2010 zu besichtigen.

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

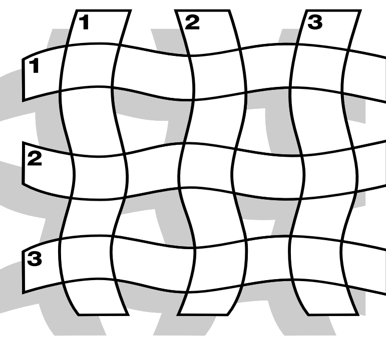
ACDEHIMNOS, ABEL, EEHIW, EEOS, ENNTU, ASTT, CLOU, HINR, BEITZ, AIL, BEEKLN, EKORST, NTU

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Heilpflanze.

1	TANZ	TERMIN
2	IMMUN	GEFUEHL
3	STUNDEN	GELD
4	RODEL	HUND
5	KINDER	EISENBAHN
6	TROMMEL	HELD
7	WAESCHE	PREIS

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 modisch schick
2 Fibel, Schmuckspange
3 Dienstkleidung

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Lokal, 2. Schwaeche, 3. Kilometer, 4. Schlitten, 5. Spielzeug, 6. Revolver, 7. Schleuder – Kamille

Magisch: 1. elegant, 2. Agraffe, 3. Uniform

PAZ10_16

Sehnsucht nach dem Land der Kindheit

Emil Nolde und Theodor Storm: Zwei Norddeutsche werden weltbekannt

Emil Nolde und Theodor Storm, zwei Künstler, die man gemeinhin nicht in einem Atemzug nennt. Dennoch sind Gemeinsamkeiten zu entdecken.

Der Reiselust des Malers Emil Nolde ist eine Ausstellung gewidmet, die derzeit in der Dependance des Nolde-Museums Seebüll in Berlin zu sehen ist. Nolde ist Zeit seines Lebens viel und weit gereist. Neben seiner wohl bekanntesten Reise in die Südsee in den Jahren 1913/14 verbrachte er auch in Deutschland sowie innerhalb Europas mehrere Wochen, die sich im Schaffen des Malers niedergeschlagen haben. Sei es im winterlichen Cospeda bei Jena oder in Spanien, sei es vor der beeindruckenden Kulisse der Schweizer Alpen oder an der vom Sturm zerzausten Nordseeküste, stets hielt der Künstler seine Eindrücke von Natur und Menschen mit sicherer Hand und genauem Blick im Aquarell oder auch im Ölbild fest.

Eulen für Storms Schreibtisch geschnitzt

Die Ausstellung „Reiselust – Emil Nolde unterwegs in Deutschland, Spanien und der Schweiz“ zeigt 13 Gemälde sowie über 100 Aquarelle aus der Sammlung der Nolde Stiftung, die während Noldes Aufenthalten in Cospeda, Granada, St. Peter-Ording, auf der Insel Sylt und in der Schweiz entstanden. Zahlreiche Arbeiten sind zum ersten Mal öffentlich zu sehen.

Was kaum einer weiß: Nolde ließ sich von 1884 bis 1891 als Schnitzer und Zeichner an der Kunstgewerbeschule in Flensburg (heutiger Museumsberg Flensburg) ausbilden. Er war dort an der Restaurierung des Brüggemann-Altars beteiligt. Eine frühe Arbeit ist auch im Husumer Storm-Museum zu sehen. Zu seinem 70. Geburtstag am 14. September 1887 schenkten Verehrerinnen aus Kiel dem Dichter Theodor Storm (1817–1888) einen „kunstvollen Schreibtisch“, dessen Oberteil von vier „tiefsinnigen Eulen“ getragen wurde. An diesem Schreibtisch arbeitete Storm an seinem letzten großen Werk, dem „Schimmelreiter“. Die Vorarbeiten nahmen den Dichter fast drei Jahre in Anspruch. Er musste eine ursprünglich in Westpreußen angesiedelte Spukgeschichte glaubwürdig nach Schleswig-Holstein verlegen und „in eine würdige Novelle“ verwandeln, die „mit den Beinen auf der Erde steht“. Das ist Storm zweifellos gelungen, denn das Werk fand allerorten große Anerkennung. Paul Heyse nannte es „ein gewaltiges Stück, das mich durch und durch geschüttelt“.

Mehr über Leben und Werk des Dichters erfährt der Literaturfreund in einem neuen Buch aus dem Hamburger Ellert & Richter Verlag. Karl Ernst Laage, der Nestor der Storm-Forschung und Gründer des Storm-Museums in Husum, erzählt darin spannend und unterhaltend vom Dichter der „grauen Stadt am Meer“, der zu den meistgelesenen des 19. Jahrhunderts zählt. Storm schuf 56 Novellen, Märchen und Erzählungen, 400 Gedichte, allerdings keinen Roman und kein Drama. „Durch die Einführung eines persönlichen Erzählers“, so Laage, „gelingt es Storm, eine Situation zu schaffen, die beim Leser den Eindruck erweckt, als ob wirklich mündlich erzählt würde. Diese Erzähltechnik wird von Storm so verfeinert, dass das Novellengeschehen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wird und die einzelnen Szenen in einem – vom Dichter bestimmten – Licht erscheinen. So gewinnen Storms Novellen eine besondere Farbigkeit und Lebendigkeit.“ Eine besondere Farbigkeit findet man auch in den Bildern Emil Noldes. Flammende Blüten, roter Himmel über grünem Meer, gelbe Wolken über schwarzen Wiesen – „Das Licht zaubert Wunderbares in die karge Menschenlandschaft“, schrieb Nolde einmal. Dieses Licht hat er in seinen Bildern eingefangen. Erdige Töne lassen die auffälligen Farben erst recht lodern. Noldes Werk zählt zu den revolutionärsten des 20. Jahrhunderts. Es war durchzogen von der norddeutschen Heimat, in die er immer wieder nach vielen Reisen zurückkehrte. Wann immer er unterwegs war, nach einiger Zeit stellte sich die Sehnsucht nach dem Land der Kindheit ein. „Das Elternhaus zog mich an sich und die Heimat. Die reifen Kornfelder. Die Herbstwolken, die Ebene.“

„Nolde, der die Natur mit leidenschaftlichen Sinnen aufnahm, sah darin mehr als nur Nebel, Wolken, Wogen, Sonnenaufgänge und Sonnenuntergänge“, schreibt Anna Brenken in einem neuen Buch über Emil Nolde. „Für ihn war die Natur belebt mit Trollen, Riesen, Zwergen, Gnomen, Hexen – den archaischen Spukgestalten, die der Verstand nicht zu erklären vermag … In Theodor Storms Novelle ‚Der Schimmelreiter‘ ist diese norddeutsche ‚Spökenkiekerei‘ auf das Schönste literarisch festgehalten. In Emil Noldes Landschaftsbildern spuken andere nordische Geister …“

Das Leben des Malers wird in dem neuen Buch auf vielfältige Weise nachgezeichnet. Die Autoren sind nicht nur der Farbe auf der Spur, sondern auch der Landschaft und den Menschen, die das Werk des Künstlers prägten. Wenn die Leute in Nordschleswig Nolde sahen, dann sagten sie im Nachschauen: „Der Maler tut segeln, mit dem Wind gegen den Wind und mit dem Wind gegen sich.“

Silke Osman

Emil Nolde: Abendliche Marschlandschaft (Aquarell auf Japanpapier, um 1935 / 40) Bild: Galerie Ludorff

***Die Ausstellung „Reiselust“** der Nolde Stiftung Seebüll, Dependance Berlin, Jägerstraße 55, ist noch bis 4. Juli täglich von 10 bis 19 Uhr zu sehen, Eintritt 8/3 Euro*

***Günter Kunert, Frank Gerhard, Anna Brenken: „Nordfriesland im Licht – Auf den Spuren Emil Noldes“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2010, 112 Seiten mit 34 Abbildungen, broschiert, 8,95 Euro*

***Karl Ernst Laage: „An's Haff nun fliegt die Möwe – Auf Theodor Storms Spuren“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2010, 112 Seiten mit 42 Abbildungen, broschiert, 8,95 Euro*

IN KÜRZE

Eine Hamburger Künstlerfamilie

Dass der Nachlass eines Künstlers nicht nur Freude bereitet, sondern auch Verantwortung bedeutet, hat manch einer schon erfahren. Oft genug stehen Erben nicht nur vor einer Fülle von Kunstwerken, sondern auch vor einem ausgemachten Problem: Wohin mit den sperrigen Bildern, den gewichtigen Skulpturen, wohin gar mit dem schriftlichen Nachlass und anderen Archivalien? Museen oder Galerien sind entweder nicht interessiert oder stellen die Werke in das Depot. Bald ist die Zeit über sie hinweggegangen, dabei hat die kunstinteressierte Öffentlichkeit ein Recht, auch etwas über weniger bekannte Künstlerinnen und Künstler und ihr Werk zu erfahren. Das dachten sich auch Hamburger Wissenschaftler, Museumsleute, Nachlasserben und Sammler. Sie gründeten 2003 den gemeinnützigen Verein „Forum für Nachlässe von Künstlerinnen und Künstlern e.V.“ und schufen so eine bundesweit damals einmalige Institution.

Die Kunstwissenschaftlerin Gora Jain vom Vorstand des Forums hob in einem Gespräch mit der *PAZ* die dringende Notwendigkeit hervor, sich um Nachlässe dieser Art zu kümmern. Die Entwicklung sei rasant. Zurzeit betreue der Verein, der sich zunächst einmal um Künstler kümmert, die einen Bezug zu Hamburg haben, einige Nachlässe, darunter den der Künstlerfamilie Ahlers-Hestermann. Derzeit werden im Künstlerhaus Sootbörn 22, wo der Verein ein würdiges Domizil gefunden hat, jetzt Werke des Malers und Mitbegründers der Hamburger Sezession Friedrich Ahlers-Hestermann (1883–1973), seiner Frau, der Malerin Alexandra Povórina (1885–1963), und der gemeinsamen Tochter Tatiana (1919–2000), einer überregional anerkannten Textil- und Glaskünstlerin, ausgestellt. *os*

Die Ausstellung ist bis zum 2. Mai jeweils mittwochs und sonnabends von 15 bis 18 Uhr sowie sonntags von 11 bis 17 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei.

»Ich darf nicht zurück, ich strebe vorwärts«

Zum ersten Mal ist in Österreich eine Retrospektive der Malerin Paula Modersohn-Becker gewidmet

Die dunklen Augen, manchmal kritisch, manchmal prüfend aus dem Bild herausblickend, schienen den Betrachter zu verfolgen. Ein dunkler Rand um die schweren Lider betonte den prüfenden Blick merklich, man konnte ihm schwerlich ausweichen. Plakate zierten ihn, in den Schaufenstern der Buchläden war er zu entdecken, im Kulturteil der großen Tageszeitungen wurde er abgebildet, dieser Blick, oder besser die Selbstporträts der Paula Modersohn-Becker (1876–1907). Kein Wunder, denn schließlich war 2007 „Paula-Jahr“ in Deutschland.

»Die Farbe ist famos, aber die Form?«

Mit Ausstellungen landauf landab gedachte man einer der großen Wegbereiterinnen der Moderne. Beeinflusst von Werken Cézannes, Gauguins und van Goghs entwickelte sie in ihren Bildentwürfen neue Wege formaler Gestaltungsprinzipien, die in der Darstellung des Kreatürlichen im menschlichen Sein gipfelten. Zum ersten Mal ist nun in Österreich eine große Retrospektive der Malerin gewidmet. Die Kunsthalle Krems an der Donau zeigt mit der Ausstellung „Paula Modersohn-Becker – Pionierin der Moderne“ einen Überblick über das Gesamtwerk der Künstlerin, das immerhin rund 750 Gemälde, 1000 Handzeichnungen und 13 Radierungen umfasst. Leihgaben vorrangig aus den drei in Bremen ansässigen Modersohn-Becker-Sammlungen ermöglichten die beeindruckende Schau in Krems.

„Obwohl alles Idealisierend-Beschönigende und Sentimentale in ihren Bildern fehlt, strahlen ihre Arbeiten auf eigentümliche Weise eine feierliche Bedeutung und menschliche Würde aus“, schreibt Hans-Peter Wipplinger, Kurator der Ausstellung, im wunderschön gestalteten Katalog. „Sie hat mit ihrem künstlerischen Schaffen nicht nur einen neuen Weg in der malerischen Ausdrucksweise beschritten, sondern durch ihre Themenwahl, bei der sie einen Schwerpunkt auf weibliche Figuren und Selbstporträts legte, dem Bild des ‚Weiblichen‘ in der Kunstgeschichte zu einer neuen Perspektive verholfen.“



Paula Modersohn-Becker: Landstraße mit Birken (Öl,1901) Bild: Kunsthalle Krems

Ganz anders sah es Paulas Mann, der Maler Otto Modersohn. Er schrieb 1903: „Sie hasst das Konventionelle und fällt nun in den Fehler, alles lieber eckig, hässlich, bizarr, hölzern zu machen. Die Farbe ist famos, aber die Form? Der Ausdruck! Hände wie Löffel, Nasen wie Kolben, Münder wie Wunden, Ausdruck wie Kretins. Sie ladet sich zuviel auf.“ Paula entgegnete: „Die große Einfachheit der Form, das ist etwas Wunderbares …“

1901 hatte der elf Jahre ältere und bereits erfolgreiche Maler Otto Modersohn die 1876 in Dresden-Friedrichstadt geborene Paula Becker geheiratet. Sie lebten in dem kleinen Worpswede, der Künstlerkolonie im Teufelsmoor bei Bremen. Schon im Sommer 1897 hatte Paula geschwärmt: „Worpswede, Worpswede, Worpswede! Versunkene-Glocke-Stimmung! Birken, Birken, Kiefern und alte Weiden. Schönes braunes Moor, köstliches Braun! Die Kanäle mit den schwarzen Spiegelungen, asphaltschwarz. Die Hamme mit ihren dunklen Segeln. Es ist ein Wunderland, ein Götterland …“

Dieses „Götterland“ ist denn auch auf vielen ihrer Bilder zu sehen. Wer einmal das Dorf Worpswede besucht hat, kann durchaus das eine oder andere Motiv wieder entdecken – trotz allem touristischen Trubel, der mittlerweile dort herrscht.

»Worpswede ein Götterland«

Paula Modersohn-Becker hatte sich in einer für Frauen schwierigen Zeit entschlossen, Malerin zu werden. Sie und ihre Kolleginnen wurden als „Malweiber“ beschimpft und verspottet, sie konnten keine Akademien besuchen und fanden nur wenig Abnehmer für ihre Bilder. So konnte Paula zu Lebzeiten nur drei Bilder verkaufen und sich an zwei Ausstellungen beteiligen. Sie schien zu ahnen, dass ihr nur kurze Zeit vergönnt war, ihr Werk zu vollenden: „Ich fühle, dass alle Menschen sich an mir erschrecken, und doch muss ich weiter. Ich darf nicht zurück. Ich strebe vorwärts, gerade so gut als Ihr, aber in meinem Geist und in meiner Haut und nach meinem Dafürhalten“, schrieb sie 1899. Ihr sollten nur noch acht Jahre bleiben. Paula starb 18 Tage nach der Geburt ihrer Tochter Mathilde am 20. November 1907 an einer Embolie. Sie wurde auf dem Friedhof von Worpswede beigesetzt. *os*

Die Ausstellung „Paula Modersohn-Becker – Pionierin der Moderne“ in der Kunsthalle Krems an der Donau, Franz-Zeller-Platz 3, ist bis zum 4. Juli täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 9/8 Euro. Katalog mit Beiträgen von Anne Higonnet, Rainer Stamm und Hans-Peter Wipplinger. Hirmer Verlag, München 2010, 168 Seiten, 73 Farbtafeln, 74 Abbildungen in Farbe und 13 in Schwarz-Weiß, Bibliografie, gebunden, 29,90 Euro.



Genötigte Ausreißerin

Krimi um Pädophilennetz

Kaum hat der Leser den letzten Fall von Arne Dahls schwedischem Ermittlerteam, der A-Gruppe des Kriminalromans „Totenmesse“, verdaut, hält der Autor uns bereits mit seinem nächsten Band in Atem. In „Dunkelziffer“ versucht die Truppe von hochrangigen Ermittlern ein Mädchen zu finden, das auf einer Klassenreise im Wald spurlos verschwunden ist.

Die Spur führt jedoch vom Wald aus direkt in die Weiten des Internets, als die Polizisten herausfinden, dass die 14-Jährige Nacktfotos von sich auf einer kostenpflichtigen Internetseite zur Schau stellte. Doch wollte das Mädchen wirklich nur sein Taschengeld aufbessern?

Kostenpflichtige Aktfotos der Schülerin

Schon bald geht den Mitgliedern des Ermittlerteams auf, dass es sich bei Emily nicht um eine verliebte Ausreißerin handelt, sondern dass sie es hier mit einem Fall zu tun haben, der sie in die Abgründe der menschlichen Seele blicken lässt, ein großes Pädophilennetz rückt in den Fokus der Ermittlungen.

Doch was verschweigt die sich betont gelassen zeigende Mutter Emilys? Und wieso kann sie sich als einfache Teilzeitangestellte in einem Call-Center eine so teure Wohnung leisten? Schon bald wird aus der anfänglichen Ahnung der Ermittlerin Kerstin Holm ein dunkler Verdacht. Doch als wäre der ganze Fall nicht bereits verworren genug, taucht plötzlich auch noch eine Leiche auf.

„Eine Leiche ist eine Leiche. So hatte Arto Söderstedt die Sache immer betrachtet. Nüchtern und besonnen. Er war Humanist genug, um an die Seele zu glauben, und es war immer so offensichtlich, dass die Seele so weit, weit weg war. Sie war also auch jetzt weit weg. Aber eine Leiche war nicht immer eine Leiche. Es gab Ausnahmen. Der Kopf des Mannes lag an Ort und Stelle auf der Metallbahre, wäre nicht die schwache rote Linie am Hals gewesen … Söderstedt fühlte sich schwindelig, als er sich zum mit Abstand ältesten Gerichtsmediziner der Welt umwandte, dem pensionsverweigernden Uhu namens Sigvard Qvarfordt.“

Wie gewohnt entwirrt Arne Dahl auch in diesem Kriminalfall Kapitel für Kapitel das Durcheinander der einzelnen Spuren und fügt zum Ende hin alle einzelnen Handlungsstränge zu einem klaren Gefüge zusammen.

Wer jedoch bisher noch keine Bekanntschaft mit der schwedischen Sondereinheit gemacht hat, sollte sich als Einstieg möglichst nicht diesen Roman auswählen. Die Charaktere und die bisherigen einschneidenden Erlebnisse der Ermittler werden zum Teil als bekannt vorausgesetzt, die persönlichen Entwicklungen weitergesponnen. Da die A-Gruppe aus sieben Mitgliedern besteht, wirken die vielen einzelnen Handlungsstränge manchmal etwas verworren.

Und wer von „Dunkelziffer“ durchgehende Hochspannung erwartet, wird hier nicht befriedigt werden. Vielmehr schleicht sich das Gift der in diesem Fall bitteren Wahrheit durch die Handlung, grausam, langsam, blutig und unaufhaltsam. Ein spannender und ausgeklügelter Krimi, der jedoch etwas Geduld vom Leser erfordert. *A. Ney*

Arne Dahl: „Dunkelziffer“, Piper, München 2010, gebunden, 413 Seiten, 19,95 Euro



Reformator contra Restaurator?

Bewährtes über Stein und ein neues Licht auf Metternich

Prägend für die Epoche nach dem Untergang des Alten Reiches im Jahre 1806 waren Staatsmänner: der in preußischen Diensten stehende Freiherr vom Stein als Reformer der Verwaltung und Fürst Metternich, der von Wien aus die europäische Politik lenkte. Das Urteil der Nachwelt über ihr Wirken fiel jedoch höchst unterschiedlich aus.

Die Höhepunkte ihres Einflusses waren nur leicht zeitversetzt, deutlich wird das am Wiener Kongress von 1814/15. Diesem widmet Wolfram Siemann in seiner Metternich-Biographie ein ganzes Kapitel, während Heinz Duchhardt Steins dortiges Agieren in seinem Buch im Abschnitt „Der Abschied von der großen Politik“ behandelt. Anschaulich wird so die jeweilige Rolle: Während Metternich den Vorsitz des Kongresses führte und maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung der nachnapoleonischen Ära nahm, war die große Zeit Steins bereits vorbei, dem Kongress wohnte er nur noch in der nachgeordneten Funktion eines Beraters des russischen Zaren bei. Auch wenn sich die Wege der beiden Staatsmänner nicht allzu oft kreuzten, so bietet doch ein Vergleich ihrer Biographien interessante Perspektiven.

Heinz Duchhardt, Direktor am Institut für Europäische Geschichte in Mainz, der bereits mit einer Reihe von Veröffentlichungen über Stein hervorgetreten ist, zeichnet das Bild des Reformers, der bezüglich der staatlichen Organisation das Tor zur Moderne aufgestoßen hat, für Preußen und darüber hinaus. Grundzüge seiner Städtereform wirken bis heute nach. Es wird deutlich vor Augen geführt, auf welche Weise Stein wahrgenommen wurde und was schließlich dazu führte, dass er nach seinem Tod von den unterschiedlichsten politischen Richtungen als Vorläufer und Bezugspunkt reklamiert wurde.

Stein stieß für Preußen das Tor zur Moderne auf

In die Tradition Metternichs hingegen wollte sich kaum jemand stellen. Nach der Lektüre der Abhandlung von Wolfram Siemann, Professor für Neuere und Neueste Geschichte in München, ist man geneigt zu fragen: Warum eigentlich nicht? Das bisher stark auf den „rückwärtsgewandten“ und Freiheitsbestrebungen unterdrückenden „Restaurator“ reduzierte Bild wird wohltuend relativiert. Siemann, der zur Zeit an einer umfangreicheren Metternich-Biographie arbeitet, verortet den Staatsmann unter Einbezug der historischen Gegebenheiten als Politiker, dem es vor allem um eine stabile Ordnung, das Ausbalancieren der Interessen sowie das Verhindern von politisch motivierten Terrorakten oder gar Kriegen ging. Im Inneren des habsburgischen „Vielvölkerstaates“, im Deutschen Bund sowie im europäischen Rahmen galt ihm dies als Leitlinie. In den aufbrechenden Nationalismen erkannte er frühzeitig Gewaltpotenzial. Vor diesem Hintergrund fällt ein anderes Licht auf so manche von Metternichs „Unterdrückungsmaßnahmen“.

Neben dem politischen Wirken und den Zeitumständen kommen in beiden Büchern die doch recht unterschiedlichen Persönlichkeiten der Staatmänner nicht zu kurz. So erfährt man etwa bei Duchhardt, dass für Therese, die jüngste Tochter des Freiherrn vom Stein, die Bescherung zum Weihnachtsfest des Jahres 1813 kein Höhepunkt gewesen sein dürfte: Die Zehnjährige erhielt vom Vater einen Plan der reichlich zwei Monate zurück-liegenden Völkerschlacht bei Leipzig als Geschenk. Die Begebenheit illustriert nicht nur das mangelnde Einfühlungsvermögen des preußischen Reformers in die Bedürfnisse eines Kindes, sondern auch, mit welcher Verbissenheit der privat etwas biedere Stein an den Themen seines Lebens – hier dem Befreiungskampf gegen Napoleon – hing. Auch Metternich verabscheute Napoleon als Zerstörer und Menschenverächter, eine derartige Szene wäre jedoch im Leben des weltgewandten und friedliebenden Diplomaten, wie Siemann ihn darstellt, kaum vorstellbar gewesen. *Erik Lommatzsch*

***Heinz Duchhardt: „Freiherr vom Stein – Preußens Reformer und seine Zeit“**, C. H. Beck, München 2010, 127 Seiten, broschiert, 8,95 Euro; **Wolfram Siemann: „Metternich – Staatsmann zwischen Restauration und Moderne“**, C. H. Beck, München 2010, 128 Seiten, broschiert, 8,95 Euro*



Mit dem Leben davongekommen

Ehemaliger Soldat erinnert sich an seine Jugend in Ostpreußen und an den Krieg

„Meine Erinnerung setzt erst im D-Zug von Marienwerder nach Königsberg ein. Ein grandioser Abschluss der Rosenberger Jahre. Der Zug rast durch eine finstere Gewitternacht …“ Wilhelm Führer war 1927 sechs Jahre alt, als sein Vater, ein Beamter, nach Königsberg versetzt wird und die Familie von Rosenberg in Westpreußen in die Stadt am Pregel zieht. Und es waren gute Jahre, die der Familie trotz hoher Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Armut in der Großstadt bevorstanden. So erinnert sich Wilhelm Führer in seinem Buch „Verführt, verheizt, entkommen“, wie er zur Taufe seines kleinen Bruders selbstständig Gäste eingeladen hat und seine Eltern ganz perplex waren, als die plötzlich mit Präsenten am Ehrentag auftauchten.

Erstmals 1928 bekam er etwas von Politik mit, als seine Mutter mit übertriebener Verzweiflung in der Stimme zu seinem Onkel meinte: „Jetzt bleibt uns ja nichts mehr übrig, als die KPD zu wählen.“ Zwar hörte der Junge, welche Parteien es gab, aber deren Ziele kannte er nicht. Doch die Politik, die in jenen Jahren gemacht wurde, führte dazu, dass Wilhelm nach dem Abitur und den feuchtfröhlichen Feiern davor und danach in den Krieg ziehen musste.

Der Autor schreibt über seine Kriegserlebnisse merkwürdigerweise ähnlich beschwingt wie über seine Jugenderinnerungen. Doch da die Rezensentin dieses Phänomen bereits aus den Berichten ihres Großvaters kennt, scheint Wilhelm Führer nicht der einzige zu sein, der schreckliche Geschehnisse durch Lockerheit vor sich selbst zu verharmlosen versucht. Und auch er neigt dazu, seine Eroberungen aus der Damenwelt anzuführen. Auch erinnert sich der Autor an durchaus kontroverse, aber keineswegs aggressive Debatten mit Franzosen in den bereits besetzten Gebieten.

Da Wilhelm Führer vor allem als Fahrer tätig war, geriet er selten in die Schusslinie, doch auch er erlebt später brisante Situationen bei Partisanenangriffen in Osteuropa. Erst gegen Kriegsende wurde es für den Autor, der nebenbei ein Jura-Fernstudium zu absolvieren versuchte, brenzlig. Doch im Gegensatz zu vielen seiner Kameraden war ihm das Glück hold. Selbst seine Kriegsgefangenschaft verlief vergleichsweise harmlos, jedenfalls stellt der Autor es so da. Ein „Das ging schon alles irgendwie“ steht über allem. Durch Flucht entzog er sich dann auch schon relativ früh dem Zugriff der Sowjets und landete schließlich in einem Sammellager in Berlin, von wo aus er weiter zu seiner Mutter und Schwester zog, die im südlichen Sachsen-Anhalt untergekommen waren. Da er in der Sowjetischen Besatzungszone keinen Studienplatz für Jura bekam, wurde er Lehrer und später Schulleiter. *Bel*

***Wilhelm Führer: „Verführt, verheizt, entkommen – Meine Kindheits- und Jugenderinnerungen an eine verfemte Zeit 1921 bis 1945“**, Projekte-Verlag, Halle 2009, gebunden, 295 Seiten, 19,80 Euro*



Aufstieg einer Arbeitertochter

Ein atmosphärischer, in den 60er Jahren angesiedelter Bildungsroman

Nun liegt er also vor, Ulla Hahns zweiter großer, biographisch gefärbter Roman über Hilla Palm, das Kind „aus Dondorf am Rhein zwischen Düsseldorf und Köln“. „Aufbruch“ lautet der schlichte Titel.

Mittlerweile schreibt man das Jahr 1963. Hilla ist 17 Jahre alt, Schülerin eines Aufbaugymnasiums und von Lerneifer erfüllt. Tagsüber hat sie anspruchsvollen Deutsch- und Lateinunterricht und muss sich mit höherer Mathematik auseinandersetzen, um nachmittags in das bildungsferne Elternhaus zurückzukehren, wo Kölsch gesprochen wird und wo man das Radio abstellt, sobald klassische Musik ertönt. Hochdeutsch sprechen ihre Eltern und die Großmutter nur „für Kirche und Kirchenmänner“. Dorftratsch spielt dagegen im Leben der Mutter, einer Putzfrau, eine wichtige Rolle. Der geliebte Großvater mit seinen tröstlichen „Buchsteinen“ lebt nicht mehr, doch mit ihrem Bruder Bertram, der ebenfalls das Gymnasium besucht, pflegt Hilla eine verschworene Gemeinschaft. Geschlagen wird sie nun nicht mehr. Wie früher entflieht sie der häuslichen Enge, indem sie sich mit ihren Büchern in den Holzschuppen im Garten zurückzieht.

Ulla Hahn ist daran gelegen, ihren Lesern die Atmosphäre der 60er Jahre unmittelbar nahezubringen, anhand der beklemmenden Erfahrungen der Protagonistin ebenso wie mittels amüsanter Szenen wie dem Umgang mit dem ersten Quelle-Katalog, aus dem Tante und Cousine auf Kölsch vorlesen. Die Sprache der Autorin ist klar und direkt, unter Verzicht auf assoziatives Schreiben und Zeitsprünge. Nur wenn sie tiefe Gefühle zum Ausdruck bringen möchte, holt sie weit aus und bedient sie sich entsprechender Stilmittel.

Der erste Quelle-Katalog als Familienereignis

Nunmehr hat die zielstrebige und lernwütige Hilla Kontakte zu Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. In Buches Buchhandlung beginnt der Flirt mit dem Fabrikantensohn Godehard van Keuken. Die Episode dieser Liaison gehört mit zum Reizvollsten, was der Roman zu bieten hat: der geschickt herausgestellte Gegensatz zwischen der jungen Intellektuellen aus dem Arbeitermilieu und dem wegen seiner Neigung zur Wissenschaft gewissermaßen ebenfalls aus der Art geschlagenen Geologiestudenten.

Dass Hilla dem Werben des eher spröden Godehard nachgibt, ohne in ihn verliebt zu sein, wird als quasi natürliche Handlungsweise vom Standpunkt der Benachteiligten aus beschrieben. Vom Standpunkt des Lesevergnügens aus ist es dagegen sehr zu bedauern, dass sie ihrem schwer verliebten Verehrer den Laufpass gibt, nachdem dieser ihr Wohnhaus als ein „Loch“ bezeichnet hat.

Und in der Buchhandlung erfährt Hilla dann noch etwas über ihren einstigen Verehrer, was sie zusätzlich verärgert. Recht hart wird zudem verbal gegen die Millionärsgattin ausgeteilt, deren Söhnen Hilla Nachhilfestunden gab und von der sie wie eine Dienstmagd behandelt worden war.

Doch es bleibt hervorzuheben, dass dieser unterhaltsame Entwicklungs- und Bildungsroman aus einer kulturell schon fremd und fern wirkenden Zeitepoche, seinen Lesern eine echte Bereicherung zu bieten hat. *Dagmar Jestrzemski*

***Ulla Hahn: „Aufbruch“**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2009, gebunden, 592 Seiten, 24,95 Euro*



Eifersucht

Briefroman von 1797

Sie war zwar Französin, doch durch ihre Ehe mit dem deutschen Grafen Salm-Reiffenscheidt-Dyck darf auch die deutsche Literaturgeschichte Constance de Salm (1767–1845) mit für sich in Anspruch nehmen. Hinzu kommt, dass deutsche Literaten, Dichter und Philosophen ihre französischen Kollegen ebenso inspirierten wie umgekehrt. Zudem war Alexander von Humboldt ein häufiger Gast im literarischen Salon der Gräfin, das erste weibliche Mitglied der bedeutenden Pariser Akademie war.

Inspiriert von Goethes „Werther“ schrieb auch Constance de Salm einen Briefroman. „24 Stunden im Leben einer empfindsamen Frau“ heißt das aus heutiger Sicht etwas anstrengend zu lesende Werk. Hierin kommt die Hauptfigur Madame de *** von einem Fest, wo sie ihren Liebsten mit einer anderen Frau die Feier verlassen sehen hat. In emotionalem Aufruhr schreibt sie ihm mitten in der Nacht einen Brief und bittet um Aufklärung. In weiteren Briefen steigert sie sich in Eifersucht hinein und als ihr Angestellter, der die Briefe überbringen sollte, unverrichteter Dinge heimgekehrt, weil der Empfänger nicht daheim ist, macht sie sich selber zu ihm auf. In einem weiteren Brief schildert sie später diesen Besuch, der für sie peinlich endete, ihr dafür einen neuen Verehrer einbrachte. Dieser will der verstörten Frau helfen, den Verbleib seines Konkurrenten zu klären und berichtet, dieser habe heimlich geheiratet. Daraufhin schreibt Madame de *** einen Abschiedsbrief.

Die Autorin verfolgte mit ihrem Briefroman erzieherische Ziele. Sie will aufzeigen, wohin Eifersucht führen kann, wobei sie im Gegensatz zu Goethe nicht zu allzu drastischen Mitteln greift. *Bel*

***Constance de Salm: „24 Stunden im Leben einer empfindsamen Frau“**, Piper, München 2010, broschiert, 127 Seiten, 7,95 Euro*

Har(t)zer Mentalitäten

Von Anstrengungslosigkeit und Armut in der Mitte Deutschlands – Eindrücke einer Reise

„Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen", lautet ein Sprichwort. Und nicht immer sind es positive Erlebnisse, die der Reisende mit nach Hause bringt.

Herrlicher Schnee, 70 bis 140 Zentimeter hoch, bei schönstem Sonnenschein, lockten in diesem Jahr noch bis Mitte März viele kurzentschlossene Winterurlauber in die Höhen des Harzes. Dort warten auf den anreisenden Gast Urlaubsorte wie Clausthal-Zellerfeld, Sankt Andreasberg oder der Hauptort Braunlage. Dass sich viele Touristen in „Sorge" und „Elend" einquartieren werden, so heißen tatsächlich zwei Flecken im Ostharz, ist schwer vorstellbar. Durchfährt man diese Ortschaften mit den meist braunen oder schwarzen Holzhäusern, vermitteln sie einen trostlosen Eindruck.

Viele Geschäfte stehen leer – wenig gastfreundlich

Einzig die rot-weißen Werbeschilder für den „Schierker Feuerstein", einen populären Kräuterschnaps, lockern das Bild ein wenig auf. Viele Geschäfte stehen leer, überall laden „Zimmer frei"-Schilder den Gast zum Bleiben ein.

Doch der Gast traut sich kaum hinein in die Häuser und Gästeunterkünfte, denn die sehen so aus, als sei in den letzten 30 oder 40 Jahren nichts investiert worden. Sicherer scheint da der Aufenthalt in einem offiziell als „Vier-Sterne-Hotel" klassifizierten Hotel mit „neu erbautem" Wellness-Bereich. Bei näherem Hinsehen stellt der Gast allerdings hier fest, dass der Wellness-Bereich schon 1999 errichtet wurde. Im Harz gilt offenbar eine andere Zeitrechnung. Die Gäste klagen zudem darüber, dass der angekündigte „Whirlpool" inzwischen stillgelegt ist und die „römische Dampfsauna" nur alle zwei Tage und dann für zweieinhalb Stunden betrieben wird. Auch das Bistro des Hotels ist tagsüber geschlossen, so muss sich der Gast woanders etwas zum Essen und Trinken besorgen. Haben die Wirtsleute keine Lust zu arbeiten?

Diesen Eindruck bekommt der Reisende im Oberharz in der Folge immer wieder. Viele Cafés und Hotels sind geschlossen, weil die Saison vorbei sein soll, wie die Harzer auf Nachfrage antworten.

Hotels, die ein ansprechendes Angebot unterbreiten können, sind im Harz durchaus begehrt. Ob die Gäste allerdings wiederkommen, scheint fraglich, denn oftmals fühlen sie sich durch einen wenig gastfreundlichen Ton abgeschreckt. So teilte ein Hotelbesitzer dem ankommenden Gast gleich zur Begrüßung mit, dass er leider nur das kleinste Zimmer bekommen könne, da er ja mit einem billigen Pauschalanbieter angereist sei. Und wenn dann dem Gast im Restaurant wie in alten Zeiten noch ein (schlechter) Tisch zugeteilt wird, ist es mit der Urlaubsstimmung schnell vorbei.

Die Daten des Statistischen Bundesamtes verraten, dass im Harz doppelt so viele Menschen sterben wie geboren werden. So verliert eine traditionsreiche Stadt wie Goslar (Weltkulturerbe Kaiserpfalz) jährlich über 1000 Einwohner.

Die Immobilienpreise sollen im Harz mit die niedrigsten in ganz Deutschland sein. Beispielsweise wird in wunderschöner Berglage, mit freiem Blick auf den Brocken, eine gut ausgestattete, 56 Quadratmeter große Ferienwohnung angeboten: vormals für 28000, jetzt für ganze 18000 Euro. Das sind 300 Euro pro Quadratmeter. Sie findet auch zu diesem Preis keinen Käufer.

Von der deutschen Wiedervereinigung vor 20 Jahren scheint der Harz wenig profitiert zu haben. Dort, wo die „Zonengrenze" den West- und Ostharz teilte, läuft heute die „Grenzloipe", ein schöner Skiwanderweg. Viel mehr ist hier nicht passiert. Aus dem Tal hört man eine nostalgische Dampflock pfeifen. Sie bringt Touristen auf den Brocken hinauf. Viele im Oberharz scheinen sich derweil immer mehr von einem aktiven und arbeitsamen Leben zu verabschieden. Jugendliche ziehen, sobald die Schule abgeschlossen ist, schnell von hier weg. Zurück bleiben viele Senioren und Hartz-IV-Empfänger. In Braunlage-Hohegeiß lebten einmal 2000 Einwohner, heute sind es noch 1000, die wenigsten im aktiven Arbeitsleben.

Auch die Kirchen teilen dieses Schicksal. Im Schaukasten des katholischen Gemeindezentrums von Hohegeiß hängen noch die Mitteilungen aus dem Jahr 2009. Die Stufen zur Kirche ist schon lange keiner mehr hinauf gegangen. In Braunlage, dem Hauptort der „Urlaubsregion Harz", musste die Zahl der Gottesdienste eingeschränkt werden. Mit schwarzen Klebestreifen hat man hier kurzerhand die ausfallenden Gottesdienste am Ortseingangsschild durchgestrichen. Der Betonbau der katholischen Kirche, hoch oben auf dem Berg, wirkt wie ein Fremdkörper inmitten der Holzbauten.

Im Gegensatz dazu die beiden evangelischen Kirchen des Ortes, schöne alte Holzkirchen, die ihre Türen tagsüber für Besucher geöffnet haben. Schlecht besucht sind allerdings auch hier die Gottesdienste, nur zu Erntedank und zu Weihnachten strömen die Besucher in größerer Zahl, berichten Einheimische.

Ob es im Harz inzwischen mehr Hexen als Einwohner gibt, darüber gibt es noch keine statistischen Daten. Populär sind die Hexen im Harz allemal. Die Walpurgisnacht vom 30. April auf den 1. Mai wird überall als esoterisches beziehungsweise okkultes Ereignis gefeiert. In fast jedem Haus findet man die düsteren Hexenpuppen mit dem Reisigbesen zwischen den Beinen. In einem vornehmen Hotel sitzt sogar eine lebensgroße „Hexe" in einem Sessel des Aufenthaltsraums. Die Leute von der Tourismusförderung im Harz – eine Kurtaxe wird überall erhoben – scheinen die Hexen zu lieben. Auf den Werbe-Logos der Region dürfen sie nirgendwo fehlen. *Hinrich E. Bues*

Nicht nur zur Walpurgisnacht beliebt: Hexenpuppen an einem Souvenirstand im Harz — Bild: ddp

In Kürze

Familie im Kindermuseum aktiv erleben

Die aktuelle Ausstellung im Edwin-Scharff-Museum Neu-Ulm „Achtung Familie!" kommt bei kleinen und großen Besuchern so gut an, dass sie bis zum 19. September verlängert wurde. In der eigens für Kinder und Jugendliche konzipierten interaktiven Schau (in Kooperation mit dem Kindermuseum im FEZ Berlin) präsentieren sich in einer Art Labyrinth begehbare Familiengeschichten, die man wie auf einer Entdeckungsreise erkunden kann. Die Wohnräume bieten spannende Erlebnisse, Ein- und Ausblicke sowie Zündstoff für Diskussionen rund um das Thema Familie, Gemeinschaft, Liebe und Verantwortung.

Museumsleiterin Helga Gutbrod freut sich, dass das Kindermuseum so gut ankommt: „Wir wollten mit unserem neuen Kon-

Ergänzung zum schulischen Lernen

zept der Spielfreude, dem Bewegungsdrang und dem Wissensdurst nicht nur von Kindern entgegen kommen. Das scheint uns gelungen zu sein. Unsere Besucherzahlen zeigen uns das. Ebenso die Buchung der begleiteten Ausstellungsbesuche und unseres Rahmenprogramms. Auch unser Angebot für Schulen und Kindergärten kommt an. Die interaktive Ausstellung ist eine aktive Ergänzung zum schulischen Lernen, deswegen ist unser Haus auch ein verlässlicher Kooperationspartner für Schulklassen und Kindergärten." Das neue Kindermuseum versteht sich – mit Kleinkindbereich, Wickeltisch und barrierefreiem Zugang – als Ort für die ganze Familie, als „ein Platz zum Wohlfühlen, an dem man sich nicht für laute und lebhafte Kinder entschuldigen muss", so Gutbrod. *PAZ*

Das Kindermuseum im Edwin-Scharff-Museum, Am Petrusplatz 4, Neu-Ulm, ist dienstags und mittwochs von 13 bis 17, donnerstags bis sonnabends von 13 bis 18 und sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Königstraum und Massenware

Zwei große Ausstellungen an der Porzellanstraße zeigen Kostbarkeiten aus der 300-jährigen Geschichte des »weißen Goldes«

Die insgesamt 550 Kilometer lange Porzellanstraße führt über Bamberg und Bayreuth nach Osten. An ihr liegen mit Selb und Hohenberg an der Eger die wichtigsten Porzellanmanufakturen Bayerns und Europas. Noch heute wird in der Region 60 Prozent des europäischen Porzellans hergestellt.

Der neu eröffnete Pilgerweg von Volkenroda zum Kloster der Zisterzienserinnen Waldsassen am Rande Böhmens führt ebenfalls an den beiden Porzellanhochburgen Selb und Hohenberg an der Eger vorbei. So ist auch er eingebunden in die weltweit größte Porzellanausstellung „Königstraum und Massenware – 300 Jahre europäisches Porzellan" an den traditionsreichen Standorten der Firmen Rosenthal und Hutschenreuther.

Seit im Jahre 1710 in Meißen die erste Porzellanmanufaktur eröffnet wurde, hat sich das „Weiße Gold" vom begehrten Glanzstück der höfischen Hocharistokratie in Folge der Automatisierung zur Massenware entwickelt. An 300 Jahren Porzellanherstellung lässt sich so auch der politische und gesellschaftliche Wandel in Schlössern, Klöstern und heutigen Wohnungen darstellen. Das tut die Ausstellung „Porzellanikon" in den zwölf Kilometer auseinander liegenden Museen in Selb und Hohenberg auf 3500 Quadratmetern mit rund 1000 hochkarätigen Ausstellungsstücken von 100 Leihgebern aus 17 Ländern. Selbst aus China sind Exponate gekommen, vor allem aber aus der Tschechischen Republik und Polen (Krakau), aus Ungarn, Italien, Holland, der Türkei, England, Finnland und Russland.

Die Kunsthistorikerin Petra Werner gerät ins Schwärmen, wenn sie von ihrer Suche im Maritim-Museum von Helsinki berichtet, wo aus einem unlängst gehobenen Schiff Stücke geborgen wurden, die Katharina die Große für ihren Hof geordert hatte. Auch Porzellane aus dem persönlichen Service der Zarin werden gezeigt. Dazu kommen Präsentationen aus den berühmten ungarischen Esterhazy-Sammlungen und aus dem russischen Peterhof. Zu sehen sind erstmals auch Stücke von der 1944 vor der baltischen Küste gesunkenen „St. Mikael". Selbst die Toilette von Kaiserin Sissi hat man aufgespürt.

Museumsdirektor Wilhelm Siemen weist auf die technischen und zukunftsorientierten Möglichkeiten des Porzellans hin, das selbst im Handy verarbeitet ist. „Von der höfischen Preziose zum High-Tech-Material der Zukunft" heißt deshalb eine Abteilung der Ausstellung. Und sogar um das Thema Spionage geht es in der Ausstellung. Informationen über die Herstellung und Weiterverarbeitung des Porzellans waren unter den Manufakturen hoch begehrt. Noch heute, so Siemen, durchkämmen Patentanwälte die Frankfurter Konsumgütermesse, um dreisten Kopisten das Handwerk zu legen. Die Konkurrenz vor allem aus China und den „Tigerstaaten" ist für die europäische Porzellanindustrie existenzgefährdend. Da es in der Ausstellung auch um Zukunftsperspektiven geht, werden Projekte namhafter Hochschulen und erfolgreiche Forschungsvorhaben vorgestellt. „Porzellan ist Zukunft" wurde dieses Kapitel genannt. „Junge Gestalter entwickeln das Porzellan für Morgen." *Norbert Matern*

Anzeige aus dem 18. Jahrhundert: Ein Meister und seine Kunden — Bild: Porzellanikon

Das Porzellanikon ist während der Ausstellung vom 25. April bis 2. November Montag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Eintritt 7/5 Euro, beide Standorte (Porzellanikon Selb, Werner-Schürer-Platz 1, Porzellanikon Hohenberg an der Eger, Schindinger Straße 48) 10 / 7 Euro. Weitere Informationen im Internet unter www.koenigstraumundmassenware.org

»Fürstenblut für Bürger vergossen«

Leopold von Braunschweig-Wolfenbüttel war ein Menschenfreund, ein Kind der Aufklärung und ein aktiver Freimaurer. Standesdünkel waren dem jüngsten Sohn des Herzogs Karl I. von Braunschweig-Wolfenbüttel und dessen Ehefrau Philippine Charlotte von Preußen, einer Schwester Friedrichs des Großen, fremd. Er erhielt seine Erziehung von Aufklärern wie Johann Friedrich Wilhelm Jerusalem, Karl Christian Gärtner und Johann Arnold Ebert. Als Begleitung für eine Italienreise gewann er niemand Geringeren als Gotthold Ephraim Lessing.

Der Prinz erfreute sich größter Beliebtheit und sowohl Maria Theresia als auch Friedrich II. bemühten sich um den Eintritt dieses Mannes, für den Braunschweig-Wolfenbüttel zu klein geworden war, in ihre Armee. Er gab seinem preußischen Onkel den Vorzug und übernahm eines seiner Regimenter, das Infanterieregiment Diringshofen in Frankfurt an der Oder.


Bild: Wikipeida
Braunschweig-Wolfenbüttel

Der umtriebige Regimentschef nahm seinen Beruf ernst, erfand ein Gewehrschloss, gründete eine Regimentsschule, versuchte aber auch als Mensch unter Menschen Hilfsbedürftigen zu helfen. Besonders lobenswert war der Einsatz seines Regimentes für zivile, gemeinnützige Zwecke. So setzte er seine Männer wiederholt zur Bekämpfung des Oderhochwassers ein. Bei einem dieser Einsätze fand er selber am 27. April 1785 den Tod. Eine Weide am Ufer der Oder brachte seinen Kahn zum Kentern. Sein selbstloser Einsatz fand eine Zusammenfassung in den Worten „Fürstenblut für Bürger vergossen“. *M.R.*

»Das Große Spiel« im Ruhr Museum

Eine Ausstellung in Essen widmet sich der »Archäologie und Politik zur Zeit des Kolonialismus«

Die Büste der ägyptischen Königin Nofretete, das Ischtar-Tor von Babylon und der Pergamonaltar ziehen alljährlich Hunderttausende von Besuchern an. Sie gelten als „deutsches“ Kulturgut ersten Ranges, obwohl sie aus Nordafrika und dem Vorderen Orient stammen. Aber wie ist es überhaupt zu ihrem Erwerb gekommen?

Für Aufklärung sorgt eine opulente Schau im Essener Ruhr Museum. Sie ist die überhaupt erste, die uns auf die enge Verbindung zwischen Archäologie und Politik in der Zeit des Kolonialismus aufmerksam macht. In theatralischen Inszenierungen werden 25 Biografien bedeutender deutscher, englischer und französischer Forschungsreisender und Ausgräber vorgestellt. Aufgeboten sind über 800 Ausstellungsstücke: Habseligkeiten der Entdecker, historische Dokumente, Fotografien und Filme sowie archäologische Funde aus Nordafrika, dem Vorderen Orient und von der Seidenstraße. Zu den Leihgebern gehören der Pariser Louvre, das Britische Museum in London und das Berliner Pergamonmuseum.

Der Ausstellungstitel „Das Große Spiel“ steht für den kulturellen und wissenschaftlichen Wettstreit der europäischen Großmächte um prestigeträchtige Ausgrabungsstätten, deren spektakuläre Funde noch heute den Ruhm der Museen in Paris und London bestimmen. Im jungen deutschen Kaiserreich blickte man voller Neid auf die mit Prachtstücken gefüllten ausländischen Museen und war um Ebenbürtigkeit bemüht. Der von der Archäologie begeisterte Kaiser Wilhelm II. unterstützte diese Bestrebungen. Er war Protektor der Deutschen Orient-Gesellschaft und finanzierte aus seinem Dispositionsfonds Grabungen. Durch sein Engagement hat er maßgeblich zum Kunstreichtum der Berliner Museumsinsel beigetragen.

Die Schau stellt uns die vom Londoner Reiseveranstalter Thomas Cook 1898 organisierte Fahrt des deutschen Kaiserpaares ins Heilige Land als Medienspektakel vor. Krönender Abschluss der Reise war das kaiserliche Zeltlager in den römischen Tempelruinen von Baalbek. Die beeindruckten Wilhelm II. so sehr, dass er beim Osmanischen Reich eine Grabungslizenz erwirken ließ. Nach Abschluss der Untersuchungen wurde vor Ort ein Museum eingerichtet. Die ausgestellte Löwenskulptur aus Kalkstein (Baalbek, 1. Jahrhundert n. Chr.) gehört zu den Geschenken, die der Kaiser daraufhin vom türkischen Sultan Abdul Hamid II. erhielt.


Ausgrabung im syrischen Karkemisch kurz vor dem Ersten Weltkrieg: Thomas E. Lawrence (von Arabien, links) und Leonard Wooley (rechts)
Bild: King's College London

Während seiner Reise durchs Heilige Land hatte sich Wilhelm II. beim Sultan zudem nachdrücklich für die deutschen Grabungen in Babylon und Milet eingesetzt. Bei den ab 1899 unter Leitung des Architekten Robert Koldewey in Babylon ausgeführten Grabungen wurden Abertausende von farbig glasierten Ziegelbruchstücken (6. Jh. v. Chr.) in hölzerne Transportkisten gepackt und nach Erlangung einer Sonderausfuhrlizenz nach Berlin geschickt. Zwei der Kisten sind mitsamt Inhalt ausgestellt. Die Ziegeltrümmer lassen uns erahnen, welch enorme Leistung es war, das Ischtar-Tor und die Prozessionsstraße zusammenzupuzzeln. Sie gehören heute zu den großen Attraktionen des Berliner Pergamonmuseums.

Am Ende des Rundgangs treffen wir auf den Tropenhelm und das mit Moskitonetz ausgestattete Feldbett von Ludwig Borchardt. Der Architekt vertrat als „egyptologischer Attaché“ die archäologischen Interessen des Kaiserreichs am Nil. Der 1912 in Amarna gelungene Fund der Büste der Nofretete (um 1338 v. Chr.) war sein spektakulärster. Damals war gesetzlich festgelegt, dass die Funde zwischen Ägypten und den Ausgräbern aufgeteilt werden. Der von einem Franzosen geleitete Ägyptische Antikendienst wählte andere Stücke als die Büste der Nofretete aus. In der Schau ist sie durch eine für Kaiser Wilhelm II. angefertigte Kopie vertreten. Sie war ein Geschenk des jüdischen Unternehmers und herausragenden Kunstmäzens James Simon, der die Ausgrabungen bezahlt hatte.

Rund um die Kopie sind Karikaturen und Zeitungsausschnitte aus den 1920er und 1930er Jahren zu sehen. Sie zeugen von den Anfängen des bis heute nicht abgeschlossenen Gerangels um den Besitz der originalen Büste der Nofretete. Als die von Simon den Berliner Museen übergebene Büste 1924 erstmals ausgestellt wurde, forderte Pierre Lacau, Chef des Ägytischen Antikendienstes, ihre Rückgabe. Da an der Legalität der Fundteilung nicht gezweifelt werden kann, verlegte sich Lacau darauf, diese als moralisch verwerflich zu beklagen. Pikante Fußnote: 1933 ließ der neue preußische Ministerpräsident Hermann Göring die Regierung Ägyptens wissen, dass er die Nofretete König Fuad zu dessen Regierungsjubiläum zu überreichen gedenke. Von Görings Alleingang war Adolf Hitler allerdings nicht begeistert. Er ließ den Ägyptern mitteilen, dass aus diesem Staatsgeschenk nichts wird.

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung „Das Große Spiel – Archäologie und Politik zur Zeit des Kolonialismus (1860–1940)“ ist bis zum 13. Juni 2010 im Ruhr Museum, Zollverein A 14 (Schacht XII, Kohlenwäsche), Gelsenkirchener Straße 181, Essen, Telefon (0201) 8845-200, Fax (0201) 8845-138, Internet: www.ruhrmuseum.de, täglich von 10 bis 19 Uhr geöffnet. Das Begleitbuch aus dem DuMont-Verlag kostet im Museum 39,90 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro.

Da braut sich was zusammen

Streit ums Bier gibt es nicht nur im Wirtshaus – der Gerstensaft war so wichtig wie das tägliche Brot

Manche macht Gerstensaft müde, anderen erhitzt er das Gemüt. Eine tüchtige Klopperei im Wirtshaus gehört schon mal dazu. Doch die Streithähne ums Bier müssen nicht immer zu viel davon getrunken haben. Auch nüchtern konnten sie sich heftig darum streiten. Denn Bier war so wichtig wie das tägliche Brot, wer Bier für den Broterwerb brauen durfte, konnte reich werden.

Kein Wunder, wenn die Städte im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit eifersüchtig darauf achteten, dass fremdes Bier nicht zum Ausschank kam. So gab es 1693 im sächsischen Eibau heftige Proteste, weil den Bürgern verboten wurde, Bier aus Löbau zu trinken. Der Grund: Die Bierabgabe floss in die Stadtkasse von Löbau, nicht in die heimische. Folglich wurde angeordnet, das Bier aus den heimischen Brauereien zu trinken, obwohl es von deutlich schlechterer Qualität war.

Noch handfester gingen Bürger Lübecks zur Sache. 1663 wurde in der Bürgerschaft Beschwerde geführt, dass die Gutsbesitzer mit unzünftigen Handwerkern dem städtischen Handwerk Konkurrenz machten. Zudem ließen sie außerhalb der Stadt Bier brauen und verkauften es an die Dorfkrüge. Schlimmer noch: Sie schmuggelten es in die Stadt, ohne die fällige Abgabe zu zahlen. Der Schaden für die städtischen Brauer war erheblich. Weil aber der Rat nach zwei Jahren immer noch zögerte zu handeln (etliche Ratsherren waren zugleich selbst Gutsherren), nahmen die Bürger mit Nachdruck die Sache selbst in die Hand. Im März 1665 zogen 700 bewaffnete Männer auf die umliegenden Dörfer und schlugen Brau- und Handwerkszeug kurz und klein, verschütteten das Bier, wüteten in den Herrenhäusern und schlitzten die Bilder der Hausherren.

Als sich die Gemüter wieder beruhigt hatten, wurde schließlich folgende Regelung vereinbart: Die Gutsherren sollten nicht mehr brauen dürfen, als sie und ihr Gesinde selbst bräuchten. Für jede Tonne, die sie für den Eigenbedarf in ihre Stadtwohnung bringen ließen, wurden zwölf Schillinge Abgabe fällig. An Krüge sollten sie nicht mehr verkaufen. In der Stadt aber sollten gleichzeitig heimliche Schenken geschlossen und die Konzession für den Ausschank fremden Bieres streng überprüft werden.

> Auf Betreiben der Brauer wurden in Lübeck die ersten größeren Wasserleitungen gebaut

Verständlich wird dieser Streit, wenn man weiß, dass das Braurecht in der Stadt seit dem 16. Jahrhundert ausdrücklich verliehen werden musste. Für 180 Häuser in Lübeck ist es für diese Zeit überliefert.

In anderen Hansestädten war das Braurecht mit dem Bürgerrecht verbunden, der Gebrauch dieses Rechts wurde in Hamburg jedoch von der Genehmigung des Rates und der Nachbarn abhängig gemacht. Erst wenn die Nachbarn keinen Einspruch erhoben und sich nicht belästigt fühlten, wurde das „Brauerbe“ erteilt und damit die Einrichtung einer Hausbrauerei freigegeben. Dann durfte der Bürger bis zu zwölf Mal im Jahr Bier brauen.

Lübeck teilte das Privileg des Braurechts zu, es war kein automatisches Bürgerrecht. Der Rat erlaubte das Brauen des Stadtbieres bis 1462 wöchentlich. Durch die beschränkte Zulassung kam Lübeck nicht auf eine so große Zahl von Brauhäusern wie Hamburg, dort lag sie bei 520. Die meisten Hamburger mit „Brauerbe“ begnügten sich mit der privaten Versorgung, während die Brauer in Lübeck mehrheitlich gewerblich arbeiteten. Dennoch wurde der größte Teil des Bieres, das Norddeutschland exportierte, von Hamburg, Bremen und Wismar aus verschifft. Die Hamburger Produktion im 15. Jahrhundert wird auf 250 000 bis 300 000 Hektoliter im Jahr geschätzt.

Den Exportbrauereien waren keinerlei Beschränkungen auferlegt. 1462 wurden dann in Lübeck die Genehmigungen für das Brauen des Stadtbieres auf 40 Bräue im Jahr beschränkt.

Die Häuser, auf deren Dielen gebraut wurde, standen stets in der Nähe des Wassers. Und die ersten städtischen Wasserleitungen wurden auf Betreiben der Brauer gebaut. Bereits 1294 legte Lübeck eine Druckwasserleitung von dem aufgestauten Flüsschen Wakenitz an. Die Stadt verfügte damit über die erste Wasserleitung mit künstlicher Hebung nördlich der Alpen. Die nächste Wasserleitung, die sogenannte Brauerwasserkunst, wurde 1302 für die Brauereien im westlichen Teil der Stadt gebaut. Schließlich folgte die Wasserleitung im Nordosten der Stadt. Entlang dieser Wasserleitungen lagen die Brauereien und noch bis zur Auflösung der Brauerzunft 1865 wurde die Lage der Brauhäuser dadurch bestimmt.

In Wismar wurde die Wasserkunst auf dem Marktplatz 1571 errichtet. Gegen eine Gebühr konnten sich die Brauereien dort mit frischem Wasser versorgen.

Im typischen Brauhaus wurde auf der Diele gebraut. Dort stand die große eingemauerte Braupfanne, die in der Regel ein Volumen von 4000 bis 5000 Liter hatte. Daneben befand sich eine weitere Feuerstelle, über welche die im Obergeschoss liegende Darre mit Rauchgas versorgt wurde. In der Darre wurde durch Erhitzung der Keimprozess der Gerste abgebrochen und die Gerste zu Malz gedarrt. Eine dritte Feuerstelle diente als Küchenfeuerstelle und wurde gleichzeitig zum Hopfenkochen genutzt, wobei die Hopfengärten vielfach vor der Stadtbefestigung lagen. Von der Braupfanne aus wurde das heiße Wasser in Rinnen zum Maischbottich und zum Stellbottich geleitet. Im hohen Dielenraum hing unter der Dielendecke eine Balkenlage, auf der die Kühlschiffe ruhten, in die das Bier zum Abkühlen aus dem Maischbottich hoch gepumpt wurde. Die darüber liegenden Geschosse dienten der Speicherung von Gerste, Malz und Hopfen. Nach dem Abkühlen in den Kühlschiffen musste das Bier noch einige Tage in Gärfässern bleiben, bevor es auf die Lagerfässer verteilt wurde. Dort ruhte es zwischen drei und vier Wochen, ehe die Brauerei das Bier abgab.

> Bier war eine Alternative zum Wasser, das nur in äußerster Not zu trinken war

Die Sorgfalt, die man dem Braurecht widmete, war begründet. Bier war ein Grundnahrungsmittel. Damit es nicht zu sozialen Unruhen käme, wurde per Verordnung vorgeschrieben, den Bierpreis jährlich zweimal nach dem Kornpreis festzulegen. Ferner sollten sich die Brauer einer wöchentlichen Bierprobe unterziehen. Schließlich tranken alle Bier, vom Greis bis zum Kind. Wasser war nur in äußerster Not zu trinken, so schlecht war es. Suppen und Brei kochte man mit Bier. Arme tranken Dünnbier, Vermögende Dickbier. In einer Urkunde von 1405 werden diese Biersorten in Lübeck genannt: Dickbier, Konvent, Stopbier, Schiffsbier, Kinderbier.

In welchem Maße dem Bier zugesprochen wurde, belegen diese Zahlen: Für die Aussätzigen im Siechenhaus (denen gegenüber man sicherlich nicht ungewöhnlich großzügig war) berechnete man täglich zwei Liter Konvent. An Festtagen gab es zwei Bier zusätzlich. Macht einen Jahresverbrauch von 700 Liter. Wer sich etwas leisten konnte, kam leicht auf 1000 Liter jährlich.

Und weil Bier so enorm wichtig und allgegenwärtig war, ist es sicherlich auch kein Zufall, dass das Taufbecken von 1335 in der Lübecker Marienkirche exakt das Volumen fasst, das auch in ein Bierfass passt. *Klaus J. Groth*

»Für die Freiheit – gegen Napoleon«

Ausstellung in Braunschweig über Ferdinand Schill und sein Nachleben in der deutschen Geschichte

Das Städtische Museum von Braunschweig zeigt in seiner Ausstellung „Für die Freiheit – gegen Napoleon. Ferdinand von Schill, Preußen und die deutsche Nation" anhand von rund 100 zeitgenössischen Gemälden, Grafiken, Dokumenten und Objekten, die teils aus Schills Besitz stammen, die Bedeutung der historischen Gestalt in seiner Zeit auf.

Mit der Redewendung „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende" ist Ferdinand von Schill (1776–1809) bis heute in aller Munde. Diese Worte gebrauchte der Freiheitskämpfer bei einer Rede an seine Truppe während des Kriegszugs 1809 nach Stralsund. Schill bildet das männliche Gegenstück zur weib-

Preußen machte sich seinen Ruf zunutze

lichen Märtyrerin der preußisch-deutschen Nation: der Königin Luise (1776–1810).

In der Schlacht von Auerstedt, in der die preußische Armee 1806 gegen Bonapartes Truppen eine schwere Niederlage erlitt, trug Schill als Mitglied des Königin Luise unterstellten „Dragonerregiments Königin" eine Kopfverletzung davon. Nachdem er diese in der Festung Kolberg auskuriert hatte, beteiligte er sich mit seiner Freischar an deren Verteidigung bis zum Tilsiter Friedensschluss 1807. Dafür steht sein Säbel, der wie alle Ausstellungsstücke mit einem kurzen Erläuterungstext versehen ist.

Die Autoren des Begleitbuchs vertreten die These, dass der Freiheitskämpfer Schill zumindest teilweise ein „gemachter" Held sei. Zitiert wird aus einem Schreiben August Neidhardt von Gneisenaus, der 1807 Kommandant der Festung Kolberg war, an Schills Adjutanten Georg Bärsch: „Mag die Welt immerhin glauben, dass er Kolberg verteidigt hat; für den Staat ist es darum desto besser. Schill ist noch jung und kann der großen deutschen Sache richtige Dienste leisten. Durch Schills Popularität und allverbreiteten Namen können noch schöne Dinge gethan werden; wir müssen daher solchen verherrlichen, so viel wir können."

Seine Beliebtheit erreichte einen ersten Höhepunkt, als er 1808 nach Abzug der französischen Besatzung an der Spitze der preußischen Truppen in Berlin einritt. Dort brach ein wahres „Schill-Fieber" aus. Davon künden Grafiken, die ebenso wie Tassen und Tabakspfeifenköpfe mit seinem Konterfei geschmückt sind.

Im Netzwerk führender preußischer Staatsmänner und Militärs zur Befreiung des Staates von der französischen Fremdherrschaft fiel Schill die Aufgabe zu, in Pommern und im von Napoleons Bruder Jérôme regierten Königreich Westfalen einen Volksaufstand zu entfachen. In einem Brief, den er am 24. April 1809 von Gerhard von Scharnhorsts Mitarbeiter Friedrich von Ribbentrop erhielt, soll gestanden haben: „Der König schwankt, Schill, ziehen Sie mit Gott!" Der verließ am nächsten Tag mit dem 2. Brandenburgischen Husarenregiment Berlin, um ohne Befehl König Friedrich Wilhelms III. seinen Kriegszug zu beginnen. Ausgestellt ist die rote Brieftasche, die ihm Königin Luise mit der Widmung geschenkt hatte: „Für den braven Herrn von Schill". Die präsentierte er am Tag des Ausrückens seinen Waffengefährten mit den Worten: „Dieses Gnadenbeweises will ich mich würdig erweisen!"



Ferdinand von Schill: „Vorreiter der deutschen Nationalbewegung'" Bild: pa

Doch weder durch erfolgreiche Gefechte und die Einnahme von Festungen noch durch den als Flugblatt verbreiteten Aufruf „An das deutsche Volk", der zum Anschluss an Schills Kampf bewegen sollte, vermochte er den erhofften Volksaufstand zu entfesseln. Vielmehr kam es zu Gegenmaßnahmen: König Jérôme setzte ein Kopfgeld auf ihn aus. Direkt unter diesem Dekret wurde in Jérômes Hauptstadt Kassel von anonymer Seite ein Zettel mit Gedicht aufgehängt, der als Reproduktion in der Schau gezeigt wird: „Mit Gold wiegt man Schills Kopf nicht auf, / drum lasset ab von diesem Kauf. / 10 000 Franken sind zu wenig, / denn Schill bleibt aller Herzen König."

Mit 1300 Mann hatte Schill am 25. Mai 1809 Stralsund erobert. Doch die waren den 5000 dänischen und holländischen Soldaten nicht gewachsen, die sechs Tage später auf Befehl Bonapartes Stralsund erstürmten. Schill wurde im Straßenkampf erschossen.

Sein vom Körper getrenntes Haupt wurde in ein mit Spiritus gefülltes Glas gelegt und an König Jérôme geschickt. Das leere Glas ist neben Erinnerungsstücken wie Schills Weste und Pistole zu sehen.

Jérôme hatte den konservierten Kopf als Trophäe am westfälischen Hof in Kassel präsentiert, bevor er in das Raritätenkabinett eines Professors in Leiden gelangte. Seit 1837 ist Schills Schädel mitsamt den sterblichen Überresten von 14 seiner Freischärler, die in Braunschweig hingerichtet worden waren, unter dem Schill-Denkmal bestattet. Das in unmittelbarer Nähe des Braunschweiger Hauptbahnhofs stehende Denkmal wurde, wie in den Sockel gemeißelt steht, mit Spendengeldern „deutscher Patrioten" errichtet und am 19. März 1837 eingeweiht. Martin Rink schreibt im Begleitband: „Wenn Schill als Vorkämpfer gegen das französische ‚Empire' kämpfte, so war er buchstäblich ein ‚Vorreiter' der deutschen Nationalbewegung." Das Braunschweiger Denkmal aber ist längst nicht mehr nur der Erinnerung an Schill gewidmet. Die 1955 angebrachten Tafeln erinnern an die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten der braunschweigischen Truppen. Seit den 1990er Jahren ist es Teil der „Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße".

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung ist bis zum 30. Mai dieses Jahres im Galeriegebäude des Städtischen Museums / Sammlung Bönsch, Steintorwall 15, 38100 Braunschweig, Telefon (0531) 4704505, Fax 4704555, E-Mail: staedtisches.museum@braunschweig.de, dienstags bis sonntags zwischen 10 und 17 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei. Der Begleitband aus dem Böhlau Verlag kostet im Museum 19,90 Euro, im Buchhandel 29,90 Euro.

Er hielt Breslau gegen die Österreicher

Vor 300 Jahren wurde Friedrich Bogislaw von Tauentzien, General Friedrichs des Großen, geboren

Am 18. April 1710 wurde Friedrich Bogislaw von Tauentzien in Tauentzien, Kreis Lauenburg in Hinterpommern geboren. Er hatte fünf Brüder, die alle in der preußischen Armee dienten. Mit 15 Jahren kam er zum Kadettenkorps, von wo er drei Jahre später als Fahnenjunker in das Garderegiment (No. 6) eintrat, weil er über eine stattliche Körpergröße verfügte. 1734 wurde er Fähnrich. Bei der Umwandlung der bisherigen Garde wurde er von Friedrich dem Großen in das neuerrichtete erste Bataillon Leibgarde (No. 15) als Sekondeleutnant übernommen. Am 4. August

1760 kam die Stunde der Wahrheit

1740 wurde er Adjutant des Königs.

Im Ersten Schlesischen Krieg (1740–1742) nahm er an der Schlacht bei Mollwitz (1741) teil, nach der er den „Pour le Mérite" erhielt. Auch im Zweiten Schlesischen Krieg zeichnete er sich aus – so in der Schlacht bei Hohenfriedberg (1745). Er blieb bei der Garde, wurde Kompanieführer und im Jahre 1756 Major. Vorher hatte er Charlotte von dem Knesebeck (1727–1798) geheiratet, die ihm zwei Söhne und vier Töchter schenkte.

Im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) nahm er an der verlorenen Schlacht bei Kolin (1757) als Oberst und Kommandant des 1. Bataillons teil. Während der Schlacht verteidigte er sich mit seinem Bataillon hartnäckig; das Bataillon verlor in 70 Minuten 24 Offiziere und 475 Soldaten. Tauentzien wurde lebensgefährlich verletzt. Er überstand die Verletzung und den Lazarettaufenthalt, was damals nicht selbstverständlich war. Im Feldzug 1758 war er beim Korps des Prinzen Heinrich (1726–1802), dem Bruder des Königs.

Im Verlauf des Jahres verlegte der König das Bataillon nach Breslau und ernannte Tauentzien zum Generalmajor und Interimskommandanten der schlesischen Hauptstadt. Breslau hatte im Jahre 1757 sehr gelitten und war vom 25. November bis zum 6. Dezember 1757 in der Hand der Österreicher gewesen. Das sollte sich nicht wiederholen, denn Breslau war der wichtigste Nachschubplatz an der Oder in Schlesien und der Besitz der Stadt war so etwas wie eine moralische Verpflichtung.

Im Jahre 1760 kam die Stunde der Wahrheit. Nach einer vorausgegangenen Belagerung ab Ende Juli begann der österreichische General Gedeon Ernst von Laudon (1717–1790) am Abend des 1. August mit einem furchtbaren Bombardement. Tauentzien verteidigte die Stadt und ließ dafür sogar die Vorstädte niederbrennen, um freies Schussfeld zu haben. Seine Tapferkeit, mit der er die Besatzung mitriss, und die Tatsache, dass sowohl Prinz Heinrich als auch der König selbst der Stadt zu Hilfe eilten, veranlassten Laudon, die Belagerung aufzugeben.



Friedrich Bogislaw von Tauentzien Bild: Internet

Der Kommandant wurde noch im selben Jahr zum Generalleutnant befördert und erhielt 1761 den Hohen Orden vom Schwarzen Adler.

Ende des Jahres 1760 stellte Tauentzien Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781) als seinen Sekretär ein. Der Militär war zwar überhaupt nicht literarisch interessiert, aber dafür zahlte er ordentlich. Noch war aber keine Zeit zur Muße.

Im letzten Kriegsjahr musste Tauentzien zur Rückeroberung der Festung Schweidnitz aufbrechen, die Laudon im Herbst 1761 durch Handstreich genommen hatte. Allerdings konnte Tauentzien diesmal nicht mit der gewohnten Bravour vorgehen, denn er hatte nur 10 000 Mann gegen 12 500 Verteidiger zur Verfügung. Erst nach zweimonatiger Belagerung kapitulierte die österreichische Besatzung am 9. Oktober 1762.

Nach dem Ende des Krieges erhielt Tauentzien das Regiment No. 31, wurde Kommandant von Breslau und Inspekteur der schlesischen Infanterie. Er kaufte das Haus in der Jungkennerstraße 2 von einem Mitglied der Familie Radziwill, da ihm kein Dienstgebäude zur Verfügung stand. Die Mittel dazu hatte er aus seinen Dienstbezügen und aus den Einkünften aus einer Domherrenstelle zu Brandenburg, die ihm der König verliehen hatte.

Im März 1765 verließ Lessing seine Stellung, weil er sich in Preußen nicht mehr wohlfühlte; immerhin hatte er die Anregungen für die Figur des Major Tellheim in seiner „Minna von Barnhelm" aus dem Umgang mit Tauentzien gewonnen.

Im Jahre 1775 wurde Tauentzien General der Infanterie und machte den Bayerischen Erbfolgekrieg (1778/1779) als Oberbefehlshaber des Zweiten Treffens bei der Armee des Königs mit. Aus Altersgründen bat er im Jahre 1784 wegen eines ungnädigen Schreibens des Königs, der den verdienten Soldaten aber nicht entlassen wollte, wenigstens um Entlassung von dem Posten des Inspekteurs. Tauentzien blieb Gouverneur von

Lessing machte ihn zur literarischen Figur

Breslau und baute die Festung intensiv aus. Er starb am 21. März 1791 und wurde an einer Stelle auf dem Festungswall begraben, in der er sich während der Belagerung einmal in Lebensgefahr befunden hatte.

Seine Familie errichtete ihm dort im Jahre 1795 ein pompöses Grabdenkmal, dessen ursprüngliche Bedeutung verloren ging, so dass 1806 während der Besetzung Breslaus durch die Franzosen um den Sarkophag ein kleiner Platz entstand, der dann Tauentzienplatz genannt wurde. Der Entwurf zu dem Grabmal soll von Carl Gotthard Langhans (1732–1808) und Johann Gottfried Schadow (1764–1850) stammen.

Jürgen Ziechmann

»Ein Volk, zwei Nationen, drei Staaten«

Der vor 100 Jahren, am 29. April 1910, in Köln geborene Karl Dietrich Erdmann war einer der bedeutendsten deutschen Zeitgeschichtler des 20. Jahrhunderts. Seine Bedeutung kommt schon darin zum Ausdruck, dass er bei Überblicksdarstellung der deutschen Geschichte, dem „Handbuch der deutschen Geschichte", gemeinhin nur der „Gebhardt" genannt, für den Teil „Die Zeit der Weltkriege" verantwortlich gezeichnet hat. Darüber hinaus war er Mitbegründer der renommierten Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht", die er bis zu seinem Tode betreute. 1962 bis 1967 leitete er als Vorsitzender den Deutschen Historikerverband, von 1966 bis 1970 den Deutschen Bildungsrat. 1975 bis 1980 war er dann Präsident des Internationalen Historischen Komitees. Bemerkenswert und mutig ist seine Bezeichnung der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreichs als drei Staaten, zwei Nationen und ein Volk.

In der so genannten Fischer-Kontroverse ergriff er mit Kollegen wie Gerhard Ritter und Egmont Zechlin Partei gegen Fritz Fischer. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Besatzer in der Bundesrepublik die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg als herrschende Lehre durchgesetzt. Nun wurde von deutschfreundlicher Seite argumentiert, dass der Zweite Weltkrieg eine Folge des Ersten sei, und darauf verwiesen, dass die NS-„Machtergreifung" eine Folge des ungerechten Versailler Diktatfriedens der westeuropäischen Großmächte war. Vor diesem Hintergrund lag es im Interesse der britischen und französischen Besatzungsmacht, in der Bundesrepublik Fischer zu haben, die Deutschlands Alleinschuld nicht nur am Zweiten, sondern nun auch am Ersten Weltkrieg konstatierten und damit das Unrecht von Versailles relativierten. Einer der ersten von ihnen fand sich in Fritz Fischer.



K. D. Erdmann Bild: Internet

Angesichts der geschichtspolitischen Bedeutung der von Fischer ab 1959 vertretenen These, dass ein deutscher „Griff nach der Weltmacht" für den Ersten Weltkrieg verantwortlich sei, ist verständlich, dass Gegner wie Erdmann mit übelsten Vorwürfen konfrontiert wurden. So wurde noch zu Erdmanns Lebzeiten behauptet, die von ihm herausgegebenen Tagebücher des Vortragenden Rats in der Reichskanzlei Kurt Riezler, die den Reichskanzler zu Beginn des Ersten Weltkrieges, Theobald von Bethmann Hollweg, entlasteten, seien verfälscht worden.

Nach seinem Tod am 23. Juni 1990 hat Hans Mommsen Erdmann gar als „Vordenker der Vernichtung" bezeichnet. Dabei hatte Erdmann nach der Promotion bei Wilhelm Mommsen 1933/34 zunächst sogar auf die angestrebte Universitätslaufbahn verzichtet, um keine Kompromisse mit den Nationalsozialisten eingehen zu müssen, und war in den Schuldienst ausgewichen. 1937/38 schied er dann auch aus diesem aus und ging in die Privatwirtschaft, da seine Ehefrau keinen Ariernachweis erbrachte. Vergleichbare Karriereknicks während der NS-Zeit finden sich bei Fischer übrigens nicht. Es gibt eben auch in der Geschichtswissenschaft diesen Typus, der immer oben schwimmt.

M. R.

MELDUNGEN

1. Mai: GdP-Chef befürchtet Tote

Hamburg – Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, fürchtet um das Leben seiner Kollegen bei den erwarteten Krawallen am kommenden 1. Mai. Wegen des Stellenabbaus und der vielen gleichzeitigen Demonstrationen habe die Polizei nicht genügend Personal, um überall angemessen aufzutreten. Wegen der dramatisch gestiegenen Gewaltbereitschaft könne es daher sogar zu Toten kommen. *H.H.*

Gefährliche Straßen

Moskau – 257034 Menschen wurden 2009 auf russischen Straßen verletzt und 26084 Personen des 142-Millionen-Einwohner-Volkes starben (in Deutschland: 4154). Bei 2200 Verkehrstoten galt Trunkenheit am Steuer als Unfallursache. Unbekannt war bisher, dass 2009 an 10374 Unfällen Fahrzeuge schuld waren, die ohne Kennzeichen fuhren. Dagegen haben die Behörden nun schärfere Maßnahmen verfügt: Wer ohne Kennzeichen oder mit einem abgelaufenen „TÜV“ erwischt wird, zahlt bis zu 800 Rubel (bisher 100). *W.O.*

ZUR PERSON

Die erste Muslimin

Der FDP-Politiker Serkan Tören kam gleich ins Träumen: „Wer weiß, vielleicht kann sie ja auch noch Kanzlerin werden?“ Die Berufung der türkischstämmigen Hamburger CDU-Politikerin **Aygül Özkan** zur niedersächsischen Sozialministerin hat unter Türken und Türkischstämmigen große Euphorie ausgelöst. Türkische Zeitungen übergingen dabei die in Deutschland übliche Unterscheidung zwischen „türkisch“ und „türkischstämmig“ und feierten nur die „erste türkische Ministerin“. Sie ist auch die erste Muslimin in einem solchen Amt.

Özkan selbst will ihren Aufstieg vor allem als Signal an andere Immigrantenkinder sehen, dass „sie es auch schaffen können“. Die Eltern der 38-Jährigen wanderten in den 60er Jahren ein. Aygül Özkan selbst wurde 1971 in Hamburg geboren, wo sie das Abitur ablegte und Jura studierte. Danach ging sie in die Wirtschaft, wurde Geschäftsführerin des Paketdienstes „TNT“.



Ihre politische Laufbahn begann mit dem Eintritt in die Hamburger CDU 2002. Die Union hatte im Jahr zuvor die SPD nach 44 Jahren als Regierungspartei abgelöst. 2008 zog Özkan ins Landesparlament ein.

Hinter der Berufung der konservativen Schiitin steht Berichten zufolge Kanzlerin Merkel höchstpersönlich. Sie sei, heißt es, von Özkan „begeistert“ und habe sie dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff ans Herz gelegt.

Insgesamt tauscht Wulff vier CDU-Minister seiner schwarzgelben Regierung aus. Darunter ist auch die bisherige brandenburgische CDU-Chefin Johanna Wanka, die in Hannover das Wissenschaftsressort übernimmt. Wanka ist die erste Politikerin aus den neuen Bundesländern, die Ministerin in einer westdeutschen Landesregierung wird. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Der gute Ruf des Seeräubers

Wie sehr Somalias Piraten um ihr Image besorgt sind, wovor EU-Beamte geschützt werden wollen, und warum Lady Ashton ein Volltreffer war / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Toll, wie die holländischen Marinesoldaten im Golf von Aden die Besatzung des deutschen Frachters aus den Fängen der Piraten befreiten, nachdem sie die Seeräuber in wenigen Minuten Schachmatt gesetzt hatten. Das hat uns wirklich jubeln lassen. Doch die anfängliche Freude wich schnell einem Gefühl der Beklommenheit: Denn was unsere neuen Helden dann taten, macht uns Angst. Statt die zehn Somalier selbst zu behalten, stellten sie Deutschland nämlich vor die Wahl: Entweder, ihr nehmt uns die Banditen ab und holt sie nach Deutschland, oder wir lassen sie wieder laufen.

Seitdem herrscht Hektik in Berlin. Laufen lassen geht natürlich nicht. Was würden die deutschen Wähler dazu sagen! Am liebsten hätte man sie, wie alle anderen gefangenen Piraten, in Kenia abgeladen, um sie dort aburteilen zu lassen. Doch Somalias Nachbarland hat immer weniger Spaß an der Sache, trotz unserer damit verbundenen Geldgeschenke.

Ein Grund: In dem Gefängnis, wo die Räuber untergebracht sind, hat die Bundesregierung die Piratenzellen eigens hübsch renovieren lassen. Aus Angst, eine deutsche Menschenrechtsgruppe könnte dort vorbeischauen, um Schlagzeilen heimzusenden wie „Berlin lässt Piraten in Horrorknast leiden!“ oder „Menschenrechtsverletzungen mit deutscher Billigung“. Schrecklich.

Nun aber sind die Seeganoven weit besser untergebracht als ihre kenianischen Gefängnisgenossen, obschon viele von denen für weit weniger schwere Taten einsitzen. Das kommt dort unten nicht gut an. Deshalb wollte Kenia nicht auch noch diese zehn Somalier aufnehmen. Nun komen die also zu uns. Hamburg bereitet sich auf das „spektakulärste Piratenverfahren seit den Tagen Klaus Störtebekers“ vor, raunt der „Spiegel“. Dabei ist das Verfahren selbst gar nicht das Problem. Was danach kommt, das raubt den Verantwortlichen den Schlaf.

Störtebeker und seine Spießgesellen hatte man 1401 einfach geköpft, damit war die Angelegenheit erledigt. Das geht nicht mehr, weil erstens die Richtstätte am Hafen zwischenzeitlich bebaut wurde und zweitens irgendwelche liberalen Weicheier die Gesetze geändert haben. Daher stehen am Ende dieses Verfahrens nicht mehr zehn Schwerthiebe, sondern – so die Furcht der deutschen Politik – zehn Asylanträge.

Anträge mit verheerender Signalwirkung: Was, wenn sich am Horn von Afrika herumspricht, dass die Pirsch auf deutsche Schiffe direkt zur Einladung nach Deutschland führt? Ein paar Jahre Haft unter Bedingungen, die für den Bewohner eines bettelarmen Chaosstaats wie Somalia einer Kur recht nahe kommen. Und danach: Leben von der Stütze, vielleicht sogar mehr. Ein solches Angebot ist unschlagbar.

> Signal an alle Somalier: Deutsche Piratenprozesse enden mit politischem Asyl

Doch gemach: Vielleicht wird ja alles halb so wild. Die Piraten sind nämlich gar keine so üblen Schurken wie alle meinen, sagen die Piraten. Sie fühlen sich gar in ihrer Ehre gekränkt, weil die Amis ihrem Marinemanöver in der Gegend Anfang April den Namen „Rattenfalle“ gaben. Ratten? Das ist piratenverachtend, meinen die beleidigten Seeräuber und wollen laut der arabischen Zeitung „Al-Sharq Al-Awsat“ eine „Imagekampagne“ starten, um ihr wahres, edles Antlitz in der Welt bekannt zu machen.

In der Hafenstadt Eyl tritt laut dem Bericht demnächst eine Versammlung der Räuberhauptmänner zusammen, um geeignete PR-Maßnahmen zu beraten. Man ist geneigt, sich das so vorzustellen wie das große Piratentreffen in dem mitreißenden Hollywoodstreifen „Fluch der Karibik“: Lauter grollende Großsprecher, pöbelnde Raufbolde und komische Kauze, die zwischen Tollkühnheit, Naivität und Gerissenheit schwanken.

Alles Quatsch: Diese Somalier sind ganz und gar im Hier und Jetzt angekommen, echte Profis. Ihr Kampf sei gerecht, sagen sie, denn er richte sich gegen die Ausbeutung der Dritten Welt und gegen die Müllmafia, die ihren Dreck einfach ins somalische Meer kippe.

Donnerwetter! Hält die Heinrich-Böll-Stiftung Seminare in Mogadischu ab? Jedenfalls klingt es, als hätten sich die Piraten am Parteiprogramm der Grünen bedient. So gesehen erscheint das mit der „Imagekampagne“ gar nicht mehr so ulkig wie am Anfang. Zumindest rot-grün getränkte Herzen werden sich für diese fesche Argumentation weit, weit öffnen.

Dass solche Kampagnen wirken, ist historisch bewiesen: Störtebeker, die Geißel seiner Zeit, ist heute ein Held. Jeder kennt die Mär, dass er sich als erster habe köpfen lassen, um hernach kopflos an elf Kameraden vorbei zu laufen, die (so die Abmachung) darauf verschont wurden.

Schöne Geschichte, schöner Blödsinn: Bei Massenenthauptungen als erster dranzukommen, war ein großes Glück. Das Schwert wurde nämlich von Exekution zu Exekution immer stumpfer, weshalb seine letzten Opfer mehr geschnetzelt als geköpft wurden. Widerliche Erfahrung. Somit ging der gute Klaus unter allen Verurteilten den am wenigsten schweren Gang. Von dem legendären Lauf ist nichts belegt.

In seiner Epoche war der Mann verhasst, doch davon spricht keiner mehr. Die sagenhafte Störtebeker-PR hat uns das Bild des kühnen Rächers der Armen ins Hirn gemalt, der mannhaft bis zum Schluss (und über den Schluss hinaus, wenn man’s genau nimmt) zu den Seinen stand.

Daraus können wir die tröstliche Botschaft ableiten, dass sich selbst aus dem ruiniertesten Ruf noch irgendwas machen lässt, wenn man’s professionell genug angeht. Eine ebenfalls schlimm verrufene Berufsgruppe will sich das zunutze machen: Die Beamten der Europäischen Union fordern, dass die EU-Kommission eine eigene Propaganda-Abteilung zur Verteidigung der Beamten schafft. Von dort soll jene Wahrheit berichtet werden, die der europäischen Idee, also den Beamten, zuträglich ist. Wobei „Berichten“ vor allem aus Weglassen bestehen soll: Erbost hat die Vertreter der EU-Beamten nämlich ganz besonders, dass einzelne Medien nach ihrer letzten Gehaltserhöhung (3,7 Prozent) auch die Spanne der Einzelgehälter hinausposaunt haben. Danach verdient ein EU-Beamter bis zu 17697,68 Euro im Monat. Wer solche Zahlen veröffentliche, der bediene Neid-Reflexe und antieuropäische Ressentiments. Das solle künftig eine solche „Kommunikationsabteilung“ verhindern.

Gäbe es diese segensreiche Einrichtung schon, dann wäre vielleicht auch geheim geblieben, dass die neue „EU-Außenministerin“ Catherine Ashton 323000 Euro im Jahr verdient und dazu noch Zuschüsse für ihren Privathaushalt und für „repräsentative Aufgaben“ einheimst. Damit bekommt Lady Ashton mehr als die deutsche Kanzlerin oder die US-Außenministerin Hillary Clinton.

Dafür, dass Frau Ashton deutlich mehr kriegt als die beiden, kann sie fachlich deutlich weniger: Selbst ansonsten EU-begeisterte Europapolitiker staunen öffentlich über die bemerkenswerte Inkompetenz der Britin. „Schlicht überfordert“ sei die Labour-Politikerin, sie habe weder Plan noch Idee. Der Aufbau des EU-Außenamts sei „total verfahren“. Die Errichtung der Superbehörde mit (geplant) bis zu 7000 Mitarbeitern könne sogar scheitern, droht ein hochrangiger deutscher Europaabgeordneter.

Nun wollen alle wissen, wer uns diese Frau eingebrockt hat. Waren Idioten am Werk? Keineswegs! Die Spitzen der europäischen Regierungen haben monatelang nach dem blassesten, unerfahrensten und profillosesten Kandidaten für das Amt gesucht, der sich denken ließ. Grund: Sie wollten da keinen sitzen sehen, der ihnen, was Glanz und Einfluss angeht, in die Quere kommen könnte. Daher wurden alle, die schon einen Namen hatten und Statur besaßen, sorgsam von der Aspirantenliste gestrichen. Und was ist bei diesen aufreibenden Bemühungen herausgekommen? Die blasseste, unerfahrenste und profilloseste Besetzung, die man sich für dieses hohe Amt vorstellen kann. Reife Leistung.

ZITATE

*Der **Vermögensverwalter Bert Flossbach** hält eine Staatspleite **Griechenlands** für ebenso unausweichlich wie dessen **Austritt** aus dem **Euro**. Dem „Handelsblatt“ (15. April) sagte er:*

„Griechenland wird sich weder über Sparmaßnahmen noch über Steuererhöhungen aus seiner Finanzmisere befreien können ... (Es) dürfte das erste Land sein, das entweder an seinen Zinszahlungen erstickt oder schon vorher mangels Vertrauen kein Geld mehr von Investoren bekommt ... Griechenland müsste aus dem Euro austreten und die Drachme wieder einführen ... (und) mit seinen Gläubigern einen Forderungsverzicht aushandeln.“

***Bevölkerungsforscher Reiner Klingholz** erklärt im „Focus“ vom 12. April, warum die Politik nicht auf die **demographische Entwicklung** reagiert:*

„Weil sich das Thema Demographie nicht positiv besetzen lässt. Es geht um das Älterwerden der Gesellschaft, um weniger Kinder, um weniger von allem – es geht um das Ende des Wachstums. Noch sind wir aber alle auf Wachstum fixiert. Natürlich wollen wir alle ein langes Leben. Aber keine Einschränkungen. Älterwerden ist doch in Wahrheit Mist.“

***Joseph Eugene Stiglitz**, Professor für Wirtschaftswissenschaften und Nobelpreisträger, **kritisiert** im „Stern“ vom 15. April den großzügigen **Umgang** der Politik **mit den Banken**:*

„Eine einzige Firma erhielt 182 Milliarden Dollar. Das ist so viel wie die Entwicklungshilfe aller reichen Länder an alle armen Länder zusammengenommen. Und dann die indirekten Subventionen für die Banken: Sie können sich Geld zu beinahe null Prozent Zinsen von der Zentralbank leihen. Und wofür? Um damit zu spekulieren.“

Positiv denken!

Die Atlantikbrise brachte
Asche vom Vulkan daher,
und die Fracht aus Island machte
Schluss mit unserm Luftverkehr.

Auf verschlungnen Umweltwegen
war jedoch die Widrigkeit
irgendwie sogar ein Segen,
der da kam zur rechten Zeit:

Erstens nämlich produzieren
Flieger mächtig CO_2,
und mit diesen Unmanieren
war es kurzerhand vorbei.

Zweitens wissen Öko-Jünger,
dass die Asche fruchtbar ist –
das erspart Chemie und Dünger,
wenn mal runterkommt der Mist.

Drittens bleibt noch vieles droben,
mildert jeden Sonnenstrahl
und verringert – was zu loben –
die Erwärmung ganz global!

So will Island sichtlich danken
für die Gelder ungezählt,
einst veranlagt bei den Banken,
über die man heut’ krakeelt.

Prompt gibt’s neuerlich Kredite
– alte werden sonst zu alt –
und es sind ja Defizite
auch nur höhere Gewalt ...

Denkt vielleicht ihr voller Bangen
jetzt an Griechenland spontan?
Seid getrost und unbefangen,
denn von dort droht kein Vulkan!

Pannonicus